

Das Parlament

Berlin, Montag 28. November 2011

www.das-parlament.de

61. Jahrgang | Nr. 48 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Kämpferin fürs Weltklima

Maite Nkoana-Mashabane Auf sie wartet eine wahre Herkulesaufgabe: Die südafrikanische Außenministerin leitet in den kommenden zwei Wochen die Verhandlungen der UN-Klimakonferenz, die an diesem Montag in Durban (Südafrika) beginnt. Zwar rechnet niemand mit einem Durchbruch, ein Folgeabkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll zu beschließen. Es wird aber am Verhandlungsgeschick der 48-jährigen Diplomatin liegen, ob sich die über 190 Staaten auf Maßnahmen einigen können, die die globale Erwärmung um 2 Grad zu begrenzen. Ihre Hartnäckigkeit hat Nkoana-Mashabane schon als ANC-Aktivistin und Frauenrechtlerin unter Beweis gestellt. Die braucht sie, denn sie kann damit ein Zeichen setzen, ihr Land „zur ersten grünen Wirtschaft Afrikas“ zu machen. **as |**



ZAHLE DER WOCHE

0,1

Prozent beträgt die Steigerung des Bundeshaushalts 2012 im Vergleich zu diesem Jahr. Dies beschloss der Deutsche Bundestag am Freitag zum Abschluss der Haushaltswoche. Die Ausgaben steigen damit um rund 400 Millionen auf insgesamt 306,2 Milliarden Euro. Mit 126,5 Milliarden Euro bleibt der Etat für Soziales und Arbeit der größte Einzelposten im Gesamthaushalt Deutschlands.

ZITAT DER WOCHE

»Vollständige Aufklärung ist das Gebot der Stunde.«

Horst Seehofer (CSU), Bundesratspräsident und bayerischer Regierungschef, am Freitag beim Gedenken der Länderkammer an die Mordopfer der Neonazi-Gruppe

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Kinderrechte Opposition geht in die Offensive **Seite 10**

EUROPA UND DIE WELT

Planung Parlament debattiert über den EU-Finanzrahmen 2014-2020 **Seite 12**

EUROPA UND DIE WELT

Bundeswehr Zwei Nato-Missionen sollen verlängert werden **Seite 13**

KEHRSEITE

Feiertagsschmuck Bundestag erhält Weihnachtsbäume **Seite 14**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Geschlossen gegen Braun

TERRORISMUS Der Bundestag setzt ein Zeichen gegen Neonazis – und streitet über ihre Bekämpfung

Es war ein starkes Signal der Geschlossenheit gegen Rechtsextremismus, das der Bundestag in der vergangenen Woche angesichts der jüngst bekannt gewordenen Mordserie von Neonazis aussendete: Zum ersten Mal hatten sich alle fünf Fraktionen auf einen gemeinsamen Entschließungsantrag (17/7771) verständigt, der dann auch einstimmig vom Plenum angenommen wurde. Dessen Bedeutung, betonte Linksfraktionschef Gregor Gysi in der Debatte, „besteht darin, dass wir trotz unterschiedlichster Auffassung in vielen Fragen den Rechtsterroristen in Deutschland sagen: Ihr scheitert an uns gemeinsam – von der CSU bis zur Linken.“

»Zutiefst beschämt« In dem Beschluss zeigt sich das Parlament „zutiefst beschämt“, dass „nach den ungeheuren Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes rechtsextremistische Ideologie in unserem Land eine blutige Spur unvorstellbarer Mordtaten hervorbringt“. Zugleich unterstreicht der Bundestag seine Entschlossenheit, „sowohl die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Verbänden vertieft fortzusetzen als auch die unabdingbaren Konsequenzen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden rasch zu ziehen“. Auch müsse man alle demokratischen Gruppen stärken, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, heißt es in dem Beschluss. Zu Beginn der Sitzung brachte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) namens aller Abgeordneten die „Trauer, Betroffenheit und Bestürzung“ des Parlaments über die Morde zum Ausdruck. Man sei entschlossen, alles mit den Mitteln des Rechtsstaats Mögliches zu tun, um sicherzustellen, dass der Schutz von Leib und Leben und die Grundrechte „in diesem Land Geltung haben – für jeden, der hier lebt, mit welcher Herkunft, mit welchem Glauben und mit welcher Orientierung auch immer“. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) warb für eine bessere Verzahnung von Polizei und Verfassungsschutz sowie zwischen Bund und Ländern. Er kündigte unter anderem eine Verbunddatei und ein Gemeinsames Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus an. Zur Frage eines NPD-Verbotsverfahrens sagte Friedrich, das dafür erforderliche



„Trauer, Betroffenheit und Bestürzung“: Stehend gedachten die Bundestagsabgeordneten im Plenarsaal der Opfer des rechtsextremistischen Terrors.

Abhalten von V-Leuten sei mit einem Risiko verbunden. Er halte V-Leute für ein „unverzichtbares Frühwarnsystem“, doch sei zu prüfen, ob man ein Verbotverfahren dennoch mit Erfolg durchführen kann. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) betonte, auf keinen Fall dürfe ein Verbotverfahren ohne ausreichende Erfolgsaussicht eingeleitet werden. Die Vorsitzenden der drei Oppositionsfraktionen, Frank-Walter Steinmeier (SPD), Renate Künast (Grüne) und Gysi, verlangten wie die Koalition eine umfassende Aufklärung der Vorgänge. Steinmeier plädierte zudem dafür, alle Hindernisse für ein NPD-Verbotsverfahren zu beseitigen und die V-Leute abzuschalten. Ähnlich äußerte sich Gysi. Alle drei hielten Sicherheitsbehörden „Blindheit ge-

genüber der rechten Seite“ vor, wie es Künast formulierte, und forderten die Streichung der Extremismusklausel, die Träger von Projekten gegen Extremismus unterzeichnen müssen, wenn sie Fördergelder vom Bund wollen. Die Klausel, wonach die „die gegen Rechtsextreme kämpfen, selber erst erklären müssen, dass ihre Mitkämpfer auf dem Boden des Grundgesetzes stehen“, sei „eine Anfeindung“, sagte Künast. Wie sie griff auch Steinmeier in diesem Kontext Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) persönlich an. Sie habe Menschen unter „linksextremem Generalverdacht“ gestellt, die gegen Rechtsextremismus ankämpfen, kritisierte er. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe entgegnete, es habe nichts mit Generalverdacht zu tun, „ein Bekenntnis zur Demokratie zur

Grundlage für öffentliche Förderung zu machen“. Sein FDP-Kollege Christian Lindner ergänzte, die Demokratie verteidigen könne man nur mit Demokraten. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nutzte am folgenden Tag die Generaldebatte des Bundestages (siehe Beitrag unten), um die Mordtaten als „Angriff auf unser demokratisches Gemeinwesen“ zu verurteilen. Zugleich mahnte die Regierungschefin, alle Seiten sollten sich den Vorwurf ersparen, „auf irgendeine Auge blind zu sein“. Das treibe nur einen „Keil in die Gemeinsamkeit der Demokraten“.

Helmut Stoltenberg

Mehr zum Thema auf den Seiten 4 und 9

EDITORIAL

Stunde der Demokraten

VON JÖRG BIALLAS

Gleich dreifach hat sich der Deutsche Bundestag in der vergangenen Woche dazu bekannt, rechtsextremistischen Terrorismus entschieden zu bekämpfen. Erstens wurde die von Neonazis verübte Mordserie unverzüglich und prominent auf die Tagesordnung des Hohen Hauses gebracht. Zweitens hat Bundestagspräsident Norbert Lammert zu Beginn der Plenarssitzung mit ebenso würdigen wie deutlichen Worten bekundet, dass die Politik braunem Terror konsequent entgegenzutreten werde. Drittens schließlich machten in der Debatte alle Fraktionen trotz parteipolitischer Schamzügel deutlich, sich dieser Aufgabe gemeinsam stellen zu wollen.

Die Empörung fußt auf zwei Erkenntnissen, die Redner aller politischen Couleur zu Recht mit dem Attribut „unfassbar“ versehen haben. Da sind zum einen die Mordanschläge selbst. Über Jahre ist ein Killerkommando durch Deutschland gezogen und hat Ausländer gemuehelt. Tatmotiv: ideologisch verblendeter Hass. Und da sind zum anderen die Pannen bei den Ermittlungsbehörden, die wenigstens nicht erkannt haben, womöglich nicht erkennen wollten oder sogar nicht erkennen sollten, dass es sich dabei um rechtsextremistische Taten handelt hat. In der Tat: unfassbar! Was also ist zu tun? Aufklären. Sicher, daran wird intensiv gearbeitet. Und politisch? Im Zentrum der Debatte steht abermals ein Verbot der NPD. Befürworter und Gegner haben ihre Argumente längst hinreichend ausgetauscht. Unstrittig ist, dass neonazistische Schlägertrupps Bestandteil dieser Partei sind und ihr zu Diensten stehen. Auch deshalb gibt es keinen vernünftigen Grund, daran zu zweifeln, dass die NPD verfassungswidrig ist. Ein zweites Verbotverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht darf nicht wieder daran scheitern, dass V-Leute in der NPD angeworben sind. Darüber sind sich alle einig. Unterschiedliche Auffassungen gibt es darüber, ob auf diese mindestens zweifelhaften Kundschafter verzichtet werden kann. Wie immer und wann immer diese Frage entschieden ist: Bis dahin muss die Nation mit der NPD umgehen. Eine Herausforderung, die bei Besinnung auf die Stärke und Wehrhaftigkeit einer freien Gesellschaft ganz gewiss gelingen wird. Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat das im Plenarsaal des Bundestages so formuliert: „Jetzt ist die Stunde der Demokraten.“

Südeuropäische Erfahrungen in Berlin

HAUSHALT Vor dem Hintergrund steigender Anleihezinsen beschließt das Parlament den Etat 2012. Opposition für Eurobonds

Der Bundeshaushalt 2012 steht. Am vergangenen Freitag stimmte der Bundestag dem von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) eingebrachten Zahlenwerk mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen zu. Geplant sind im kommenden Jahr Ausgaben von 306,2 Milliarden Euro (plus 400 Millionen). Die Nettokreditaufnahme (Neuverschuldung) soll 26,1 Milliarden Euro und damit rund vier Milliarden Euro mehr betragen als im laufenden Jahr. Ob die Bundesregierung dieses Geld weiterhin zu Traumkonditionen von unter zwei Prozent bei den Banken und Versicherungen leihen kann, ist jedoch offen. Während die Haushaltsberatungen in Berlin liefen, kamen aus Frankfurt schlechte Nachrichten: Deutschland blieb zum ersten Mal auf einer Staatsanleihe zum Teil sitzen. Investoren boten nur 3,89 Milliarden Euro für eine Anleihe mit zehnjähriger Laufzeit von sechs Milliarden Euro. Schäuble machte damit südeuropäische Erfahrungen. Die auf Niedrigstniveau liegende Rendite von 1,98 Prozent ließ die Investoren zurückschrecken.

Kurse fallen In der Folge brachen der Eurokurs und die Kurse selbst von Anleihen von Ländern in Kern Europa wie Belgien und Frankreich ein. Fallende Kurse bedeuten bei Anleihen wie beim Prinzip der kommunizierenden Röhren steigende Zinsen. Steigen die Kurse nicht, würde das bedeuten, dass diese Länder und auch Deutschland bei neuen Anleihen erheblich mehr Zinsen bieten müssten als bisher, was die Haushalte belasten würde. Die Annahmen des Bundeshaushaltes, 2012 mit 36,77 Milliarden



Früher sicherer Anlegerhafen, heute mehr Risiko: Kurszettel mit Bundesanleihen

Euro Zinsausgaben auskommen zu kommen, könnte in Frage gestellt werden. Während die meisten Börsenanalysten das Absatzproblem der deutschen Anleihe als „Warnschuss“ interpretierten, sah eine Minderheit den gesamten Anleihemarkt in Gefahr. Auch der mit hervorragenden Ratings versehene Euro-Rettungsschirm EFSF muss bereits höhere Zinsen zahlen als Schäuble. Dass EU-Kommissionspräsident Barroso noch den in der Bundesregierung wenig beliebten Eurobonds (gemeinsamen europäischen Staatsanleihen) das Wort redete, versicherte Börsen und Politik weiter. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte am Mittwoch in der Debatte über den Etat des Bundeskanzleramtes, sie halte es für außer-

ordentlich bedauerlich und unpassend, dass die EU-Kommission den Fokus gerade jetzt auf diese Eurobonds lege und der Eindruck entstehen könne, man werde durch eine Vergemeinschaftung der Schulden aus den Problemen herauskommen: „Genau das wird nicht klappen.“ Auch Rainer Brüderle, der Vorsitzende der FDP-Fraktion, sagte: „Eurobonds ist Einheitszins. Das ist Zinssozialismus. Sozialismus ist immer falsch. Auch bei den Zinsen.“ CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder zeigte sich ebenfalls überzeugt, „dass wir diese Staatsschuldenkrise nur bewältigen können, wenn nicht ständig neue Schulden gemacht werden“. Merkel lehnte in ihrer Rede auch eine andere Rolle für die Europä-

ische Zentralbank (EZB) ab, die nach vielen in anderen Euroländern geäußerten Vorstellungen stärker zur Staatsfinanzierung beitragen soll. Die EZB sei verantwortlich für die Geldwertstabilität: „Das ist ihr Mandat, das übt sie aus. Und deshalb darf an dem Mandat nach meiner festen Überzeugung nichts, aber auch gar nichts geändert werden.“ Merkel räumte zugleich mit Blick auf den Rettungsschirm ein, dass nur eine „endliche Menge Geld“ für Schutzwälle zur Verfügung stehe. Zu vor hatte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel Merkel und der Koalition vorgeworfen, mit ihrer Politik gemeinsame europäische Staatsanleihen verhindern zu wollen, obwohl sie über die Anleiheaufkäufe durch die Europäische Zentralbank längst durch die Hintertür eingeführt worden seien. Das seien „Merkel-Bonds“, kritisierte er und forderte Wachstumsprogramme. Gabriel warf der Bundesregierung außerdem vor, nicht genügend zu sparen, aber andere europäische Regierungen zur Sparpolitik zwingen zu wollen. Linkspartei-Vorsitzender Klaus Ernst warf Merkel vor, jedes halbe Jahr zur Finanzkrise etwas anderes zu sagen. Heute sperre sie sich als einzige gegen Eurobonds. „Ich prophezie Ihnen, diese Position werden Sie kein halbes Jahr durchhalten.“ Auch die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Renate Künast, hielt Merkel vor, bei Rettungsschirm und Transaktionssteuer erst abgelehnt und dann zugestimmt zu haben. Heute lehne Merkel Eurobonds ab: „Ich bin sicher, sie werden kommen, oder wir haben es wirklich versammelt“ sagte die Grünen-Politikerin. **Hans-Jürgen Leersch** ||

GASTKOMMENTARE

WIRD IM BUNDESETAT 2012 GENUG GESPART?

Gute Planung

PRO



Joachim Riecker »Märkische Allgemeine«, Potsdam

Auf den ersten Blick ist es tatsächlich irritierend, dass die Bundesregierung im kommenden Jahr rund vier Milliarden Euro mehr an Krediten aufnehmen will als 2011: gut 26 Milliarden Euro neue Schulden gegenüber 22 Milliarden in diesem Jahr...

Fatales Signal

CONTRA



Manfred Schäfers »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Die Schuldenkrise hat Europa fest im Griff. In diesem Umfeld beschließt der Bundestag einen Haushalt mit einem im Vergleich zum laufenden Jahr steigenden Defizit. Das Signal ist fatal. Wann, wenn nicht jetzt, will die Koalition die Neuverschuldung senken?

Frau Lötzsch, der Bundestag hat am vergangenen Freitag den Haushalt 2012 verabschiedet. Gegenüber dem Regierungsentwurf gab es nur wenig Änderungen. Worauf führen Sie das zurück?

Die Regierungsfaktionen folgen gehorsam dem Finanzminister ohne Wenn und Aber. Das ist eine besorgniserregende Entwicklung. Wir haben mit unseren Anträgen einen großen Handlungsbedarf formuliert...

Was halten Sie insgesamt am Haushalt für falsch?

Das Grundproblem ist die ungerechte Steuerpolitik der Bundesregierung. Die Einnahmen aus Gewinnsteuern gehen seit Jahren zurück, dafür steigt der Anteil der Lohn- und Mehrwertsteuer kontinuierlich.

Woran denken Sie konkret?

Das aktuelle Beispiel für eine falsche Steuerpolitik ist das Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz. Milliarden von unverschuldetem Geld haben Deutsche in die Schweiz gebracht.

Wo hätten Sie Geld eingespart?

Durch die Beendigung sämtlicher Auslandseinsätze der Bundeswehr sowie durch den Verzicht auf militärische Offensivmittel, insbesondere auf die Resttranchen des Kampfflugzeuges Eurofighter. So könnten insgesamt 4,7 Milliarden Euro eingespart werden.

Auch die Neuverschuldung bleibt hoch. Worauf führen Sie das zurück?

Die Bundesregierung befehlt die Regierungen in Griechenland, Spanien und Italien, dass sie doch endlich ihre Schulden abbauen und ihre Haushalte in Ordnung bringen sollen. Doch sie denkt gar nicht daran, ihren Empfehlungen im eigenen Land zu folgen.

Die Steuereinnahmen sollen kommenden Jahr rund 250 Milliarden Euro betragen. Mehr als je zuvor. Wo sehen Sie noch Möglichkeiten, im Sinne der sozialen Gerechtigkeit Steuern zu erheben?

60 Prozent des Vermögens ist in Deutschland in der Hand von 10 Prozent der Bevölkerung. Gleichzeitig haben in Westdeutschland 26,4 Prozent und im Osten sogar 29,7 Prozent kein Vermögen oder sogar Schulden. Deshalb fordern wir, kleine Einkommen zu entlasten und hohe Einkommen



»Neue Schulden unnötig«

GESINE LÖTZSCH Für die Haushaltsexpertin der Fraktion Die Linke ist der Etat 2012 sozial unausgewogen und unsolid

stärker zu besteuern. In Anbetracht höherer Steuereinnahmen schlagen wir vor, dass ein Drittel der Steuermehreinnahmen für den Abbau von Armut sowie die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen zu nutzen.

Wo könnten Steuern gesenkt werden?

Wir wollen zum Beispiel einen Grundfreibetrag von 9.300 Euro im Jahr. Damit entlasten wir ganz konkret die kleinen Einkommen. Die geplante Sechsmilliarden-Euro-Steuerreform der Bundesregierung wird vor allem Besserverdienende entlasten.

Die Haushaltsberatungen wurden überlagert von der Diskussion zum Euro-Rettungsschirm. Ihre Fraktion hat geschlossen dagegen gestimmt. Warum?

Die Bundesregierung macht die gleichen Fehler wie in der Krise 2008. Sie behauptet wieder, dass erst der Krisenherd beseitigt werden muss, bevor die Finanzmärkte reguliert werden können. Wir wissen, dass nach der Bankenkrise von 2008 die Finanzmärkte nicht reguliert wurden.

Warum hat die Bundesregierung daraus nichts gelernt?

Ich befürchte, dass sie die Finanzmärkte nie regulieren wollte. Wir hätten dem Rettungsschirm zugestimmt, wenn damit auch eine Regulierung der Finanzmärkte beschlossen worden wäre.

Welche Alternativen gibt es?

Die Realwirtschaft muss von den Finanzmärkten entkoppelt werden. Wir brauchen eine öffentlich-rechtliche Bank, die Geld der EZB an die europäischen Staaten zu vernünftigen Zinsen vergibt.

Abschließend noch ein Frage zum Terror von rechts. Halten Sie die Mittellassung im Haushalt zur Bekämpfung des Rechtsextremismus für ausreichend und richtig eingesetzt?

Nein. Die Absenkung der Mittel zur Extremismoprävention und die Halbierung der Mittels des Entschädigungsfonds für Opfer rechtsextremistischer Übergriffe im Haushaltsentwurf der Regierung hielt ich für skandalös. Erst recht vor dem Hintergrund der jüngsten Erkenntnisse über das rechtsextreme Terrornetzwerk.

Das Interview führten Michael Klein und Hans-Jürgen Leersch.

Gesine Lötzsch (50) ist haushaltspolitische Sprecherin der Linksfraktion und Vorsitzende der Partei Die Linke.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Bissiger Finanzpolitiker: Klaus-Peter Flosbach

Kurs halten. Das ist eine Devise, die Klaus-Peter Flosbach, finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, immer wieder gerne ausstößt. So auch vergangene Woche bei den abschließenden Haushaltsberatungen.

Der Finanzfachmann ist ganz in seinem Element. Die Wahl zum finanzpolitischen Fraktionssprecher im Januar 2011 war ein Karriereprung für den Rheinländer. Flosbach wurde Nachfolger von Leo Dautzenberg, der in die Wirtschaft ging.



© DDF/Reiner Meißner

»Ich muss immer die Szenarien sehen, wenn der Euro auseinanderbrechen sollte.«

Seit 2002 sitzt der CDU-Vorsitzende des Oberbergischen Kreises im Bundestag. Von Beginn an war er Mitglied im einflussreichen Finanzausschuss, dessen stellvertretender Vorsitzender er nach der Wahl 2009 wurde.

Dazu gehört auch alles, was sich um den Euro dreht. Hier vertritt Flosbach trotz Murrens im Wahlvolk eiserne Position von Fraktion und Partei, immer größere Rettungsschirme für kriselnde Euro-Staaten zu spannen.

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 X
Anschrift der Redaktion Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Verantwortliche Redakteure Dr. Bernard Bode (bob) Claudia Heine (che) Alexander Heinrich (ahe), stellv. CVO Michael Klein (mik) Hans Krump (kru), CVO Hans-Jürgen Leersch (hle) Monika Pilath (mpi) Annette Sach (as) Helmut Stoltenberg (sto) Alexander Weinlein (aw)
Redaktionsschluss 25. November 2011



Für die Herstellung der Wochenzeitung »Das Parlament« wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Für Carsten Schneider (SPD, rechts) steigt die Nettokreditaufnahme im kommenden Jahr wieder an. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sieht das anders.

Von Äpfeln und Birnen

HAUSHALT 2012 Ausgaben steigen auf 306,2 Milliarden Euro – Streit um Neuverschuldung

Das wirtschaftliche Umfeld gibt Grund zu Sorge: Die europäische Finanzkrise schwellt weiter und droht auf die Realwirtschaft überzugreifen. Vor diesem Hintergrund verabschiedete der Bundestag am Freitag den Haushalt 2012 (17/6600) nach viertägiger Beratung auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (17/7123, 17/7124). In namentlicher Abstimmung votierten 307 Abgeordnete dafür, 253 Parlamentarier stimmten dagegen. Der Bund soll danach im kommenden Jahr 306,2 Milliarden Euro ausgeben können. Damit erhöhte der Bundestag die Ausgaben gegenüber dem Regierungsentwurf um 200 Millionen Euro. In diesem Jahr sollen die Gesamtausgaben des Bundes 305,8 Milliarden Euro betragen. Die Steigerung beträgt somit 0,1 Prozent; die Inflationsrate wird im kommenden Jahr auf 1,9 Prozent prognostiziert.

Schuldenbremse eingehalten Der Bundestag reduzierte die für 2012 von der Regierung geplante Neuverschuldung auf 26,1 Milliarden Euro. Im Entwurf waren noch 27,2 Milliarden Euro vorgesehen. Für dieses Jahr ist eine Neuverschuldung von 48 Milliarden Euro etatistisch; die tatsächliche Net-

tokreditaufnahme soll aber bei rund 22 Milliarden Euro liegen. Nach der Schuldenbremse ist 2012 eine maximal zulässige Nettokreditaufnahme von 40,49 Milliarden Euro möglich. Für Investitionen stellte das Parlament im kommenden Jahr 26,86 Milliarden Euro bereit. Das sind 464 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf (26,39 Milliarden Euro) vorgesehen. Die Einnahmen aus Steuern sollen 2012 insgesamt 249,19 Milliarden Euro betragen. Das sind 1,84 Milliarden Euro mehr als die Regierung eingeplant hatte. Die Höhe der eingeplanten Steuereinnahmen beruht auf der jüngsten Steuerschätzung. Die haushaltspolitischen Sprecher der Koalition, Norbert Barthle (CDU/CSU) und Otto Fricke (FDP), erklärten in der Debatte, mit diesem Etatentwurf werde der eingeschlagene „wachstumsfreundliche Konsolidierungskurs“ fortgesetzt – obwohl die Finanzkrise weiter bestehe und „dunkle Wolken am Konjunkturmehel“ (Barthle) aufziehen würden. Deutschland bleibe in Europa sowohl der Wachstumsmotor als auch der Stabilitätsanker. Barthle sagte weiter, dass die Koalition in

den Haushaltsberatungen mehr Mittel unter anderem für Infrastruktur, für Bildung und Forschung und für den Städtebau bereitgestellt habe. Diese Mittel seien an anderer Stelle eingespart worden. Er nannte

de Haushaltspolitik“, betonte Fricke. Deshalb sei die geplante Neuverschuldung von 26,1 Milliarden Euro auch nur ein Höchstwert, der – wie in den vergangenen Jahren – auch deutlich unterschritten werden könnte.

Für Carsten Schneider, den haushaltspolitischen Sprecher der SPD, ist der Etatansatz „voller Löcher“. Es werde keine Vorsorge für mögliche Risiken etwa bei Zinsen getroffen. Außerdem spare die Koalition nicht. Mehreinnahmen durch die gute Konjunktorentwicklung würden gleich wieder ausgegeben statt sie zur Schuldentilgung zu verwenden. Nach der in diesem Jahr zu erwartenden Neuverschuldung von 22 Milliarden Euro solle im kommenden Jahr die Nettoverschuldung wieder auf 26,1 Milliarden Euro steigen. Die Bundesregierung fordere ganz Europa auf zu sparen, und in

Deutschland würden die Defizite erhöht. „Damit haben Sie jegliche finanzpolitische Autorität in Europa verspielt“, sagte er an den Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gewandt. Dieser entgegnete, man dürfe nicht den für dieses Jahr erwarteten Abschluss mit dem für das kommende Jahr geplanten Defizit vergleichen. „Das ist Äpfel mit Birnen vergleichen“, sagte er.

Kürzungen kritisiert Dietmar Bartsch, Haushaltsexperte der Linksfraktion, hielt den Etat für „ungerecht, unsozial und unsolidarisch“. Wichtige Zukunftsausgaben würden nicht angegangen. Es gebe eine massive Umverteilung von unten nach oben. Für die haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Priska Hinz, ist der Etat ein „Dokument des Scheiterns“. Es fehle jeder Gestaltungswille. Auch sie kritisierte die Kürzungen im Sozialbereich. Die Verringerung der Neuverschuldung um 1,1 Milliarden Euro gegenüber dem Regierungsentwurf sei ausschließlich auf eine Verringerung der geschätzten Ausgaben für die Zinszahlungen zurückzuführen. Bundesfinanzminister Schäuble betonte, dass die „Unruhe an den Finanzmärkten“ auf die Realwirtschaft überzugehen drohe. „Wir setzen alles daran, um das zu verhindern.“ Der Euro müsse stabil bleiben. Des-

halb sei es wichtig, dass auch in Zukunft die unabhängigen Zentralbanken nicht als Notenpressen zur Verfügung stehen würden. Der eingeschlagene Weg der wachstumsfreundlichen Defizitreduzierung, der sich im Etatentwurf widerspiegeln werde, dazu beitragen, dass Deutschland die Wachstumslokomotive in Europa bleibe. Mehrere Entschließungsanträge der Oppositionsfractionen (SPD: 17/7860, Die Linke: 17/7861, Bündnis 90/Die Grünen: 17/7863) lehnte der Bundestag mit den Stimmen der Koalition ab. Zur Kenntnis nahm der Bundestag die mittelfristige Finanzplanung des Bundes bis 2015 (17/6601, 17/7126). Sie sieht vor, dass die Ausgaben nur moderat steigen. Betrug die Ausgaben 2010 noch 303,7 Milliarden Euro, so sollen sie im Jahr 2015 auf 315 Milliarden Euro steigen. Stark steigen sollen die Ausgaben für Rentenversicherungsleistungen, die 2010 noch bei 80,7 Milliarden Euro lagen und bis 2015 auf 85,5 Milliarden Euro erhöht werden sollen. Ansteigen werden auch die Zinsausgaben für die Staatsverschuldung. Sie lagen 2010 noch bei 33,15 Milliarden Euro und sollen bis 2015 auf rund 49,1 Milliarden Euro anwachsen. Trotz der geplanten Reduzierung der Nettokreditaufnahme auf 14,7 Milliarden Euro im Jahr 2015. **Michael Klein**

Parlamännchen
Politik für Kinder

Schulden

Wenn man sich etwas kaufen möchte, dafür aber gerade kein Geld im Portemonnaie oder im Sparschwein hat, kann man sich von jemand anderem Geld leihen. Dann hat man bei dieser anderen Person „Schulden“. Wenn man sich das Geld bei einer Bank leiht, dann möchte die Bank daran verdienen. Sie verlangt, je nachdem wieviel und wie lange sie Geld verleiht, wiederum Geld dafür. Auch der Staat gibt im Moment mehr Geld aus als er hat. Das Geld dafür muss er sich leihen. Er macht also Schulden. Viele Schulden kosten auch viel Geld. Damit der Staat nicht immer ärmer wird, ermahnt der Finanzminister die anderen Minister, dass sie Geld sparen müssen.

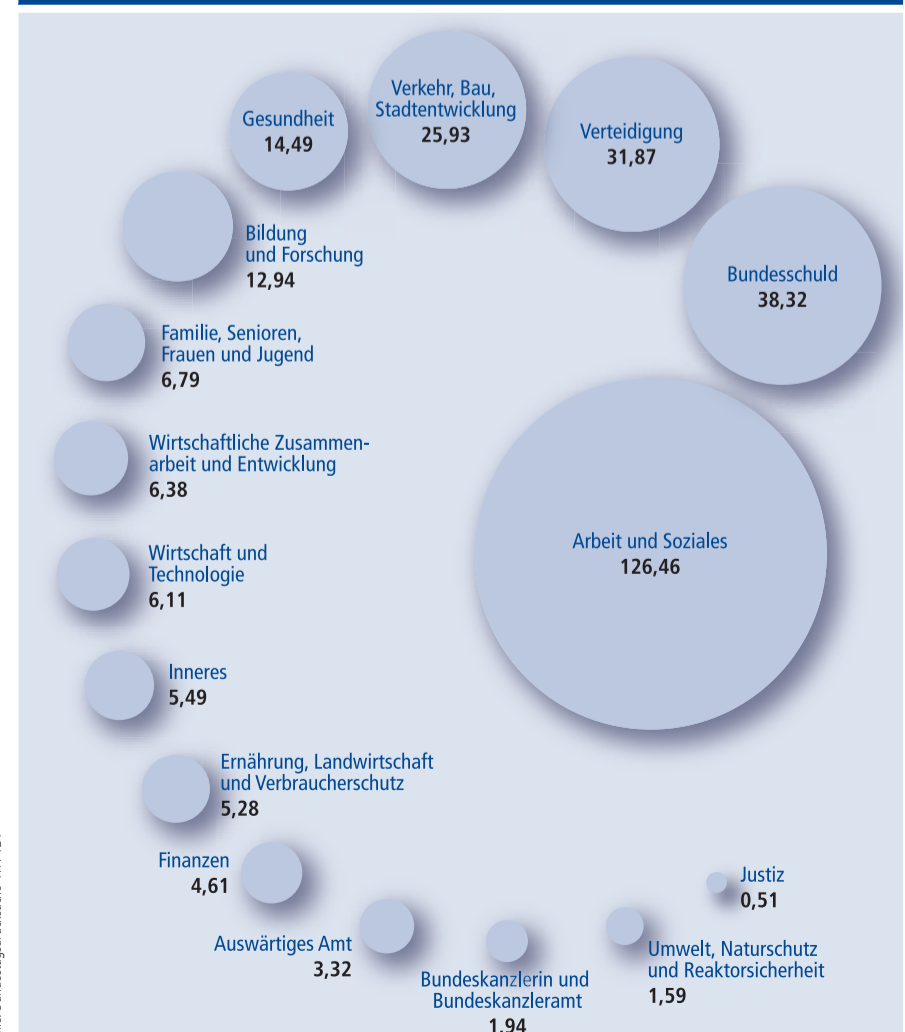
„Konsolidierung, Investitionen und steuerliche Entlastung“ einen Dreiklang, der die Haushaltspolitik der Koalition präge. „Wir machen eine vorausschauende

DER BUNDESHAUSHALT 2012

Einzelplan	EINNAHMEN		AUSGABEN	
	2012 in 1.000 €	Veränderungen zu 2011 in 1.000 €	2012 in 1.000 €	Veränderungen zu 2011 in 1.000 €
01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	-	30.742	+866
02 Deutscher Bundestag	1.688	+22	693.986	+12.203
03 Bundesrat	51	-33	21.739	+397
04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	3.123	-7	1.937.410	+95.455
05 Auswärtiges Amt	110.323	-19	3.323.724	+220.070
06 Bundesministerium des Innern	415.702	-9.787	5.490.317	+88.078
07 Bundesministerium der Justiz	441.502	+26.647	507.756	+14.671
08 Bundesministerium der Finanzen	221.395	-135.898	4.605.224	+145.595
09 Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	374.892	+51.714	6.107.983	-8.882
10 Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	58.687	-3.029	5.280.066	-211.492
11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales	6.308.111	+14.685	126.460.940	-4.831.728
12 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	6.042.073	-598.549	25.934.138	+686.168
14 Bundesministerium der Verteidigung	323.592	+99.907	31.871.857	+322.903
15 Bundesministerium für Gesundheit	92.352	+9.346	14.485.382	-1.291.864
16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	353.587	-13.236	1.590.524	-45.355
17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	62.207	-4.881	6.785.220	+314.179
19 Bundesverfassungsgericht	40	-	29.952	+4.981
20 Bundesrechnungshof	354	+163	122.747	-1.796
23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	660.259	+22.429	6.332.910	+163.790
30 Bundesministerium für Bildung und Forschung	126.496	+7.900	12.941.224	+1.295.191
32 Bundesschuld	27.544.579	-22.170.114	38.323.821	+1.151.502
60 Allgemeine Finanzverwaltung	263.058.794	+23.102.740	13.272.338	+2.275.068
Summe	306.200.000	+400.000	306.200.000	+400.000

Bundshaushalt 2012

(Bundesministerien und Bundeskanzleramt, Angaben in Mrd. Euro)



Quelle: Beschluss des Deutschen Bundestages

Durch Rundungen kann es zu Differenzen kommen



Demonstranten protestieren gegen einen Neonazi-Aufmarsch. Über die Voraussetzungen zur Förderung von Initiativen gegen Rechtsextreme streiten sich Regierung und Opposition.

Mehr Geld für Neumann

KULTUR UND MEDIEN Rund 50 Millionen Euro mehr als im Etatentwurf der Bundesregierung vorgesehen werden Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) im kommenden Jahr zur Verfügung stehen. Ursprünglich waren Kulturausgaben in Höhe von 1,16 Milliarden Euro eingeplant gewesen. Doch im Zuge der Haushaltsverhandlungen bewilligte der Bundestag zusätzliche Mittel. Im Vergleich zum Jahr 2011 wachse der Etat damit um 5,1 Prozent, führte der kulturpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Reiner Deuschmann, erfreut an. Und sein CDU-Kollege Wolfgang Börnsen lobte, Neumann habe nun bereits zum siebten Mal für eine Steigerung der Kulturausgaben gesorgt.

Allein 30 Millionen Euro der zusätzlichen Gelder fließen in die Fortsetzung der Denkmalschutzprogramme der Vorjahre. Weitere 20 Millionen gehen an Projekte und Einrichtungen wie beispielsweise dem Weltkulturerbe Völklinger Hütte, dem Berliner Haus der Kulturen oder der Bildungsarbeit der Stasi-Unterlagen-Behörde. Von Seiten der Opposition kritisierten die SPD-Haushaltsexpertin Petra Merkel, die kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Lukrezia Jochimsen, und die Grünen-Mediensprecherin Tabea Rößner übereinstimmend, Neumann investiere nicht genug in die kulturelle und mediale Bildung von Jugendlichen und in die Förderung von Jugendkulturen. **aw**

Schavans Etat legt zu

BILDUNG Rund 12,94 Millionen Euro will der Bund 2012 für Bildung und Forschung ausgeben. Am Donnerstag verabschiedete das Plenum den Etat 2012 von Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) (17/6600, 17/6602, 17/7123, 17/7124). Ihr Haushalt steigt damit um rund 1,3 Milliarden Euro im Vergleich zu 2011. Während die Koalition den Etat als „Erfolgshaushalt“ würdigte, kritisierten die Oppositionsfractionen Verteilung und Anwendung der Mittel.

Der Bildungsetat sei im Vergleich zu 2011 um 11,1 Prozent gewachsen, betonte Eckhardt Rehberg (CDU). Die doppelten Abiturjahrgänge seien ebenso finanziert wie die Aussetzung der Wehrpflicht. Zudem würden die Kommunen entlastet. Obwohl Deutschland die Schuldenbremse einhalte, stiegen die Ausgaben für Bildung und Forschung, lobte auch Heinz-Peter Hausteiner (FDP). Dagegen nannte Klaus Hagemann (SPD) das Zwölf-Milliarden-Euro-Paket eine „Mogelpackung“. Es würden nur Aufwände gezahlt, nicht aber die Kürzungen im Bildungsbereich anderer Etats. Michael Leutert (Linke) kritisierte, das Ressort verbuche einen ordentlichen Aufwuchs, doch stünde Ländern und Kommunen nicht mehr Geld zur Verfügung. Es könne nicht sein, dass Schulen zu wenig Geld hätten, während es in der Forschung nicht ausgeben werde. Schavan konterte, es sei absurd, Bildung gegen Forschung auszuspielen. Die Bildungsdebatte werde verkürzt, fand Ekin Deligöz (Grüne). Es müsse auch über Demokratie, Toleranz und interkulturelles Miteinander geredet werden. Die Bildung sei dafür ein „essenzieller Bereich“ und die Politik in der Verantwortung, gemeinsam die Grundlagen zu schaffen. Stattdessen herrsche Wir-gegen-die-„Gehet es Ihnen tatsächlich darum, die Bildungspolitik voranzubringen, oder geht es Ihnen um Rechthaberei?“, wollte Deligöz wissen. **tyh**

Schröder verteidigt Klausel

FAMILIE Bundestag verzichtet auf geplante Kürzungen bei Mitteln gegen Extremismus

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) wollte über Erfolge reden, am liebsten über die mehr als 4,9 Milliarden Euro, die im Etat 2012 ihres Hauses für das Elterngeld vorgesehen sind (17/7116). Dass bei diesem Posten sogar eine nochmalige Aufstockung um 300 Millionen Euro im Vergleich zum Regierungsentwurf nötig geworden sei, zeige, dass hier „die richtigen Prioritäten“ gesetzt worden seien, sagte die Ministerin am vergangenen Donnerstag in der Aussprache über ihren Etat des kommenden Jahres. Mehr als ein Viertel der Väter nehme inzwischen eine Auszeit, um sich um den Nachwuchs zu kümmern – und definiere so die Vaterrolle neu. Dies sei „eine Politik der Wahlfreiheit“ und entspreche „den Bedürfnissen der Menschen“. Doch die Debatte um den 6,79-Milliarden-Euro-Elterngeld der Familienministerin drehte sich nicht vornehmlich um die Erfolge Schröders, sondern um genau die Streitpunkte, die sowohl die Familienpolitik als auch die Extremismusbekämpfung des Bundes in den vergangenen Wochen begleiteten. Während die geplante Kürzung des Haushaltstitels „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ um zwei Millionen Euro auf 29 Millionen Euro,

die die Opposition besonders erobert hatte, bereits zwei Tage zuvor durch einen Änderungsantrag der Koalition (17/7826) wieder rückgängig gemacht worden war, sorgten die Kürzungen bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes für weitere Auseinandersetzungen: Hier haben die Haushälter des Bundestages die Mittel für Sachverständige, Geschäftsbedarf und Öffentlichkeit gekürzt – auch deshalb, weil die Einrichtung ihr Budget für 2011 bei weitem nicht ausgeschöpft habe, wie die FDP-Familienexpertin Miriam Grufz betonte. Es handle sich um einen „deutlich sechsstelligen Betrag“, der unverbraucht geblieben sei. Auch der CDU-Haushälter Andreas Mattfeldt erklärte, man müsse fragen, ob die Einrichtungen der „Sozialindustrie“ die Gelder, die sie vom Bund bekämen, wirklich immer zum Wohl der Gesellschaft einsetzten. Nicht immer seien „der 50.000ste Flyer und die 6.000ste Broschüre“ auch „zielführend“. Dagegen kritisierte die Grünen-Familienpolitikerin Monika Lazar, die Kürzungen bei der Einrichtung, die mit 2,9 Millionen Euro ohnehin schon „nicht üppig ausgestattet“ gewesen sei, um zirka zwölf Prozent seien

„nicht nachvollziehbar“. Für Die Linke dauerte ihr Haushaltsexperte Steffen Bockhahn ebenfalls die Kürzungen – bereits geplante Initiativen könnten nun scheitern, warnte er. Dagegen lobte Bockhahn, dass die geplanten Kürzungen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus um zwei Millionen zurückgenommen worden seien. Es sei jedoch „schlimm, dass es dazu eines solchen Anlasses bedürfte“, fügte er hinzu. Auch sei unverständlich, warum Projekte zur Bekämpfung des Rechtsextremismus nur bis maximal 50 Prozent gefördert werden könnten, Projekte zur Bekämpfung des Linksextremismus jedoch bis zu 90 Prozent. Diese „objektive Ungleichbehandlung“ sei ein „falsches Signal“. Lazar warf der Ministerin vor, mit ihrer umstrittenen Extremismusklausel vielen Initiativen gegen Rechtsextremismus ihre Arbeit zu erschweren.

Zum Grundgesetz bekennen Dies sah Schröder, die anders als die Opposition statt von einer Extremismus- von einer Demokratieklausele spricht, anders: Es sei nicht zu viel verlangt, wenn Initiativen, die Staatsgelder beantragten, sich zum Grundgesetz bekennen sollen, argumentierte sie. Man wolle nicht „Extremismus mit Extremisten bekämpfen“. Es mache sie sehr nachdenklich, mit welchen Methoden nun einige versuchten, „parteilichtes Gewinn“ aus der Mordserie von Neonazis zu ziehen. Für Streit sorgte in der Debatte einmal mehr auch eine Leistung, die im Etat 2012 noch

gar nicht enthalten ist: das von der Koalition geplante Betreuungsgeld, das Eltern ab 2013 erhalten sollen, wenn sie ihre unter dreijährigen Kinder nicht in einer Kita betreuen lassen. Für die SPD-Fraktion sagte Caren Marks, die Ministerin könne die Probleme wie mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zu wenig Betreuungsplätze und mangelnde Gleichstellungspolitik nicht lösen. Familien bräuchten ein verlässliches und den Bedarf deckendes Betreuungsangebot; das Betreuungsgeld sei hingegen eine „gesellschaftspolitische Katastrophe“. Die Grünen-Abgeordnete Katja Dörner kritisierte, die Leistung, die jährlich mit bis zu zwei Milliarden Euro zu Buche schlagen werde, strafe alle Beteuerungen zur Haushaltsdisziplin Lügen und solle nur vom Versagen beim Kita-Ausbau ablenken. Dass bei diesem Thema weiterer Streit auch in der Koalition zu erwarten ist, deutete für die FDP-Fraktion Miriam Grufz an: Sie verfolge „mit Interesse“ die Debatte innerhalb der Union um das Betreuungsgeld – und sei offen gegenüber allen Optionen zu dessen konkreter Ausgestaltung. **Susanne Kailitz**



»Man kann Extremismus nicht mit Extremisten bekämpfen.«

Kristina Schröder (CDU)

STICHWORT

FAMILIENHAUSHALT 2012 – 4,9 Milliarden Euro für das Elterngeld

> Etat Der Etat 2012 des Familienministeriums umfasst 6,79 Milliarden Euro. Fast drei Viertel der Summe – 4,9 Milliarden Euro – sind für das Elterngeld vorgesehen. Der Bundestag erhöhte den Ansatz um 300 Millionen Euro zum Entwurf, weil immer mehr Männer Vätermonate nehmen.

> Extremismus: Das Ministerium hatte die Mittel für Initiativen gegen Extremismus um zwei Millionen Euro kürzen wollen, weil Verwaltungsausgaben entfallen seien. Ein Antrag der Koalition machte die Kürzung rückgängig.

> Extremismusklausel: Initiativen gegen Extremismus, die Geld aus dem Familienetat haben wollen, müssen unterschreiben, dass sie und ihre Kooperationspartner sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen.



»Kleines Zeichen«

JUSTIZ Mehr Mittel für Opferfonds als geplant

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche bei den Beratungen über den Etat 2012 des Bundesjustizministeriums den Titel „Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe“ im Vergleich zur Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses um 500.000 Euro auf eine Million Euro erhöht. Einen entsprechenden Änderungsantrag der Koalition (17/7815) zur Rücknahme einer ursprünglich geplanten Kürzung der Mittel nahm das Parlament einstimmig an. Zur Begründung hieß es in der Vorlage, angesichts „unvorstellbarer, rechtsextremistisch motivierter kaltblütiger Morde und weiterer brutaler Gewalttaten“ sei es erforderlich, Opfern rechtsextremistischer Übergriffe und ihren hinterbliebenen nahen Angehörigen aus humanitären Gründen Hilfe zukommen zu lassen.

Bundesjustizministerin Sabine Leutheuser-Schnarrenberger (FDP) hatte bereits zuvor in der Debatte über die neonazistische Mordserie (siehe Seite 1) bekräftigt, aus dem Haushaltstitel als „kleines Zeichen“ eine Entschädigung an Angehörige der Mordopfer zahlen zu wollen. In der Aussprache über den Justizetat betonte der CDU-Abgeordnete Alexander Funk, die Koalition setze mit der Anhebung der Mittel ein Zeichen für die Achtung solcher Taten. Der FDP-Parlamentarier Stephan Thomae nannte die

Erhöhung angemessen und ausreichend. Der SPD-Abgeordnete Ewald Schurr fand sie „löblich“, warb aber dafür, die Entschädigungsleistungen für Opfer rechtsradikaler Gewalt wieder in einem eigenen Titel aufzuführen. Die Grünen-Parlamentarierin Ingrid Hönlinger gab zu bedenken, welches Signal für Demokraten wie Rechtsextremisten von der zunächst vorgesehenen Kürzung der Mittel ausgegangen wäre. Für Die Linke begrüßte der Abgeordnete Steffen Bockhahn die Anhebung der Mittel, forderte aber „opferfreundlichere Auszahlungskriterien für den Fonds“.

Fast 15 Millionen Euro mehr Mit Ausgaben in Höhe von fast 507,76 Millionen Euro ist der Etat des Justizressorts (17/7107, 17/7123) im Bundeshaushalt 2012 der kleinste aller Ministerien. Neben den Ausgaben verzeichnet er mit 441,5 Millionen Euro fast ebenso hohe Einnahmen, die zum großen Teil durch Gebührenerlöse des Deutschen Patent- und Markenamtes (302,31 Millionen Euro) erzielt werden sollen. Verglichen mit 2011 bedeuten die für das kommende Jahr vorgesehenen Ausgaben von 507,76 Millionen Euro eine Steigerung von 14,67 Millionen Euro. Im Regierungsentwurf waren noch Ausgaben von 491,13 Millionen Euro geplant. **bob/hau**

Mehr als zwei Drittel für Innere Sicherheit

INNERES Oppositionsvertreter signalisieren Unterstützung für Ministervorschläge zu besserer Neonazi-Bekämpfung

Die Mordserie von Neonazis hat der Bundestag nicht nur zum Anlass genommen, noch vor seinen abschließenden Haushaltsberatungen für 2012 über die rechtsextremistischen Schreckenstaten und die Arbeit der Sicherheitsbehörden zu debattieren (siehe Seite 1); die Verbrechen der braunen Terror-Zelle und die Bekämpfung des Rechtsextremismus prägten vergangene Woche auch die Aussprachen über die Einzel-etats mehrerer Ministerien mit (siehe Beiträge oben und links). In der Debatte über den Haushalt des Innenministeriums signalisierten auch Oppositionsvertreter Unterstützung für die Pläne von Ressortchef Hans-Peter Friedrich (CSU) etwa für ein Gemeinsames Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus. Friedrich selbst wendete sich gegen Vorwürfe, die Polizei sei bei der Extremismusbekämpfung auf dem rechten Auge blind. „Überall, wo diese Bedrohungen stattfinden, ist die Polizei da“, sagte er.

Innenetat wächst Friedrichs Etat (17/7106, 17/7123, 17/7124) umfasst im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von gut 5,49 Milliarden Euro und damit rund 88 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr. Im Regierungsentwurf für den Haushalt 2012 war das Ausgabenvolumen im Einzelplan des Innenministeriums noch

mit knapp 5,47 Milliarden Euro veranschlagt gewesen. Mit 3,75 Milliarden Euro sollen auch 2012 mehr als zwei Drittel der Ressort-Ausgaben auf den Bereich der Inneren Sicherheit entfallen. Der Minister begrüßte die Aufstockung der Mittel im Sicherheitsbereich. Mit Blick auf die Mordserie mahnte er, Migranten deutlich zu machen, „dass dieses Land für die Sicherheit aller Menschen, die hier leben, sorgen will und dass wir gemeinsam alles tun werden, um das in der Zukunft sicherzustellen“. Über die im Zusammenhang mit der Mordserie bekannt gewordene Namensliste sagte er, außer den darauf stehenden etwa 10.000 Namen gebe es „keinerlei Hinweise auf irgendeine akute Bedrohung“.

Opposition uneins Zuvor hatte der SPD-Abgeordnete Peter Danckert darauf verwiesen, dass er am Vortag informiert worden sei, auch auf dieser Liste zu stehen. Dankert warnte, der „braune Sumpf“ sei viel verbreiteter als angenommen und „der Extremismus von rechts sehr viel gefährlicher“ als der von links. Für Die Linke monierte der Parlamentarier Steffen Bockhahn, Friedrich wolle eine engere Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten „als Antwort auf den braunen Terror“. Eine der wichtigsten Lehren der deutschen Geschichte sei

aber, Geheimdienste und Polizei strikt voneinander zu trennen. Der Grünen-Abgeordnete Wolfgang Wieland entgegnete, auch seiner Fraktion sei das Trennungsgesetz sehr wichtig, doch bedeute es „kein Informationsverbot zwischen Nachrichtendiensten und Polizei“. Die Grünen würden die Vorschläge des Bundesinnenministers prüfen und sagten „a priori zu keinem Nein“.

Der CDU-Parlamentarier Jürgen Herrmann begrüßte Friedrichs Vorschläge für das Abwehrzentrum und für eine Verbunddatei sowie einen besseren Informationsaustausch zwischen Bund und Ländern. Sein FDP-Kollege Hartfried Wolff forderte, das Nebeneinander von Verfassungsschutzämtern müsse „genau unter die Lupe genommen werden“. **Helmut Stoltenberg**



Teilnehmer einer Demonstration halten Porträts der ermordeten Neonazi-Opfer hoch.

»Blass vor Neid statt rot vor Zorn«

SOZIALES Bundesministerin von der Leyen lobt gute Lage auf dem Arbeitsmarkt und bei den Renten. Opposition sieht soziale Schieflage im größten Einzeletat

Bundesministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat kein Verständnis für das Wehklagen der Opposition. Die Wirtschaft brumme, Deutschland verzeichne die „höchste Vollbeschäftigung seit der Wiedervereinigung“, was durch die Halbierung der Zahl der Langzeitarbeitslosen und einer strukturellen Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen von „nur 40.000“ verdeutlicht werde, befand die Ministerin am vergangenen Donnerstag während der Abschlussberatung des Etats 2012 ihres Ministeriums. Angesichts dessen solle die Opposition „blass vor Neid statt rot vor Zorn“ werden. Doch statt Beifall erntete von der Leyen Kritik von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Der Haushalt sei das „Dokument der sozialen Schieflage“, fand Grünen-Arbeitsmarktexpertin Brigitte Pothmer. Die SPD-Abgeordnete Bettina Hagedorn nannte ihn „schlecht für die Arbeitslosen in Deutschland“. Und die Haushaltsexpertin der Linksfraktion, Gesine Lötzsch kam zu dem Schluss, dass der Sozialetat „ungerecht, unsolidarisch und schon gar nicht christlich“ sei.

Knapp fünf Milliarden Euro minus Dabei stellt auch im Bundeshaushalt 2012 der mit den Stimmen der Koalition verabschiedete Etat des Ministeriums für Arbeit und Soziales (17/7111, 17/7123) den größten Ausgabenposten dar. 126,46 Milliarden Euro sind vorgesehen. Das sind immerhin gut 41 Prozent der Gesamtausgaben und zugleich rund 4,83 Milliarden Euro weniger als noch 2011. Die größte Summe verwendet das Ministerium dabei für die Finanzierung der Rentenversicherung: Insgesamt sind 81,63 Milliarden Euro vorgesehen – 1,29 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2011. Die größte Einzelsparsumme im Etat ergibt sich durch den Wegfall des Darlehens an die Bundesagentur für Arbeit, das im Haushalt für dieses Jahr noch mit 5,4 Milliarden Euro zu Buche schlägt. Zudem sieht der Etat insgesamt 33,07 Milliarden Euro für die Grundsicherung für Arbeitsuchende vor. Das sind 1,1 Milliarden Euro weniger als 2011. Die Leistungen für Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose belaufen sich auf 4,4 Milliarden Euro – fast eine Milliarde Euro weniger als 2011. Hier setzt die Kritik der Opposition an. Die Bundesregierung kürze bei den Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik, kritisierte etwa Bettina Hagedorn. Dies gehe zu Lasten der Langzeitarbeitslosen und sei auch angesichts des Fachkräftemangels in der deutschen Wirtschaft aus volkswirtschaftlicher Sicht falsch, sagte sie. Schon bei dem im Sommer 2010 von der Koalition verabschiedeten Sparpaket seien 40 Prozent der Kürzungen dem Bereich Arbeit und Soziales zugewiesen worden. Da zwei Drittel des Etats gesetzlich festgeschriebene Leistungen seien, konzentrierten sich die Kürzungen auf die restlichen 40 Milliarden Euro. „Das macht die soziale Schieflage aus“, sagte Hagedorn.

»Vollständig verschont« Ein großes Maß an Ungerechtigkeit in dem Etat hat die Linksfraktion ausgemacht. Gekürzt werde da, wo Menschen, die am wenigsten haben, am härtesten getroffen werden, bemängelte Gesine Lötzsch. „Menschen, die nicht wissen, wohin mit dem Geld, werden von den Kürzungen vollständig verschont“, sagte sie. Mit Gerechtigkeit habe auch der Rückgang der Arbeitslosenzahlen nichts zu tun, da dies nur zu Lasten eines „dramatischen Zuwachses“ im Niedriglohnsektor und bei der Leiharbeit geschehen sei. Womit Lötzsch beim Thema Mindestlohn angekommen war. Sie bedauere es, sagte die Linksparteichefin, dass die CDU jüngst auf ihrem Parteitag zuletzt keinen Mindestlohn beschlos-



Die Rentenversicherung wird im kommenden Jahr 81,63 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt bekommen.

sen habe. Stattdessen hätten sich die radikalen Marktideologen erneut durchgesetzt. Auch Brigitte Pothmer zeigte sich enttäuscht über Ministerin von der Leyen, die beim parteiinternen Streit um den Mindestlohn nur eine „kommentierende Nebenrolle“ eingenommen habe. Dabei könne sich die Ministerin sicher sein, im Bundestag eine Mehrheit für den gesetzlichen Mindestlohn zu finden. Ursula von der Leyen selbst machte deutlich, dass „wenn die Tarifbindung nicht mehr funktioniert, ein neuer Rahmen gefunden werden muss“. Was jedoch nicht auf eine gesetzliche Mindestlohnregelung hinaus laufen müsse. Ihrer Ansicht nach sollten „Arbeitgeber und Gewerkschaften dies in einer Kommission aushandeln“. Anders als die Opposition lobten die Koalitionfraktionen die Etatplanung der Ministerin. So sprach auch der CDU-Abgeordnete Axel E. Fischer von einem „weiteren Schritt zur Konsolidierung“. Die Finanzierung des Bereiches Arbeit und Soziales werde nachhaltig ins Gleichgewicht gebracht. Trotz Einsparungen von knapp vier Prozent sei der Anstieg der Hartz-IV-Regelsätze gering und eine Erhöhung der Zuschüsse für

die Grundsicherung im Alter um 3,3 Milliarden Euro festgeschrieben. „Das ist das Resultat der intelligenten, wachstumsorientierten Politik der christlich-liberalen Regierungskoalition“, sagte Fischer. Was die von der Opposition kritisierte Senkung der Eingliederungshilfen für Arbeitslose angeht, machte Claudia Winterstein (FDP) eine ganz andere Rechnung auf. Angesichts der gesunkenen Zahl an Arbeitslosen sei „pro Kopf“ eine Erhöhung zu verzeichnen. Der Haushalt sei im Übrigen solide aufgestellt und sehe keine tiefen Einschnitte vor, urteilte sie. Das Darlehen an die Bundesagentur für Arbeit falle weg, weil es „nicht mehr nötig ist“. Zudem müsse Bund angesichts der positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt weniger für das Arbeitslosengeld II zahlen, sagte Winterstein. 2,8 Milliarden Euro mehr als in 2011 werde für Bildung und die Grundsicherung im Alter aufgewandt, sagte Winterstein. „Das ist eine wesentliche Entlastung für die Kommunen“, befand sie. Das „Pro-Kopf-Argument“ Wintersteins aufgreifend verwies die SPD-Abgeordnete Katja Mast darauf, dass der Haushalt „nicht konjunkturelle sondern strukturelle Kürzungen“ aufweise. Steige die Zahl der Arbeitslosen, stehe trotzdem nur die jetzige Summe zur Verfügung. „Das ist der eigentliche Skandal“, sagte Mast. Kürzungen bei der Wiedereingliederung richteten vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels auch aus volkswirtschaftlicher Sicht Schaden an, befand Brigitte Pothmer. Damit werde die soziale Spaltung auf dem Arbeitsmarkt vertieft, was auch den sozialen Frieden in der Gesellschaft gefährde. „Wenn die Menschen nicht mehr daran glauben, dass sie durch ihre eigene Anstrengung ihre soziale Lage verbessern können, unterstützt das den Extremismus in diesem Land“, warnte sie.

Keine Warteschleifen Aus Sicht von der Leyens ein unzutreffender Vorwurf: Die Bundesregierung werde die Menschen in den ersten Arbeitsmarkt integrieren, „nicht in teure Warteschleifen“, sagte die Ministe-

KOMPAKT

> Ausgaben Für Arbeit und Soziales wendet der Bund im kommenden Jahr 41,3 Prozent seiner Gesamtausgaben auf.

> Rentenversicherung Von den 126,46 Milliarden Euroes Gesamtetats sind 81,63 Milliarden Euro zur Finanzierung der Rentenversicherung vorgesehen, rund 130 Millionen Euro weniger als im Regierungsentwurf veranschlagt, aber 1,29 Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr.

> Arbeitslosengrundversicherung Ausgegeben werden können 33,07 Milliarden Euro, 1,1 Milliarden Euro weniger als 2011. Gekürzt wurde etwa bei der Kostenbeteiligung für Unterkunft und Heizung.

rin. Zugleich verwies sie darauf, dass die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt sich auch auf die Rente niederschlugen. Um 0,3 Prozent seien die Beiträge gesenkt worden, was bei Beschäftigten und Arbeitgeber zu jeweils 1,3 Milliarden Euro Einsparungen führe. „Das entlastet die jüngere Generation“, zeigte sich die Ministerin erfreut. Zugleich dürften 20 Millionen Rentner im nächsten Jahr mit einer spürbaren Rentenerhöhung rechnen. Den optimistischen Blick bei der Rentenentwicklung teilte Lötzsch nicht. Um künftig Renten zu erreichen, die ein Leben ohne Armut ermöglichen, brauche es heute gute Löhne für alle. Diese seien aber nicht in Sicht. Aber auch aktuell sieht Lötzsch Handlungsbedarf: Wenn 14 Prozent aller Über-65-Jährigen als arm gelten, sei klar: „Wir brauchen eine solidarische Mindestrente, die den Namen auch verdient hat.“ Soweit ging die Ministerin zwar nicht, die Problematik ist aber auch ihr bewusst. „Wer ein Leben lang gearbeitet hat, darf am Ende nicht ohne Rente da stehen“, sagte von der Leyen. Um diese „Schwachstelle“ zu beseitigen, werde nun der Rentendialog geführt, kündigte sie an.

Zwischen Armutszeugnis und gelungener Operation

GESUNDHEIT Prävention und Pflege als zentrale Streitpunkte

Die Einladung zu seiner Geburtstagsparty knüpfte Alois Karl an eine Bedingung: „Wenn Sie alle unserem Haushalt zustimmen, dann überlege ich mir, Sie alle einzuladen“, sagte der CSU-Abgeordnete in der abschließenden Debatte des Gesundheitsrats vergangene Woche im Bundestag. Das Angebot des 61-jährigen Geburtstagskinds konnte die Opposition freilich nicht umstimmen. Geschlossen lehnte sie den Ein- und zelpplan 15 ab. In Kraft treten wird der Gesetzentwurf (17/7114, 17/7123) dennoch, denn die Koalition fraktionen stimmten ihm zu. Mit Ausgaben in Höhe von 14,48 Milliarden Euro (2011: 15,78 Milliarden Euro) steht der Etat von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) im Resorvergleich auf dem vierten Platz. Gleichwohl ist seine Ausgabenstruktur übersichtlich. Mit 14 Milliarden Euro geht der größte Teil als Zuschuss an den Gesundheitsfonds – jenem großen Topf also, in den seit dem Jahr 2009 neben den Steuermitteln auch die Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern fließen und aus dem die gesetzlichen Krankenkassen pro Versichertem Zuweisungen erhalten.

»Die Koalition hat neuen Schwung in die Gesundheitspolitik gebracht.«

Johannes Singhammer (CSU)

»Ein Stück Verlässlichkeit« In der Debatte verteidigte Bahr die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik. Der Minister sagte, die Koalition bewältige in dieser Legislaturperiode ein enormes Arbeitspensum. „Was Rot-Grün in zwei Legislaturperioden nicht erreicht hat, das schafft diese Koalition in dieser Legislaturperiode“, betonte Bahr und verwies unter anderem auf das Anfang 2011 in Kraft getretene „Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung“ (GKV). Das deutsche Gesundheitssystem sei heute „finanziell stabil“, selbst „wenn die Konjunktur sich verschlechtert“, sagte der Minister. Dies sei „ein Stück Verlässlichkeit für die Patientinnen und Patienten“. Die Opposition dagegen ließ kein gutes Haar an der Politik Bahrs und seines Vorgängers Philipp Rösler (FDP). Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Karl Lauterbach, sagte, zur Halbzeit der Wahlperiode könne für Schwarz-Gelb lediglich eine Bilanz dessen gezogen werden, „was nicht erreicht worden ist“. So seien weder ein Präventionsgesetz umgesetzt noch die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen gestoppt worden. Sein Fraktionskollege Ewald Schurer monierte, beim Gesundheitshaushalt sei ein „Gestaltungswille der Koalition nicht erkennbar“. Schwarz-Gelb liefere „in homöopathischen Dosen“. Das ist zu wenig.

»Sie liefern in homöopathischen Dosen. Das ist zu wenig.«

Ewald Schurer (SPD)

Für Die Linke sagte ihre Gesundheitsexpertin Martina Bunge, dass trotz kleinerer Korrekturen in den Etatberatungen der „Mittelansatz für Prävention gekürzt“ worden sei. Zudem sei es „bittere Realität“, dass die gesetzlichen Kassen sparten, um keinen Zusatzbeitrag erheben zu müssen, um so gesunde, junge Mitglieder zu halten. Dieser Wettbewerb zwischen den Kassen führe nicht zu besserer Versorgung. Auch die Grü-

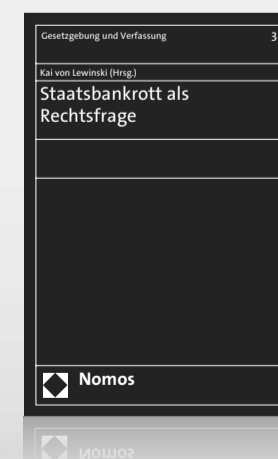
nen-Abgeordnete Katja Dörner bemängelte, dass zu wenig für Gesundheitsförderung und Prävention ausgegeben werde. Gerade einkommensschwache Bevölkerungsgruppen hätten deutlich höhere Gesundheitsrisiken als andere. Es sei „bedauerlich“, dass „Schwarz-Gelb einem Präventionsgesetz eine Absage erteilt hat“. Die Koalition habe aber auch keine anderen Vorstellungen, wie sie die Prävention voranbringen wolle, und das sei „ein Armutszeugnis“, betonte Dörner. Redner der Koalition kritisierte die Oppositionsfraktion strikt zurück. Der CDU-Gesundheitsexperte Jens Spahn sagte, Schwarz-Gelb habe die Finanzen der GKV in Ordnung gebracht. „Operation gelungen“, resümierte Spahn. Dies gelte auch für die Eindämmung der Arzneimittelpreise. Der FDP-Haushaltsexperte Otto Frische erläuterte, der 14-Milliarden-Euro-Zuschuss für die GKV aus Steuermitteln sei „sehr, sehr viel Geld“. Er erwarte, dass die Mittel gut und richtig verwendet werden. Der Unions-Fraktionsvize Johannes Singhammer (CSU) sagte, „diese christlich-liberale Koalition hat neuen Schwung in die Gesundheitspolitik gebracht“. Als nächstes wolle die Koalition die Pflegeversicherung in „entscheidenden Punkten verbessern“, etwa bei den Leistungen für Demenzerkrankte. Diese würden spätestens zum 1. Januar 2013 kommen, „idealerweise aber auch schon früher“, ergänzte Spahn. Nach Auffassung der Opposition hingegen will die Koalition „ein erbärmliches Reformchen“ auf den Weg bringen, wie Lauterbach sagte. Bunge kritisierte, die vorgesehene Einführung einer steuerlich geförderter privaten Zusatzversicherung nach Vorbild der Riester-Rente sei „aberwitzig“ angesichts der „sich zuspitzenden Finanzmarktcrise“. Die Grünen-Pflegeexpertin Elisabeth Scharfberg sagte, den „Mini-Bahr“ könnten sich nicht alle Versicherten leisten, Geringverdienere schauen „in die Röhre“. Schwarz-Gelb sei bei der Pflege „grandios gescheitert“. Beim Einzelplan 15 liege die Einnahmen 2012 bei 92,35 Millionen Euro (2011: 83 Millionen Euro), das Plus soll das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) einspielen. Bei den Ausgaben schlagen neben dem Gesundheitsfonds die Personalausgaben mit 187 Millionen Euro (186,76 Millionen Euro) und die sächlichen Verwaltungsausgaben mit 133,06 Millionen Euro (111,85 Millionen Euro) zu Buche. Die Investitionsausgaben sollen 69,91 Millionen Euro betragen, gut neun Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr. Das Volumen der Zuweisungen und Zuschüsse beträgt 14,1 Milliarden Euro, neben dem BfArM dürfen die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information, das Paul-Ehrlich-Institut und das Robert-Koch-Institut in diesem Bereich jeweils etwas mehr ausgeben. Die Verpflichtungsermächtigungen betragen im kommenden Jahr 87,75 Millionen Euro (71,5 Millionen Euro). **Monika Pilath**



Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende, also Mittel für Hartz IV, schlagen im kommenden Jahr mit 33,07 Milliarden Euro zu Buche.

Anzeige

Aktuell zur Griechenland-Krise



Staatsbankrott als Rechtsfrage

Herausgegeben von Kai von Lewinski
2011, 157 S., brosch., 39,- €
ISBN 978-3-8329-6754-3
(Gesetzgebung und Verfassung, Bd. 3)

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/13807



KURZ NOTIERT

Weniger Geld für kleine Baumaßnahmen

Der Bundespräsident und das Bundespräsidialamt können 2012 über 30,74 Millionen Euro (2011: 29,88 Millionen Euro) verfügen. Im Regierungsentwurf waren noch 31,49 Millionen Euro vorgesehen. Dabei haben die Abgeordneten vor allem bei den kleinen Baumaßnahmen den Rotstift angesetzt. Die Personalausgaben steigen von 16,81 Millionen Euro auf 17,17 Millionen Euro und die sächlichen Verwaltungsausgaben von 8,59 Millionen Euro auf 8,81 Millionen Euro. Für Investitionen sind nach 1,14 Millionen Euro im Jahr 2011 für kommendes Jahr 1,3 Millionen Euro eingeplant. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind 3,8 Millionen Euro und für Investitionen 1,2 Millionen Euro vorgesehen. Die Ausgaben des Bundespräsidenten sollen gleichbleibend 4,6 Millionen Euro betragen. Dabei sind für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) wie bisher 3,5 Millionen Euro vorgesehen.

Keine Veränderungen beim Bundesrat

Der Etat des Bundesrates ist bei den parlamentarischen Beratungen fast unverändert geblieben. Daher kann die Länderkammer im kommenden Jahr über 21,74 Millionen Euro (2011: 21,34 Millionen Euro) verfügen. Dabei steigen die Personalausgaben von 13,31 Millionen Euro auf 13,7 Millionen Euro. Für sächliche Verwaltungsausgaben sollen fast unverändert 7,48 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Für Investitionen sind nach 359.000 Euro im Haushaltsjahr 2011 im kommenden Jahr 340.000 Euro vorgesehen. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) stehen 215.000 Euro (206.000 Euro) bereit.

Ausgaben beim Bundesrechnungshof sinken

Die Ausgaben des Bundesrechnungshofes (BRH) werden 2012 auf 122,74 Millionen Euro (2011: 124,54 Millionen Euro) sinken. Davon ist der weitaus größte Teil für Personalausgaben vorgesehen, die von 103,07 Millionen Euro auf 103,46 Millionen Euro steigen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben erhöhen sich ebenfalls von 12,54 Millionen Euro auf 16,21 Millionen Euro, und die Investitionen fallen von 7,57 Millionen Euro auf 932.000 Euro. Für die Prüfungsämter des Bundes bleiben die Ausgaben nahezu unverändert bei 35,41 Millionen Euro (35,16 Millionen Euro). Insgesamt blieb der BRH-Etat bei den parlamentarischen Beratungen unverändert.

36,77 Milliarden Euro für den Schuldendienst

Die Gesamtausgaben bei der Bundesschuld sollen 2012 insgesamt 38,32 Milliarden Euro betragen, das sind 1,72 Milliarden Euro weniger als zunächst von der Bundesregierung veranschlagt (40,05 Milliarden Euro). In diesem Jahr sollen die Ausgaben 37,17 Milliarden Euro betragen. Die Ausgaben verteilen sich in erster Linie mit 36,77 Milliarden Euro (35,34 Milliarden Euro) auf den Schuldendienst. Dafür waren im Regierungsentwurf noch 38,39 Milliarden Euro vorgesehen. Bei den Beratungen wurden die Ausgaben für Zinsen für Bundesanleihen um 2,5 Millionen Euro auf 24,46 Milliarden Euro abgesenkt (17/7874).



Die Schleuse des Nordostseekanals in Brunsbüttel soll erweitert werden. Der Bundestag stellte dafür insgesamt 300 Millionen Euro zur Verfügung.

Schleusen auf

VERKEHR UND BAU Eine Milliarde Euro mehr für die Infrastruktur. Opposition sieht Unterfinanzierung

Es geht um viel Geld. Der Etat des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ist mit Ausgaben von 25,94 Milliarden Euro (2011: 25,24 Milliarden Euro) der viertgrößte Einzelteil des Bundes und mit Investitionen von 14,17 Milliarden Euro (13,51 Milliarden Euro) der größte Investitionstat. Trotzdem scheint das Geld für Deutschlands Straßen, Schienen und Wasserwege nicht auszureichen.

Dabei wurden die Mittel während den parlamentarischen Beratungen die Mittel noch um eine Milliarde Euro erhöht. Davon stehen 500 Millionen Euro direkt zur Verfügung, die zweiten 500 Millionen Euro als Verpflichtungsermächtigung. Das Gesamtvolumen wird auf die drei Verkehrsträger Bundesfernstraßen (600 Millionen Euro), Schiene (100 Millionen Euro) und Wasserstraßen (300 Millionen Euro) für den Nordostseekanal 5. Schleuse) aufgeteilt. Die Regierung muss bis zum 31. März 2012 eine Projektliste vorzulegen, die vom Haushaltsausschuss genehmigt werden muss.

Mehr Geld für Wendlingen-Ulm Ebenfalls erhöht wurden die Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen in die Eisenbahnen des Bundes von 1,69 Milliarden Euro im Regierungsentwurf auf 2,4 Milliarden Euro. Die Erhöhungen greifen ab 2016 und sind vorgesehen für die Neubaustrecke Ulm-Wendlingen, deren Bau teurer wird als bisher prognostiziert. Außerdem wurden die Mittel für die Städtebauförderung auf 455 Millionen Euro erhöht.

Die Sprecher der Koalitionsfraktionen hielten den Etat für ausreichend finanziert. Bartholomäus Kalb (CDU/CSU) wies darauf hin, dass der Verkehrsetat der Investitionsetat schlechthin sei. Infrastruktur sei wichtig, um eine hohe Mobilität zu garantieren. Ansonsten könne eine „höchst arbeitsteilige Wirtschaft“ nicht funktionieren. „Wir brauchen moderne Verkehrswege“, betonte er. Mit dem Etat würde dieser Forderung Rechnung getragen. Trotzdem müsse die Effizienz und Leistungsfähigkeit noch weiter gesteigert werden. Die zusätzlichen Mittel von einer Milliarde Euro müssten zügig in Projekte umgesetzt werden.

Für die FDP-Fraktion betonte Claudia Winterstein, dass in diesem Haushalt der Einklang gelungen sei, die Schuldenbremse einzuhalten und die Investitionen zu erhöhen. Die zusätzliche eine Milliarde Euro sei wichtiger Beitrag für die Infrastruktur, trotzdem wird damit der Investitionsstau nicht beseitigt. Sie warf den Vorgängerregierungen vor, zu wenig getan zu haben, da die Brücken schon „länger bröckelten“. Weiter sprach sie sich dafür aus, zur Finanzierung der Verkehrswege die öffentlichen privaten Partnerschaften weiter zu entwickeln. Die ersten Erfahrungen in diesem Bereich seien positiv.

Kritisch sahen die Sprecher der Opposition die finanzielle Ausstattung im Verkehrs- und Baubereich. Für Johannes Kahrs (SPD) ist der Etat trotz der zusätzlichen eine Milliarde Euro für Infrastrukturmaßnahmen immer noch unterfinanziert. Deshalb gebe es auch eine Diskussion um die Pkw-Maut nach dem Motto: Wir brauchen Geld, der

Autofahrer soll es zahlen. Kahrs wies darauf hin, dass bei der Lkw-Maut rund 33 Prozent der Einnahmen für die Betriebskosten verwendet würden. Insgesamt warf er Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) vor, viel anzukündigen, aber nur wenig zu tun. Er forderte, die zusätzlichen eine Milliarde Euro

auch nach der Erhöhung auf 455 Millionen Euro die Mittel „bei weitem“ für nicht ausreichend. Deshalb fordere ihre Fraktion auch eine Aufstockung auf 535 Millionen Euro. Dabei werde wirtschaftlich zudem an der falschen Stelle gespart. „Sie verhindern Investitionen und leisten der sozialen Spal-

nen nach sich. Insgesamt sah er in dem Etat kein Konzept für die Verkehrswende, es handle sich nur um die Verwaltung des „Status Quo“. Die Diskussion um die Pkw-Maut nannte er eine Geisterdebatte. Er sprach sich dafür aus, umweltschädliche Subventionen abzubauen und schlug statt dem Bau von Prestigeprojekten die Umschichtung der Mittel in den Erhalt von Straßen, von Schienenwegen und von Radwegen vor. Für Bundesminister Peter Ramsauer (CSU) bleibt der Bund verlässlicher Partner der Kommunen bei der Städtebauförderung. Er wies darauf hin, dass zusätzlich 92 Millionen Euro für die energetische Stadtsanierung bereitgestellt würden. „Die Energiewende ist jedoch nicht alleine eine Aufgabe des Bundes, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, betonte er. Im Verkehrsbereich ginge es zunächst um die Instandhaltung der bestehenden Strecken und um laufende Projekte schnellstmöglich fortzuführen. Dann könnten auch noch Neubaumaßnahmen des dringenden Bedarfs angegangen werden.

Änderungsanträge erfolglos Änderungsanträge der SPD (17/7837) und der Linksfraktion (17/7838) lehnte der Bundestag in namentlicher Abstimmung ab. Die Fraktionen forderten darin, die Mittel für die Städtebauförderung zu erhöhen. Schließlich stimmte das Plenum dem Etatentwurf (17/6600) auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (17/7112, 17/7123, 17/7124) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen zu. Die Opposition votierte dagegen. Michael Klein



Auch zukünftig sollen Verkehrsprojekte durch eine Maut finanziert werden.

für Infrastrukturmaßnahmen zu verstetigen, so dass auch in den nächsten Jahren die selbe Summe jeweils zur Verfügung stehen würde.

Die Abgeordnete Heidrun Bluhm von der Linksfraktion setzte sich vor allem mit der Städtebauförderung auseinander. Sie hielt

Vorschub“, sagte sie in Richtung der Koalition.

Auch Sven Kindler (Bündnis 90/Die Grünen) sprach sich für den Ausbau der Städtebauförderung aus. Dadurch werde auch die Wirtschaft angekurbelt, denn ein Euro Bundesmittel ziehe acht Euro Privatinvestitio-

Ländliche Räume im Blick

AGRAR Die Koalition weist Kritik am Aigner-Etat zurück

Agrarpolitik ist Sozialpolitik: An diesem Punkt arbeiteten sich die Redner aller Fraktionen bei der Debatte um den Etat (17/6600, 17/7110) des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vergangene Woche ab. „Der Einzelplan des Landwirtschaftsministeriums ist ein Sozialhaushalt und garantiert mit fast vier Milliarden Euro die soziale Sicherung im ländlichen Raum“, sagte Georg Schirmbeck (CDU). Insgesamt wird Ministerin Ilse Aigner (CSU) mit 5,28 Milliarden Euro im Haushaltsjahr 2012 rechnen können. Die zeigte sich während der Debatte zufrieden und überließ ihre Redezeit den Abgeordneten ihrer Fraktion.

Fehlende Impulse Schirmbeck dankte dafür und stellte fest: „Es gibt ländliche Räume, in denen es boomt, und es gibt Räume, die nicht so gut laufen.“ Und er fragte, ob der Grund für Erfolg und Misserfolg nicht darin begründet liegt, dass diese Regionen politisch unterschiedlich geführt werden; eine Replik an seinen Vorgesetzten Wilhelm Priesmeier (SPD), der die Chance der Regierung verpasst sah, ein zukunftsweisendes Konzept vorzulegen. „Der Entwicklung des ländlichen Raumes gibt der Haushalt keine Impulse“, sagte Priesmeier und forderte die Erhöhung der Mittel.

Roland Claus (Die Linke) kritisierte, „dass nur 1,5 Milliarden Euro übrig bleiben, wenn die sozialen Ausgaben herausgerechnet werden.“ Er monierte, die geplante Reform der acht Sozialversicherungen laufe auf eine „Zwangsvereinigung“ hinaus, um Geld einzusparen. „Warum wird dann nicht das Landwirtschaftsministerium, das in Bonn und Berlin sitzt, zusammengeführt?“, fragte er.

Heinz-Peter Hausteil (FDP) beklagte hingegen, dass die wiederkehrende Unterstellung, die Regierung sei nicht sozial, ungenau sei: „Die sozialen Ausgaben bestimmen diesen Haushalt.“ Er verteidigte auch das Festhalten an der Agrardieselsubvention, die Wettbewerbsnachteile für die Bauern ausgleiche.

Für Katja Dörner (Bündnis 90/Die Grünen) machte der Etat eines deutlich: „Die schwarz-gelbe Agrarpolitik setzt auf industrialisierte Massentierhaltung zu Lasten der kleinen Bauern.“ Der Einzelplan 10 wurde mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition angenommen. Ein von der Linksfraktion zur Abstimmung vorgelegter Änderungsantrag (17/7778), der 20 Millionen Euro zusätzlich für die flächendeckende Finanzberatung forderte, wurde mit den Stimmen der Koalition abgelehnt. Jan Eisel

Lokomotiven und Bremsen

WIRTSCHAFT Rösler warnt vor Gefahren durch Eurobonds: Wachstumsschwäche droht

Regierung und FDP-Fraktion haben sich in der Wirtschaftsdebatte des Bundestages am Donnerstag strikt gegen die Einführung sogenannter Eurobonds zur gemeinsamen Schuldenaufnahme der Euroländer ausgesprochen. Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) warnte vor einer Transferunion, weil der deutsche Steuerzahler dadurch für die Schulden anderer Länder aufzukommen hätte. Eurobonds würden dramatisch steigende Zinsen nach sich ziehen und das Wachstum schwächen. „Die Menschen können auf diese Regierungskoalition zählen. Wir werden alles drei verhindern: Transferunion, Eurobonds und Jürgen Trittin als Bundesfinanzminister“, sagte Rösler.

Niemals nie sagen Florian Toncar (FDP) unterstützte diese Position: „Sie können Schulden nicht mit noch mehr Schulden bekämpfen“, warnte er. Dagegen sah Hubert Heil (SPD) Gegensätze zwischen Union und FDP und verwies auf den Unions-Haushälter Norbert Barthle, der auch in der Debatte sagte: „Wir sagen nicht nie. Wir sagen nur: keine Eurobonds unter den gegebenen Voraussetzungen.“ „Deutschland bleibt Wachstumslokomotive in Europa“, stellte Rösler zu seinem Etat fest und verwies auf die Wachstumsraten der vergangenen zwei Jahre. Auch im

schwieriger werdenden Jahr 2012 werde es Wachstum geben. Klaus Brandner (SPD) nannte vier Bereiche, wo zusätzliche Mittel sinnvoll eingesetzt werden könnten: Die Erwerbstätigkeitsquote der Frauen sei zu niedrig und solle erhöht werden. Jugendliche, ältere Arbeitnehmer und Langzeitarbeitslose müssten besser gefördert werden. Michael Luther (CDU/CSU) bezeichnete die Wirtschaftslage als gut, forderte aber zu-



Auslaufmodell: Kohle aus Deutschland

gleich, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Die Koalition habe dazu 50 Millionen Euro zusätzlich für Luft- und Raumfahrt bereitgestellt. Der Opposition, die diese Erhöhung ablehne, warf er vor: „Sie haben nicht verstanden, was es heißt, morgen noch Spitze in der Welt zu sein.“

„Die realen Ergebnisse Ihrer Wirtschaftspolitik sind ein inzwischen fest etablierter Niedriglohnsektor“, kritisierte Roland Claus (Linksfraktion). „Insbesondere junge Menschen werden beim Eintritt in ihr Berufsleben dadurch verunsichert, dass sie in aller Regel nur Zeitverträge haben.“ Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen) bezeichnete die Ankündigung von Steuersenkungen auf Pump als „Rettungsschirm für die FDP“. Steuersenkungen seien aber in einer Zeit der Konjunkturabflachung das falsche Signal.

Der vom Bundestag beschlossene Etat des Wirtschaftsministeriums für 2012 bleibt mit Ausgaben von rund 6,11 Milliarden Euro (2011: rund 6,12 Milliarden) so gut wie unverändert. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP waren die Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle um 112 Millionen auf 1,2 Milliarden Euro zurückgenommen worden. Ein Änderungsantrag der Linksfraktion (17/7829) wurde abgelehnt. Hans-Jürgen Leersch

Weniger Geld von Treuhand

FINANZEN Der Etat des Finanzministeriums, über den der Bundestag am Dienstag debattierte, wurde bei den Beratungen des Haushaltsausschusses nur unwesentlich gegenüber dem Regierungsentwurf für 2012 verändert. Bei den Ausgaben wurden sieben Millionen Euro gestrichen, darunter fünf Millionen Euro beim Titel Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke. Insgesamt kann der Finanzminister im kommenden Jahr rund 4,61 Milliarden Euro ausgeben. Im Etat des laufenden Jahres sind 4,46 Milliarden Euro vorgesehen. Größere Ausgabenpositionen sind unter anderem der Zuschuss an die Braunkohlenpolververwaltung (80 Millionen Euro). Die Energiewerke Nord, die mit dem Rückbau der Atomkraftwerke Greifswald und Rheinsberg beauftragt sind, sollen im kommenden Jahr knapp 69 Millionen Euro erhalten. Die Abgeltung von Schäden im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte beträgt 14 Millionen Euro. Die Einnahmen im kommenden Jahr sollen rund 221,4 Millionen Euro betragen und damit erheblich niedriger ausfallen als 2011 (357,3 Millionen Euro). So wird erwartet, dass die Einnahmen aus dem Bereich der Treuhand-Nachfolgeeinrichtungen von 220 auf 90 Millionen Euro zurückgehen. hle



Für Erkundungsarbeiten im atomaren Zwischenlager Gorleben (Foto) sind im Haushalt 2012 insgesamt 73 Millionen Euro eingeplant – 26,2 Millionen Euro mehr als im Jahr 2011.

Teure Altlasten

UMWELT Regierung und Opposition streiten über Suche nach einem atomaren Endlager

Eigentlich sind die neuesten Zahlen alarmierend: das arktische Meeres schmilzt schneller als bisher und bis Ende des Jahrhunderts wird ein Anstieg des Meeresspiegels um einen Meter erwartet – mehr als doppelt soviel wie der Weltklimarat IPCC bislang prognostiziert hatte. „Es zeigt sich, dass die Realität die Modelle überholt“, warnte der Klimaforscher Stefan Rahmstorf vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung kurz vor dem UN-Weltklimapfel, der am heutigen Montag in Durban (Südafrika) beginnt. Und doch beherrscht nicht wie in den vergangenen Jahren der Klimawandel die politische Debatte, sondern die Energiewende – und damit auch die Frage eines atomaren Endlagers. Nachdem die Koalitionsregierung als Folge der Reaktor Katastrophe von Fukushima den Atomausstieg besiegelt hatte, brachte es der Umwelthaushalt 2012 erstmals um den Punkt, wie die Energiewende finanziell umgesetzt werden soll.

Kleiner Haushalt Der Haushalt des Umweltministeriums, in der Fachsprache Einzelplan 16 genannt, sei auf den ersten Blick „wirklich klein“, gab Bernhard Schulte-Drüggelte, Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion, zu. Mit 1,59 Milliarden Euro mache er nur 0,5 Prozent des Gesamthaushaltes aus. Insgesamt stünden für den Umwelt-

bereich im Haushalt 2012 jedoch 7,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Dies entspricht einem Anteil von 22 Prozent, erklärte Schulte-Drüggelte in der Debatte am vergangenen Dienstag. Die Kürzung um 45,36 Millionen Euro beweise, dass die Regierung in Zeiten der Konsolidierung mit dem Geld der Steuerzahler „sorgfältig und verantwortungsbewusst umgeht“, sagte er. Der FDP-Politiker Stephan Thomae hob hervor, dass es sich beim Umweltbereich um eine „Querschnittsaufgabe“ handle, in dem die Dimension des Ausstiegs aus der Kernenergie und des Umstiegs in erneuerbare Energien „deutlich sichtbar“ werde.

Diesen Einstieg in ein neues Energiezeitalter konnte die Opposition nicht erkennen: „Mit diesem Haushalt vergrößern Sie nicht nur die fiskalische Verschuldung, sondern auch die ökologische Verschuldung“, sagte Sven-Christian Kindler, der für die Fraktion Bündnis 90/die Grünen im Haushaltsausschuss sitzt. Als ein Beispiel nannte er die geplanten Ausgaben aus dem Energie- und Klimafonds. Die Erlöse des Fonds, der aus dem Emissionshandel finanziert wird, seien „massiv überbucht“ kritisierte er. Vor ihm hatte bereits

Matthias Miersch (SPD) angeprangert, dass dort – statt wie geplant 17 Euro pro Tonne CO₂ – momentan nur 10 Euro pro Tonne CO₂ erzielt würden. „Das ist keine verlässliche Politik“, mahnte Miersch. Auch die Linke sieht in dem Haushalt keinen Richtungswechsel der Umweltpolitik: „Der Haushalt spiegelt nicht den vermeintlichen Erkenntnisgewinn der schwarz-gelben Regierung nach oder durch Fukushima wieder“, betonte Dorothee Menzner von der Linksfraktion.

Ganz im Gegensatz zu Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU), der die Energiewende als das „herausragende Thema dieser Legislaturperiode“ bezeichnete. Neue Zeiten sieht er daher auch in der jahrelangen Streitfrage um ein Endlager für atomare Abfälle gekommen: „Wir haben jetzt in Deutschland den sichersten Ort zu suchen“, sagte Röttgen, der am 11. November bei einer Sitzung mit Vertretern der Länder in dieser Frage eine „weiße Landkarte“, also eine offene Suche ohne Tabus, angekündigt hatte.

Röttgen betonte, dass die sicherste mögliche Entsorgung von radioaktivem Abfall weder ein lokales noch ein regionales, sondern ein Thema sei, „das in deutsche Verantwortung

fällt, und zwar in die Verantwortung unserer Generation“, betonte Röttgen. Der Opposition warf er vor, in der Vergangenheit versagt zu haben: „Sie haben dezidiert gesagt, wir suchen nicht nach einem Endlager“ und fügte hinzu: „Sie haben sich weggedrückt, weil Ihnen die Aufgabe zu schwer war.“

An der offenen Suche nach einem Endlager hat die Opposition allerdings große Zweifel – und machte das auch am Haushalt fest: „Solange sie weiterhin so viel Geld, nämlich 73 Millionen Euro in den Ausbau des Standorts Gorleben stecken, sind sie an einer Suche, die sich auf ganz Deutschland erstreckt gar nicht interessiert“, argwöhnte Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen). Nach Meinung von Dorothee Menzner (Die Linke) seien 25 Millionen Euro zur bergtechnischen Sicherung von Gorleben ausreichend. Ansonsten habe auch der Untersuchungsausschuss gezeigt, dass „Gorleben ungeeignet“ sei, erklärte die Umweltpolitikerin.

Alte Meiler Die SPD erinnerte daran, dass neben den Ausgaben für die Endlagerung noch weitere immense Kosten für den Abriss der Atomkraftwerke auf die Haushalte zukommen werden. „Die ersten Rechnungen gehen davon aus, dass dieser Abriss 18 Milliarden Euro kostet“, sagte Marco Bülow. Auch andere Lagerstätten, in denen momentan Atomabfälle lagern, wie die Asse oder Morsleben, würden weitere Kosten in Milliardenhöhe verursachen, warnte er. Das zeige, „dass das Märchen von der billigen Atomenergie, das sie jahrelang gesungen haben, eine große Lüge ist“, erklärte der Um-

»Sie haben sich weggedrückt, weil ihnen die Aufgabe zu schwer war.«

Norbert Röttgen (CDU)

weltexperte. Für die FDP forderte Michael Kauch die Opposition auf, bei der Endlagerung endlich einen Konsens zu finden – und lobte dabei sogar den politischen Gegner: Der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, habe bei den Gesprächen über ein Endlager den richtigen Schritt gemacht, indem er erklärt habe, „dass das Ende von Gorleben keine Vorbedingung für Konsensgespräche ist.“

Annette Sach

Mehr zum Thema unter: www.bfs.de/de/kerntechnik

KOMPAKT

Umweltetat Dem Bundesumweltminister stehen 2012 rund 1,59 Milliarden Euro zur Verfügung – 45,36 Millionen Euro weniger als 2011. Das entspricht 0,5 Prozent des Gesamtetats.

Einzelplan Im Haushaltsgesetz (17/6600) trägt der Umwelthaushalt den Namen Einzelplan 16. Im Vergleich ist der Umweltetat der zweitkleinste Posten des Gesamthaushalts.

Umweltpolitik Insgesamt stehen im Bundeshaushalt für die Umweltpolitik zusammen mit anderen Ressorts 7,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Das entspricht 22 Prozent des Gesamthaushalts.

KURZ NOTIERT

Kosten für das Personal steigen

Der Deutsche Bundestag, der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages und die Mitglieder des Europäischen Parlaments können im Jahr 2012 über 693,97 Millionen Euro verfügen. Das sind 12,2 Millionen Euro mehr als in diesem Haushaltsjahr (2011: 681,78 Millionen Euro). Die meisten Mittel sind dabei für das Personal reserviert. Die Ausgaben betragen dafür 469,77 Millionen Euro (460,56 Millionen Euro). Für Investitionen sind 20,09 Millionen Euro (27,91 Millionen Euro) eingeplant und für sächliche Verwaltungsausgaben 111,28 Millionen Euro (101,73 Millionen Euro). Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind fast unverändert 92,84 Millionen Euro (91,58 Millionen Euro) vorgesehen. Bei den parlamentarischen Beratungen wurden die Leistungen für Mitglieder des Präsidiums verändert. Für ehemalige Bundestagspräsidenten verlängert sich danach der Anspruch auf ein voll ausgestattetes Büro im Bundestag um die Dauer ihrer Amtszeit. Die Gesamtausgaben des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages sollen 2012 rund 3,86 Millionen Euro (3,67 Millionen Euro) betragen.

Berliner Kultur erhält mehr Förderung

Der Etat der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes kann 2012 über 1,94 Milliarden Euro (2011: 1,84 Milliarden Euro) verfügen. Im Regierungsentwurf waren noch 1,88 Milliarden Euro vorgesehen. Während für das Personal insgesamt 252,83 Millionen Euro (251,16 Millionen Euro) eingeplant sind, sollen die sächlichen Verwaltungsausgaben 624,95 Millionen Euro (583,76 Millionen Euro) betragen. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind nach 791,19 Millionen Euro 2012 insgesamt 858,97 Millionen Euro eingeplant. Den größten Anteil am Gesamtetat hat der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Hier sollen mehr als eine Milliarde Euro zur Verfügung stehen. Bei den parlamentarischen Beratungen wurden die Zuschüsse für kulturelle Einrichtungen in Berlin um 3,3 Millionen Euro auf 28 Millionen Euro erhöht.

Deutlich höhere Steuereinnahmen erwartet

Die Bundesregierung erwartet im kommenden Jahr deutlich höhere Einnahmen. Diese sollen 263,06 Milliarden Euro betragen. Das sind 23,1 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr (239,96 Milliarden Euro). Im Regierungsentwurf waren noch 260,58 Milliarden Euro vorgesehen. Die erwarteten Mehreinnahmen beruhen auf der jüngsten Steuer-schätzung. Danach sollen die Einnahmen aus der Lohnsteuer auf 62,18 Milliarden Euro steigen, verglichen mit 60,61 Milliarden Euro im Regierungsentwurf. Die Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge wird mit 3,67 Milliarden Euro angesetzt. In der Regierungsvorlage waren es 3,73 Milliarden Euro. Die Energiesteuer soll gegenüber dem Regierungsentwurf um 48 Millionen Euro auf 35,72 Millionen Euro steigen. Ebenfalls ansteigen sollen die Einnahmen aus der Stromsteuer: Nach 6,8 Milliarden Euro im Entwurf auf 6,82 Milliarden Euro. Von 2,3 auf 1,47 Milliarden Euro sollen nach dem Atomausstieg die Einnahmen aus der Kernbrennstoffsteuer fallen. mik

FÜNF FRAGEN ZUM: BUNDESHAUSHALT



PETRA MERKEL (SPD) Vorsitzende des Haushaltsausschusses

Der Regierungsentwurf zum Haushalt für 2012 sah Ausgaben in Höhe von 306 Milliarden Euro vor. Welche Veränderungen hat es im Rahmen der Haushaltsberatungen gegeben?

Die Ausgaben im Etat 2012 wurden im parlamentarischen Verfahren leicht erhöht, sie liegen nun bei insgesamt 306,2 Milliarden Euro. Gleichzeitig wurde die Neuverschuldung um 1,1 Milliarden Euro auf 26,1 Milliarden Euro gesenkt. Dies liegt an der guten Konjunktur und den höher prognostizierten Steuereinnahmen.

Inwiefern spielte die derzeitige Eurokrise eine Rolle bei den Haushaltsberatungen?

Die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise spielte natürlich eine große Rolle. Allein schon, weil uns die Vorlagen, so zu den Leitlinien oder auch Berichte über die Entwicklungen in Griechenland immer aktuell zugeleitet wurden und wir diese auch auf der Tagesordnung im Ausschuss hatten oder in Sonder-sitzungen beraten mussten.

Im Entwurf fehlen die Einnahmen aus der Finanzmarkttransaktionssteuer. Hat die Bundesregierung kein Interesse an einer Besteuerung des Finanzsektors?

Es scheint so. Die Regierung setzt sich, meiner Meinung nach, nicht mit Nachdruck für diese Steuer ein. Neben den Einnahmen, die aus so einer Steuer erzielt werden, ist für mich das Signal auch wichtig, diejenigen an den Kosten zu beteiligen, die auch durch die staatliche Intervention gerettet wurden und noch werden – eben Banken und Spekulanten.

Sie haben unlängst davon gesprochen, dass höhere Steuern benötigt würden, um die Konjunktur in Europa anzukurbeln. Wer also soll zahlen?

Es gibt genug Menschen, die hohe Vermögen haben oder so viel verdienen, dass ihnen eine Steuererhöhung oder eine Vermögenssteuer nicht wehtäte. In Deutschland und Europa, ja weltweit melden sich ja sogar Millionäre zu Wort, die gerne mehr Steuern

zahlen würden. Auch wenn es abgedroschen ist: Starke Schultern müssen und können mehr schultern als schwache. Das ist sozial, gerecht und solidarisch.

Das Bundesverfassungsgericht hat das geplante Neuner-Gremium, das für eilige und vertrauliche Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Rettungsschirm EFSF zuständig sein sollte, auf Eis gelegt. Wie soll es nun weitergehen?

Sollten nach der einstweiligen Verfügung des Bundesverfassungsgerichts eilige oder vertrauliche Entscheidungen nötig sein, ist die Handlungsfähigkeit auf jeden Fall durch den Haushaltsausschuss oder das Plenum des Bundestages gewährleistet. Wie das aussehen könnte, wird derzeit geprüft. Ob die gesetzliche Grundlage für die Parlamentsbeteiligung überarbeitet werden muss, hängt vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts ab.

Die Fragen stellte Götz Hausding.

Weiter Streit um CCS-Technik

Erneut gescheitert ist im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat am vergangenen Dienstag der Versuch, einen Kompromiss im festgefahrenen Dauerstreit um ein Gesetz zu finden, das die Erforschung von CCS regelt. Das Kürzel steht für Carbon Capture Storage. Bei diesem Verfahren wird Kohlendioxid, das bei der Kohleverbrennung in Kraftwerken und Industrie anfällt, abgetrennt und anschließend in verflüssigter Form unterirdisch verpresst. Angesichts massiver Bürgerproteste gegen die Erprobung solcher Vorhaben pochen vor allem Niedersachsen und Schleswig-Holstein darauf, auf ihrem Territorium unterirdische CCS-Speicher untersagen zu können. Brandenburg wiederum, wo Vattenfall für 1,5 Milliarden Euro ein Pilotvorhaben für die CCS-Technologie plant, wehrt sich gegen eine entsprechende Ausstiegsklausel im Entwurf des Bundestages und will die CCS-Lasten nicht allein tragen. Im Bundesrat wird auch moniert, die Haftung für Risiken im Gefolge von CCS-Depo-nien sei nur unzureichend geklärt. Wie es im Vermittlungsausschuss nun weitergeht, ist offen. Die EU hat gegen Deutschland bereits ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil hierzulande die Brüsseler Vorschrift zur gesetzlichen Regelung der CCS-Erprobung noch immer nicht umgesetzt ist. EU-Staaten können CCS – wie beispielsweise in Österreich – ganz verbieten. kos

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

**Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.***

Jetzt auch als E-Paper

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de

Teure Truppe

VERTEIDIGUNG Ursprünglich sollte die Bundeswehr sparen. Doch trotz Aussetzung der Wehrpflicht und Verkleinerung der Truppe bleibt der Etat weiter auf hohem Niveau



Mit der Strukturreform der Bundeswehr soll die Zahl der Soldaten in den nächsten Jahren auf 170.000 bis 185.000 Mann sinken.

Thomas de Maizière (CDU) zeigte sich optimistisch: Der Verteidigungshaushalt sei im kommenden Jahr mit 31,87 Milliarden Euro zwar „nicht üppig“, aber er sei „angemessen“. Die erneute leichte Anhebung des Wehretats begründete der Verteidigungsminister mit dem Umbau der Bundeswehr von einer Wehrpflicht- zu einer Freiwilligenarmee, die weltweit im Einsatz sei. „Die Neuausrichtung ist sicherheitspolitisch begründet. Sie ist mit Blick auf unsere kleiner werdenden Jahrgänge demografisch abgesichert, und sie ist solide finanziert“, argumentierte de Maizière in der abschließenden Beratung des Wehretats am vergangenen Mittwoch im Bundestag. Auch in den kommenden Jahren werden die Einsparungen bei den deutschen Streitkräften deutlich geringer ausfallen als dies de Maizières Vorgänger Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) ursprünglich versprochen hatte. Rund 8,3 Milliarden Euro hatte dieser in den kommenden Jahren bei der Truppe einsparen wollen. Sein Nachfolger de Maizière hatte sich von diesem ehrgeizigen Sparziel allerdings schnell verabschiedet. Sollte der Wehretat ursprünglich bis zum Jahr 2015 nur noch 27,6 Milliarden Euro betragen, so liegt die Zielmarke nach der neuen Finanzplanung des Bundes (17/6601) nur noch bei 30,4 Milliarden Euro.

Gestiegener Etat Die Haushälter des Bundes hatten den Etatentwurf der Bundesregierung (17/6600, 17/6602) in den Haushaltsberatungen (17/7123, 17/7124, 17/7125) sogar noch einmal um 190 Millionen Euro aufgestockt. Damit stieg der Weh-

etat 2012 im Vergleich zum laufenden Jahr um 323 Millionen Euro. Zu sichtbaren Veränderungen im Verteidigungshaushalt wird der Umbau der Streitkräfte jedoch trotzdem führen. So sinken nach den Planungen erstmals seit vielen Jahren die Personalausgaben: um 1,61 Milliarden auf 14,92 Milliarden Euro. Allerdings wird aus dem Topf der Allgemeinen Finanzverwaltung eine weitere Milliarde Euro bereitgestellt, um zivile Mitarbeiter, die aus der zivilen Wehrverwaltung in andere Bereiche des öffentlichen Dienstes versetzt werden, zu bezahlen. Der Großteil der eingesparten Personalausgaben wird im Gegenzug durch die um 980 Millionen Euro steigenden Verwaltungskosten bereits wieder aufgeessen. Sie schlagen mit insgesamt 5,18 Milliarden Euro zu Buche.

Neuer Grundkonsens Applaus für den Kurswechsel im Verteidigungsministerium bekommt der neue Hausherr dafür nicht nur aus den Reihen der Koalitionsfraktionen, sondern auch von den Sozialdemokraten. So stelle der SPD-Haushaltsexperte Bernhard Brinkmann klar: „Die vollmundigen und nicht haltbaren Sparvorgaben des Herrn zu Guttenberg sind damit endgültig Makulatur, und das ist auch gut so.“ Und Rainer Arnold (SPD) hob hervor, dass seit dem Ministerwechsel im Frühjahr, der „Grundkonsens in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ zwischen der Mehrheit der Fraktionen „wieder deutlicher und einfacher herzustellen“ sei. Gleichzeitig mahnte er aber an, dass von der Bundesregierung über neue, grundsätzliche Fragen diskutiert werden müssten, etwa nach Rolle und Verantwortung Deutschlands in der sicherheitspolitischen Welt. Auch Auf europä-

cher Ebene brauche man eine neue Debatte über eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sagte Arnold. Ein weiteres Vorhaben de Maizières, alle Rüstungs- Beschaffungsmaßnahmen zu überprüfen, wurde von der FDP gelobt. Jürgen Koppelin würdigte den Mut des Verteidigungsministers, alte Verträge zur Rüstungsbeschaffung zu korrigieren. Dabei gehe es überwiegend „um Beschlüsse und lange Verträge, die seinerzeit unter Rot-Grün eingetütet“ worden seien, erklärte Koppelin. Unter anderem will de Maizière auf 37 „Eurofighter-Kampfflugzeuge“ und 40 Kampfhubschrauber vom Typ „Tiger“ verzichten. „Wir brauchen nicht die Sachen, die ihr irgendwann bestellt habt, sondern wir brauchen modernes Gerät“, sagte Koppelin. Har-

KOMPAKT

> Verteidigungsetat Mit 31,87 Milliarden Euro ist der Wehretat der drittgrößte Etat des Bundeshaushalts. In den Haushaltsberatungen wurde er noch einmal um 190 Millionen Euro aufgestockt. Damit steigt der Etat im Vergleich zum Jahr 2011 um 323 Millionen Euro.

> Sparziele Ursprünglich sollte der Etat in den kommenden Jahren nach den Plänen von de Maizières Amtsvorgänger um 8,3 Milliarden Euro gekürzt werden.

> Reformpläne Die Bundeswehr soll in den kommenden Jahren von ursprünglich 250.000 auf 170.000 bis 185.000 Soldaten verkleinert werden.

schke Kritik an der geänderten Politik kam allerdings aus den Reihen der Fraktion Die Linke und Bündnis90/Die Grünen. Sie sprachen sich dagegen aus, die Sparziele wieder zurückzunehmen. Der Haushaltspolitiker Tobias Lindner (Bündnis90/Die Grünen) forderte eine Verkleinerung der Bundeswehr auf 160.000 Soldaten. „Wir müssen die Bundeswehr an die sicherheitspolitischen Realitäten anpassen.“ Bei der Bundeswehrreform greife der Verteidigungsminister „zu kurz“, sagte Lindner. „Sie verharren in alten Denkmustern und haben die Chance vertan, unsere Streitkräfte auf ihre wahrscheinlichsten Kernkompetenzen zu konzentrieren“, kritisierte er.

Mogelpackung Kritik an dem Etat des Verteidigungsministeriums übte die Linke-Abgeordnete Christine Buchholz. Sie bezeichnete ihn als „Mogelpackung“. So würden die Kosten des Afghanistan-Einsatzes „heruntergerechnet“ und Ausgaben in andere Ressorts „ausgelagert“, sagte sie. Mit den anderen Einzellets verbuchten Kosten würden die Ausgaben für den Verteidigungsetat 2012 insgesamt 35,4 Milliarden Euro betragen, kritisierte Buchholz. Der Verteidigungsminister nahm die Kritik gewohnt nüchtern und gelassen auf. Er erklärte, dass die Entscheidungen in diesem Jahr „noch der leichteren Teil der Übung“ waren. Denn jetzt gehe es um die Umsetzung: „Dafür brauchen wir Jahre.“ Alexander Weinein/Annette Sach

Mehr zur Bundeswehrreform unter: www.bmvg.de (Informationen zur Neuausrichtung)

Westerwelles Etat legt zu

AUSWÄRTIGES AMT Haushalt steigt um 6,5 Prozent

Sogar die Opposition hatte ein Lob parat: Er begrüße, dass „der Etat um 6,5 Prozent steigt“, sagte der Sozialdemokrat Klaus Brandner in der abschließenden Haushaltsdebatte zum Auswärtigen Amt am vergangenen Mittwoch. Dadurch entstünden neue Handlungsspielräume, die genutzt werden müssten. „Damit werden essenzielle Felder wie der Bereich ‚Sicherung von Frieden und Stabilität‘ gestärkt.“ Kritisch sah er, dass durch die von der Regierung geförderte Kooperation des Auswärtigen Amtes mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Mittel an das BMZ abfließen. „Das ist dringend anzumahnen“, sagte Brandner, weil ein schlüssiges Konzept fehle. Die Aufwendung von zusätzlichen 100 Millionen Euro zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Ägypten begrüßte SPD-Abgeordnete wiederum. „Die Zukunft Deutschlands liegt nur in Europa“, leitete Rainer Stinner (FDP) seine Rede ein. Ein weiteres Markenzeichen der deutschen Außenpolitik sei die Zunahme bilateraler Kooperationen mit China, Russland, Palästina und Israel. „Eine solche intensive Kooperation hat es vorher nicht gegeben.“ Das sei eine neue Qualität der Außenpolitik. Bei der gemeinsamen europäischen Außenpolitik habe Deutschland jedoch noch „ein dickes Brett zu bohren“. Stinner: „Aber ohne Europa wird Deutschland in Zukunft nicht bestehen können.“ Michael Leuter (Die Linke) kritisierte, dass die Finanzplanung des Auswärtigen Amtes von Jahr zu Jahr unterschiedlich ausfalle: „In ihrem Bereich herrschen chaotische Zustände.“ Mal würden Haushaltsmittel gesenkt, mal wieder erhöht. Weiter forderte Leuter mit Blick auf den Ausgabeteil zum Nato-Zivilhaushalt, dass das Budget des Auswärtigen Amtes nicht militärisch sein darf. „Alles Militärische muss aus diesem Haushalt verschwinden“, sagte er.

»Es lohnt sich hinzuschauen, mit wem man es dort zu tun hat.«

Philipp Mißfelder (CDU)

en. „Diesen Beitrag leistet das Auswärtige Amt in hervorragender Art und Weise.“ Mißfelder verteidigte den Export von Panzern nach Saudi-Arabien: „Die strategische Argumentation überwiegt.“ Zwar bewege man sich in einer „Grauzone“, aber er sehe darin kein Problem, solange das entsprechende Verfahren demokratisch und transparent sei, „wie es bei allen schwierigen Waffenexporten der Vergangenheit war“. „Wir brauchen ein langfristiges Konzept zur zivilen Krisenprävention“, sagte Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen). „Und wir brauchen eine nachhaltige Finanzierung.“ Das Auf und Ab der Mittelzuweisung im Etat des Auswärtigen Amtes sei nicht berechenbar und zerstöre Vertrauen. Seinen Vordränger kritisierte Kindler scharf: „Überhaupt nicht nachhaltig ist, wenn sie als Regierung Gewaltherrscher unterstützen, die Menschenrechte mit Füßen treten.“ Die geplante Lieferung von 200 Kampfpanzern nach Saudi-Arabien sei keine Grauzone, sondern „zynische Außenpolitik“.

2012 wird das Auswärtige Amt 3,23 Milliarden Euro zur Verfügung haben. Das entspricht einem Zuwachs von 220,07 Millionen Euro. An Zuweisungen und Zuschüssen stehen fast 2,12 Milliarden Euro zur Verfügung: fast 848,83 Millionen Euro an Personalausgaben. Verwaltungsausgaben schlagen mit 229,65 Millionen Euro zu Buche, Ausgaben für Investitionen mit fast 159 Millionen Euro. Bernard Bodellan Eisel



Amtssitz in Berlin

Humanitäres Puzzle

MENSCHENRECHTE Mittel aus sechs verschiedenen Etats

Die Mittel für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland steigen im kommenden Jahr auf 105 Millionen Euro. In diesem Jahr sind sie noch um 16,43 Millionen auf 82,21 Millionen Euro gesunken. Auch die Mittel für Krisenprävention wurden im Haushalt 2012 aufgestockt: 120 Millionen Euro sollen dafür ausgegeben werden. Das sind rund 29 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Beide Posten finden sich im Etat des Auswärtigen Amtes (AA). Da der Bereich Menschenrechte und humanitäre Hilfe keinen eigenen Etat hat, kommen die menschenrechtlich relevanten Ausgaben aus sechs verschiedenen Einzelplänen. Neben dem Auswärtigen Amt haben auch das Justizministerium, das Verteidigungsministerium und das Familienministerium menschenrechtlich relevante Ausgaben. Das Innenministerium wird im kommenden Jahr rund 37,4 Millionen Euro zur Unterstützung der Menschenrechte zur Verfügung stellen – unter anderem im Rahmen der Förderung der Reintegration mittelloser Ausländer und bei der Unterstützung von

deutschen Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa.

Entwicklung Auch Dirk Niebels Ressort fördert menschenrechtliche Belange mit eigenen Mitteln. Alle Vorhaben der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit werden laut Ministerium in einer Art Menschenrechts-TÜV auf ihre Auswirkungen geprüft. Ein Teil der entsprechenden Mittel hat das Entwicklungsministerium (BMZ) kurz nach der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses durch eine Vereinbarung an das Auswärtige Amt gegeben, was in der abschließenden Haushaltsberatung am vergangenen Donnerstag für Verstimmung bei der Opposition sorgte. Demnach soll der Titel „Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe“, der unter anderem menschenrechtlichen Prinzipien Geltung verschaffen soll, im BMZ-Haushalt aufgelöst werden, 95 Millionen Euro werden daraus in den Etat des AA übertragen. Die Restmittel des derzeit 129 Millionen Euro starken Titels sollen beim BMZ bleiben. ahe/tyh

Am Minister scheiden sich die Geister

ENTWICKLUNG Das Ressort von Dirk Niebel (FDP) kann 2012 mit 114 Millionen Euro mehr rechnen. Der Opposition ist das entschieden zu wenig

Für den Minister ist es der „dritte Rekordhaushalt in Folge“, die Opposition hält das Ergebnis mit Blick auf die Arbeitsbeschäftigung eher für mager. Das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unter Ressortchef Dirk Niebel (FDP) kann im kommenden Jahr mit einem Budget in Höhe von 6,33 Milliarden Euro rechnen. Das sind insgesamt rund 164 Millionen Euro mehr als im laufenden Haushaltsjahr. Gegen die Stimmen der Opposition verabschiedeten Union und FDP vergangene Woche den BMZ-Etat in der vom Haushaltsausschuss beschlossenen Fassung (17/7119, 17/7123, 17/7124, 17/7125). Niebel nutzte die Debatte, um auf eine höhere Wirksamkeit und Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit hinzuweisen: Dazu gehörten die Zusammenführung der Durchführungsorganisationen zur Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit

(GIZ), die Einrichtung einer „Servicestelle für bürgerschaftliches und kommunales Engagement“ und die Etablierung eines Evaluierungsinstituts. Als wichtigen Schwerpunkt nannte Niebel die Entwicklung ländlicher Räume, die lange „schmählich“ vernachlässigt worden sei. „Wir wollen dazu beitragen, Menschen nicht nur zu versorgen, sondern für sie vorzusorgen“, sagte der Minister mit Blick auf die Hungerkatastrophe am Horn von Afrika. Hier habe das BMZ nicht nur mit 160 Millionen Euro geholfen, sondern trage auch dazu bei, solche Katastrophen in Zukunft zu verhindern.

Kampf gegen Armut Gerade dies stellte die Opposition in Frage: Die Arbeitsbeschäftigung käme im Etat zu kurz, sagte der Haushalter Lothar Binding (SPD) zu Beginn der Debatte. Es sei kein Aufwuchs erkennbar, der wesentlich zur Erreichung des Millennium-

Ziels der Vereinten Nationen beitrage, bis 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zu verwenden. Auch Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen) hielt der Koalition in diesem Zusammenhang Lippenbekenntnisse vor. In der Finanzplanung sei für das BMZ eine Etat kürzung im Jahre 2013 vorgesehen. „Ohne Geld werden Sie nicht weiterkommen“, sagte die Haushaltsexpertin. Von einem „mickrigen Aufwuchs“ im Etat sprach Heike Hänsel für die Linksfraktion. Der Minister spreche von Eigenverantwortung und Wirtschaftspartnerschaften, meine „aber im Grunde die Förderung deutscher Wirtschafts- und Rohstoffinteressen“. Der „Griff in die neoliberale Motte“, habe Entwicklung in Ländern des Südens bislang verhindert, sagte Hänsel. Nicht Geld allein, auch Schwerpunkte und die Qualität der Entwicklungspolitik seien

entscheidend, unterstrich Christiane Ratjen-Damerau (FDP). Der BMZ-Etat sei ein „Wirksamkeitshaushalt“, sagte die Abge-



Niebel zu Besuch in einer Textilfabrik in Bangladesch im Juni 2011

ordnete und verwies auf das Evaluierungsinstitut und die stärkere Einbindung privater Träger wie Kirchen und Stiftungen.

Volkmar Klein (CDU) sagte, dass Deutschland mehr bieten könne als nur Geld: „Das Wertvollste, was wir Deutschland weiterzugeben haben, ist unsere positive Erfahrung mit der sozialen Marktwirtschaft.“ Zudem lobte Klein die geplanten Wirksamkeitsprüfungen und eine Effizienzsteige-

rung durch die GIZ-Strukturreform im Ressort. „Das ist ein klarer Erfolg, auch des zuständigen Ministers.“

Änderungsanträge Im Anschluss an die Debatte lehnte das Plenum mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen zwei Änderungsanträge der SPD-Fraktion (17/7812, 17/7813) und einen gemeinsamen Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (17/7814) ab. Die Sozialdemokraten wollten zusätzliche Mittel für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern (210 Millionen Euro) und für den Schutz des Yasuni-Nationalparks in Ecuador (40 Millionen Euro) bereitstellen. Im gemeinsamen Änderungsantrag forderten SPD und Grüne eine Erhöhung der Entwicklungsmittel um insgesamt 1,2 Milliarden Euro, um das 0,7-Prozent-Ziel doch noch zu erreichen. Alexander Heinrich



Bilder aus Cottbus: Die NPD demonstriert in der Lausitzmetropole. Gegensätze wie die schmutzige sanierte Innenstadt und triste Plattenbauten bestimmen das Bild der Stadt im Osten Deutschlands.

Die alltägliche Gewöhnung

RECHTSEXTREMISMUS Frustration und Not verschaffen Neonazis Zulauf im Osten. Auch in Cottbus

Knapp 30 Kilometer vor Cottbus auf der A 15. Auf der rechten Spur steht ein Wagen mit der Reichskriegsflagge großflächig auf der Heckscheibe. Sie ist wie weitem gut zu erkennen, besser als das Modell des grauen Wagens, der sich beim Näherkommen als betagter Opel Ascona zu erkennen gibt. Am Steuer eine junge Frau. Und die Reichskriegsflagge? Sie ist keine richtige Reichskriegsflagge, sie ist angeleitet und anstelle der Linien sind um das Kreuz herum Worte angeordnet: Neubau, Altbau, Reparatur, Montage. Erreicht man in Cottbus seine Kunden auf diese Art? Die kaiserliche Reichskriegsflagge gilt als Erkennungssymbol der rechten Szene und ist im Osten Deutschlands immer wieder zu finden. Das Kfz-Kennzeichen ANA des Opel auf der A15 vor Cottbus steht für Annaberg – das liegt in Sachsen, nicht im brandenburgischen Cottbus. Das passt zu Behauptungen, in Cottbus gebe es im Grunde keine Probleme mit Neonazis: „Die sind in Sachsen und in Thüringen“, sagt später am Tag der scheue, schlaksige Mitarbeiter der sanierten lutherischen Schlosskirche in der Innenstadt der Lausitzmetropole. Aber das liegt wohl vielmehr daran, dass ihm eine ganz andere Subkultur schlaflose Nächte bereitet. „Die Satanisten“, empört er sich, „die haben die Kirche direkt am Eingang mit ihren Symbolen beschmiert: einem umgedrehten Kreuz und so. Und zwar schon zum zweiten Mal in diesem Jahr“. So wie der ergraute Mann mit dem wuscheligen Lockenkopf und dem etwas zu geschlagenen Schnäuzer die Schmierereien erregen, können sie noch nicht lange her sein.

Mit einem makabren Scheingrab wird das System der Bundesrepublik verhöhnt.

Doch außen an der Kirche ist nichts mehr zu sehen. Sie ist gleichmäßig weiß getüncht, keine Spur von Vandalismus. In Cottbus scheint man sehr schnell damit zu sein, unliebsame Vandalismusaakte jeglicher Art schnell aus dem kollektiven Gedächtnis verschwinden zu lassen. So auch auf einem der städtischen Friedhöfe. Erst am Sonntag hatten Unbekannte dort ein zwei Meter langes Scheingrab gegraben und mit Symbolen der rechtsextremen Szene umrandet. Vor dem Kopf des Grabes errichteten sie ein zwei Meter hohes Kreuz, daneben einen Aufsteller mit der Inschrift „Demokraten“, rundherum ein paar Friedhofskerzen. Eine eindeutige Botschaft – von der schon wenige Tage später nichts mehr zu sehen ist. Der Vorfall wurde scheinbar zum Anlass genommen, den gesamten Friedhof akribisch zu entlauben, zu harken und zu pflegen. Nur wenige Meter hinter der kleinen Kapelle steht ein großer giftgrüner Müllcontainer, die Utensilien des Scheingraves sind jedoch nicht darin gelandet. Aller guten Pflege zum Trotz, an diesem Ort möchte man sich weder tot noch lebendig aufhalten. Ein wenig beängstigend erscheint vor diesem Hintergrund auch die Gedenkstätte für die Opfer des Zweiten Weltkriegs nahe des Eingangs.

Ursachenforschung Nur etwa 20 Kilometer Luftlinie von Polen entfernt, ist für Cottbus der Zulauf zu den Rechtsextremisten auch mit der Nähe zum Nachbarland zu erklären. Im Grenzgebiet gibt es viele negative Meinungen über die „Polaken“. Extremismusexperte Professor Hajo Funke ist ein Kenner der Szene. Er lehrte an der Freien Universität Berlin. Seine Schwerpunkte sind

Rechtsextremismus und Antisemitismus. Obwohl er seit 2010 emeritiert ist, scheint sein Ruhestand nur formalen Charakter zu sein. Im wahren Leben ist er schwer zu erreichen, weil sich die Journalisten der Republik gegenwärtig bei ihm die Klinke in die Hand geben. Funke ist sich sicher, dass das Phänomen Rechtsextremismus zwar in Ostdeutschland besonders verbreitet ist, aber egal ob in Grenzregionen im Osten oder in der westfälischen Arbeiterstadt Dortmund seien „Erscheinen und Intensität“ überall gleich. Allerdings sei der Ursprung in der DDR ein eigener: „Faschos und Skinheads gab es auch schon in der DDR“, sagt der Experte, „aber die Bewegung weitete sich erst in den 1990er Jahren aus“.

Umbruch ausgenutzt Zu DDR-Zeiten hätten die Rechtsextremisten einigen Unzufriedenen eine Alternative zu den Bürgerrechten geboten. Das antifaschistische SED-Regime schwieg zu dem Neonazi-Problem. Funke führt aus, dass die Menschen im Osten nach der Wende orientierungslos waren, „vor allem die jungen Männer“. Dies habe zu „Frustration und Not“ geführt. Das haben die Rechtsextremisten dann aufgegriffen und ausgenutzt. Eine weitere Ursache, so Funke, sei schon viel früher zu finden: „In der DDR wurde zwar der Antifaschismus gepredigt, aber der Faschismus nie aufgearbeitet“. Und danach seien Vorfälle wie in Hoyerswerda nie aufgearbeitet worden. „Das ist das Problem der Verharmlosung, weshalb die sich gehalten haben“. Hoyerswerda ist nur 35 Kilometer von Cottbus entfernt. 1991 kam es zu ausländischen Übergriffen auf Asylbewerber. „Die Polizei hat damals nachgegeben und die Asylbewerber abtransportiert und somit dem Volkszorn nachgegeben. Die haben die Bewegung geradezu ermuntert“, erinnert sich Funke. Allerdings seien die Drahtzieher von damals nicht unbedingt die gleichen

wie heute. Sie seien älter und wahrscheinlich „ruhiger“ geworden. Fast zwölf Prozent Arbeitslosigkeit, das ist nicht nur über dem bundesweiten Durchschnitt, auch über dem Brandenburgs. Blühende Landschaften gibt es in Cottbus und um Cottbus nicht einmal im Sommer. Die Dörfer sind genauso klein und schmal wie die Straßen, die zu ihnen führen. Ihr Zustand ist schlecht. Auch in den Außenbezirken von Cottbus. An der Straße, die vom Zentrum zu dem besagten Friedhof führt, steht ein schiefes Schild mit der Aufschrift „Vorsicht Gehwegschäden“. Hätte die Stadt die Schilder überall dort aufgestellt, wo es Gehwegschäden gibt, dann könnten kaum ein Bürgersteig hier benutzt werden. Das Erbe des Sozialismus ist auch in Cottbus wie in vielen ostdeutschen Städten noch immer manifestiert in seinen Plattenbauten. Viel Substanz ist wegen Leerstands abgerissen. In den übrig gebliebenen Blöcken massieren sich Hartz-IV-Empfänger und Arbeitslose. Das Zentrum ist im wahren Sinne des Wortes das Herz der Stadt: restaurierte Fassaden, kein Leerstand. Neben den national oder international bekannten Geschäften und Lokalen, die beim Besuch jeder Stadt ein déjà-vu hervorrufen und dem Neuling das Gefühl geben, nicht Fremder, sondern Freund zu sein, gibt es hier sogar einige kleine Boutiquen, die der Innenstadt einen Hauch von Noblesse verleihen. Ein kleiner Weihnachtsmarkt auf dem zentralen Platz tut ein Übriges zu dieser – im Gegensatz zur Umgebung – fast märchenhaften Kulisse hinzu. Hier scheinen die sich ständig wiederholenden Negativschlagzeilen über Rechtsextremisten weit weg zu sein. 2008

»Die Polizei hat Asylbewerber abtransportiert und dem Volkszorn nachgegeben.«
Hajo Funke

greifen Neonazis am Ende ihres einhundert Mann starken Fackelzuges zum Maifeiertag Polizisten an, jährlich gedenken sie der Bombardierung Dresdens und von Cottbus im Zweiten Weltkrieg und dem Todestag von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß. Was sagt der Bürgermeister zu all dem? Das sei auf dem Presseportal der Stadt Cottbus online nachzulesen, sagt der Pressesprecher und gibt leutselig Tipps zur Navigation auf der Seite. Besonders freut ihn, dass der Bürgermeister und Oberbürgermeister in einer Pressemitteilung die Friedhofschändung verurteilen und es im Onlinearchiv „viele Reden“ gebe, in denen die Herren Stellung beziehen. Zu sprechen sind sie nicht; der eine ist zur Kur, der andere auf einer mehrtägigen Veranstaltung. Und je später der Tag, desto mehr der üblichen Verdächtigen sind auf den Straßen der Stadt unterwegs. Vereinzelt, leise, geschäftig, mit Freundin, unauffällig. Teils mit Baseballkappe, teils oh-

ne. Immer kahlschneid oder 30er-Jahre-Schick auf dem Kopf; Bomberjacke, Jeans und -Turnschuhe. Die Zeiten, als Rechtsextreme mit Springerstiefeln in der Öffentlichkeit auftreten, sind vorbei. Sie tragen stattdessen klobige Turnschuhe, unauffällige Modelle. Das ist bequemer und unauffälliger. Längst gibt es Konsens in der Szene, sich nicht auszugrenzen, sondern zu integrieren; kein Feindbild zu sein, sondern der nette Nachbar von nebenan. Das wollen Extremismusexperten wie Hajo Funke durchkreuzen. Er appelliert deshalb an Politik und Medien, „an dem Thema dran zu bleiben und für lückenlose Aufklärung zu sorgen“, damit es nicht in Vergessenheit gerät. Funke hofft, dass es damit jetzt endgültig „ein Ende hat“.

Stimmen aus den Fraktionen

„Brauner Terror ist eine Schande für dieses Land. Wir treten diesem Terror mit ganzer Kraft und gemeinsam entgegen. Wir sind uns alle einig: Die entsetzlichen Verbrechen, die jetzt offenbar wurden, sind lückenlos aufzuklären. Wir müssen aufklären, warum diese Verbrecherbande jahrelang weitestgehend unentdeckt blieb.“



Hermann Gröhe, CDU

„Da sind Menschen in hasserfülltem Nationalismus hingerichtet worden. Menschen, die unter uns, mit uns lebten, die zu uns gehören. Das festzustellen, gehört an den Anfang, bevor die Aufklärung wirklich beginnt. Mehr noch: Diese Truppe von Neonazis hat brutal Menschenleben ausgelöscht.“



Frank-Walter Steinmeier, SPD

„Die Morde haben das Vertrauen in unser Rechtssystem erschüttert. Gerade die Millionen von Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte, die zufällig zu Opfern hätten werden können, müssen sich jetzt fragen, ob sie hinreichend geschützt werden. Jeder in Deutschland hat das Recht, in Frieden und Freiheit zu leben.“



Christian Lindner, FDP

„Es ist bemerkenswert, dass die NPD und ihr rechtsextremes, auch rechtsterroristisches Umfeld seit Jahren, seit Jahrzehnten mit V-Leuten durchsetzt sind. Wenn über 13 Jahre lang keine einzige Information zu den bisher bekannten Mordfällen von den V-Leuten kam, ist das Beweis genug für die ganze Nutzlosigkeit dieser Strategie.“



Gregor Gysi, Die Linke

„Wir wollen wissen, wer was wusste und wer was unternommen hat oder nicht. Dafür reicht uns kein Ermittler. Wir wollen Untersuchungsausschüsse und schriftliche Berichte, in die jeder schauen kann. Das sind wir den Opfern schuldig.“



Renate Künast, Bündnis 90/ Die Grünen

FÜNF FRAGEN ZU: RECHTSTERROR IN DEUTSCHLAND



ECKHARD JESSE
Politik-Professor an der TU Chemnitz und Extremismusexperte

Eine rechte Terrorgruppe hat eine Mordserie verübt – wurden die Gefahren des Rechtsextremismus in Deutschland unterschätzt?
Nein. Es gibt eine Vielzahl von staatlichen Förderprogrammen gegen Rechtsextremismus seit 2000, die Jahr für Jahr mit 24 Millionen Euro bedacht werden. Es wird ständig vor Rechtsextremismus in Deutschland gewarnt – in der Politik, der öffentlichen Meinung und der Wissenschaft. Manchmal stellte sich gar heraus, dass dieser nicht hinter bestimmten Ereignissen steckte. Dem Rechtsextremismus wurde nicht zugetraut, dass sich eine offenbar kleine kriminelle Gruppe wie in Zwickau – ob es sich um ein Netzwerk handelt, bedarf der Prüfung – so abkapseln und derartige terroristische Straftaten begehen konnte. Insofern liegt eine Fehleinschätzung vor. Aufgrund der Last der Vergangenheit ist die deutsche Ge-

sellschaft sensibel für rechtsextremistische Gefahren.
Die Täter kommen aus dem Osten Deutschlands. Ist man dort anfälliger für braunes Gedankengut?
Ja. Zum einen ist dies sozialisationsbedingt, weil die DDR keine weltweite Gesellschaft war. Hinzu kommt die Umbruchsituation nach 1989/90, mit der ganzen Unsicherheit der Menschen samt hoher Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern. Wir sollten uns aber vor einer Kampagne gegen den „braunen Osten“ hüten. Auch eine kleine Gruppierung in Bayern hätte solch entsetzliche Taten begehen können.
Hatten Sie überhaupt solche Mordaktionen von Rechtsaußen hierzulande für möglich gehalten?
Nein. Wir haben bisher erlebt, dass Rechtsextremisten nachher sich mit

ihren Aktionen brüsten und viel prahlen. Diesmal schwiegen sie jahrelang. Es gab keine Selbstbezüglichungsschreiben. Auch mit dem Ausmaß der Planungsintensität war nicht zu rechnen.
Die Tätigkeit von V-Leuten der Verfassungsschutz in der rechtsextremen Szene ist in Verruf geraten. Was muss sich ändern?
Bei gewaltbereiten Gruppen müssen verdeckte Ermittler eingeschleust werden. Bei sonstigen extremistischen Vereinigungen ist es nötig, die V-Leute und deren Informationen genauer „anzuschauen“. Es gibt ein Dilemma: V-Leute an der Spitze einer Organisation könnten deren Kurs beeinflussen, was nicht sein darf. Auf unterer Ebene hingegen bekommen sie zu wenig mit. In jedem Fall muss der Informationsfluss der Sicherheitsbehörden untereinander und

im föderalen System besser abgestimmt werden.
Es wird wieder ein Verbot der NPD gefordert. Zurecht?
Ich sehe gegenwärtig keinen Zusammenhang zwischen der Mordserie der Zwickauer Gruppe und der NPD. Deren Existenz kann sogar dafür sorgen, dass nicht zu viele Leute in rechtsterroristische Strukturen abgleiten. Ein Verbot erhöht die Gefahr der Unkontrollierbarkeit der „Szene“. Man muss trennen zwischen gewalttätigem subkulturellem Rechtsextremismus und der NPD, die harten Rechtsextremismus vertritt, aber keine Gewalt vertritt, ungeachtet aller Schnittmengen. Ich halte die Verbandsdebatte für ein Zeichen von Reflexion und von Symbolpolitik. Das ist nicht gut für unsere Demokratie. Ein Verbot ist kein demokratisches Gebot.
Die Fragen stellte Hans Krump.

Anzeige

Die neue Zeitschrift für Politik und Gesellschaft

»Indes« steht für Kommunikation zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Fundiert, pointiert und originell präsentiert sich hier ein deutungsstarkes Periodikum für politische Aufklärung.

Herausgegeben von Franz Walter.

Jetzt kostenlos die Nullnummer lesen unter www.indes-online.de

und gleich den Jahrgang 2012 mit 50% Nachlass abonnieren!

Vandenhoek & Ruprecht
Vandenhoek & Ruprecht D-37070 Göttingen info@v-r.de www.v-r.de

V&R

KURZ NOTIERT

Längere Mitzeichnungsfrist für öffentliche Petitionen

Der Petitionsausschuss des Bundestages hat beschlossen, die Mitzeichnungsfrist für öffentliche Petitionen um eine Woche auf vier Wochen zu verlängern. Somit steht künftig eine zusätzliche Woche zur Verfügung, um das Quorum von 50.000 Mitzeichnungen zu erfüllen, das erforderlich ist, damit die Petition in einer öffentlichen Ausschusssitzung beraten wird. Ebenfalls angegliedert hat der Ausschuss die Frist für das Schreiben von Diskussionsbeiträgen zu einzelnen öffentlichen Petitionen im Internetforum des Ausschusses. Diese Frist beträgt nun ebenfalls vier Wochen. Die Änderungen treten zum 1. Januar 2012 in Kraft. *vom*

Kompromiss bei Förderung von Arbeitslosen

Die Reform der Fördermaßnahmen für Arbeitslose kann in Kraft treten. Mit der Mehrheit von CDU/CSU und FDP gegen das Votum der Opposition stimmte der Bundestag am vergangenen Donnerstag einer Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses (17/7775) zum Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt (17/6277, 17/6853, 17/7065) zu. Am vergangenen Freitag ließ der Bundesrat den geänderten Entwurf passieren. Die im Vermittlungsausschuss zustande gekommene Einigung von Bund und Ländern sieht unter anderem vor, dass die Förderung der Einstiegsqualifizierung auf Dauer erhalten wird. Die vom Bundestag ursprünglich beschlossene Kürzung der Förderdauer für ältere Arbeitnehmer auf zwölf Monate wird gestrichen. Es bleibt aber bei den geplanten Einschnitten beim Gründungszuschuss für arbeitslose Existenzgründer. *mpi*

Neues Gesetz zur Überschuldungsstatistik

Bei Enthaltung der Linksfraktion hat der Bundestag vergangene Woche den Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Statistik der Überschuldung privater Personen (17/7418, 17/7698) angenommen. Ziel ist es, umfassende Informationen über den von einer finanziellen Notsituation betroffenen Personenkreis zur Verfügung zu stellen, um aus den Erkenntnissen Vorschläge zu entwickeln, wie Überschuldung verhindert und überwunden werden kann. *vom*

Die Linke verlangt Umbenennung von Kasernen

Nach dem Willen der Linksfraktion sollen bei der Umbenennung von Bundeswehrkasernen keine Personen Namensgeber sein, „die weder ethisch und rechtsstaatlich, noch freiheitlich oder demokratisch beispielhaft erinnerungswürdig sind“. Einen entsprechenden Antrag (17/7485) überwies der Bundestag am vergangenen Mittwoch an den Verteidigungsausschuss. Die Linke schreibt darin, bis heute seien „noch mehr als zwei Dutzend Kasernen nach Wehrmachtssoldaten benannt, die den verbrecherischen Angriffs- und Vernichtungskrieg mitgetragen haben“. Weiter heißt es, im Umgang mit historisch belasteten Kasernen- und Straßennamen offenbare sich „am deutlichsten der Unwille“ im Verteidigungsministerium, „mit der unrühmlichen Geschichte der Wehrmacht konsequent zu brechen“. *mpi*

Gesetz gegen zu viele Abmahnungen gefordert

Die Linksfraktion will die Haftung und die Abmahnkosten bei Urheberrechtsverletzungen begrenzen. Ihren Gesetzentwurf (17/6483) überwies der Bundestag am vergangenen Donnerstag an den Rechtsausschuss. Ihren Vorstoß begründete die Abgeordnete damit, dass die Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht habe. „Allein sechshunderttausend Abmahnungen mit einem geschätzten Gesamtvolumen von einer halben Milliarde Euro“ sollen bei Urheberrechtsverletzungen in Tauschbörsen im Auftrag von Rechteinhabern versandt worden sein. *vom/ver*

SPD-Fraktion will mehrfache Staatsbürgerschaft erlauben

In Deutschland geborene Kinder von Ausländern sollen sich nach dem Willen der SPD-Fraktion künftig nicht mehr mit Erreichen der Volljährigkeit zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern entscheiden müssen. In einem Antrag (17/7654) fordert die Fraktion die Abschaffung des so genannten Optionsmodells im Staatsangehörigkeitsrecht. Danach soll ein Kind ausländischer Eltern neben deren Staatsbürgerschaft dauerhaft auch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn es in der Bundesrepublik geboren wird und sich mindestens ein Elternteil mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel langfristig legal in Deutschland aufhält. *sto*



Kinder wollen – wie beim Unicef-Aktionstag – mit ihren Anliegen Gehör finden. Ob ihre Rechte eigens im Grundgesetz verankert werden sollen, ist umstritten.

Vorrang für das Kindeswohl

FAMILIE Die Opposition will die Rechte der Kleinen ins Grundgesetz aufnehmen

Die Frage, ob Kinderrechte im Grundgesetz verankert sein sollten, ist seit Jahren heftig umstritten und lebt vor allem immer dann wieder auf, wenn neue Fälle von Kindesmisshandlungen bekannt werden. In der vergangenen Woche hatte eine entsprechende Debatte des Bundestags allerdings einen erfreulichen Anlass: Vor ziemlich genau 22 Jahren, am 20. November 1989, verabschiedeten die Vereinten Nationen das „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“.

Diese UN-Kinderrechtskonvention legt Standards zum Schutz von Kindern fest; sie beschreibt unter anderem das Recht auf Gleichbehandlung, Gesundheit, Bildung und Fürsorge. Deutschland ratifizierte die Konvention im Jahr 1992, erklärte allerdings Vorbehalte, die die Bundesregierung erst im vergangenen Jahr zurückgenommen hat. Seither gilt: „Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“

»Viele Baustellen« Doch bei aller Freude darüber, dass die Konvention auch in Deutschland volle Gültigkeit erlangt hat, zeigte sich die Opposition am vergangenen Donnerstag davon überzeugt, dass die Kinderrechte hierzulande dringend weiter gestärkt werden müssen. Ihr Hauptanliegen ist es, Kinderrechte im Grundgesetz festzuschreiben. Die SPD-Familienexpertin Marlene Rupprecht sagte in der Debatte, auch nach der Rücknahme der Vorbehaltserklärung seien „noch viele Baustellen“ verblieben. Man habe bislang noch nicht richtig

überprüft, ob sich die deutschen Gesetze mit den Erfordernissen der UN-Konvention in Übereinstimmung befinden. Es sei auffällig, merkte Rupprecht an, dass Kinder in der Verfassung nicht als Rechtssubjekte vorkommen würden. Sie hätte gern – ähnlich dem Wehrbeauftragten für die Soldaten – einen Kinderbeauftragten in der Verfassung verankert, sagte Rupprecht. Die Missbrauchsdebatte habe gezeigt, dass Kinder oft nicht wissen, an wen sie sich wenden können, wenn ihre Rechte verletzt werden.

Unterstützung für Kampagne In einem Antrag zur Stärkung der Kinderrechte (17/6920), den der Bundestag mit den Stimmen der Koalition entsprechend einer Beschlussempfehlung des Familienausschusses (17/7800) ablehnte, hatte die SPD vor allem „Anpassungsbedarf“ im Asylverfahrensgesetz und im Aufenthaltsgesetz gesehen. In einem zweiten Antrag zur Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder (17/7807), der mit weiteren Anträgen der Opposition zur Beratung in den Familienausschuss überwiesen wurde, sprechen die Sozialdemokraten sich dafür aus, die Kampagne des Europarats zur Bekämpfung sexueller Gewalt gegen Kinder zu unterstützen. Die Ende 2010 gestartete Kampagne solle Kinder und Erwachsene sensibilisieren und mit dem Wissen ausstatten, das „für die Vorbeugung von sexuellem Missbrauch oder für die Meldung einer entsprechenden Straftat“ nötig sei.

Auch Die Linke will wie die SPD eine andere Behandlung von Flüchtlingskindern erreichen. Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion, Diana Golze, betonte in der Debatte, auch nach der Rücknahme der Vorbehaltserklärung würden in Deutschland minderjährige Flüchtlinge wie Erwachsene behandelt. Sie hätten keinen Rechtsbeistand im Asylverfahren und könn-

ten sogar in Abschiebehaft genommen werden. Ihnen würden die Ansprüche auf Bildung, Jugendhilfe und gesundheitliche Versorgung verweigert, die ihnen nach der UN-Kinderrechtskonvention zustünden. Daher sei die Rücknahme des Vorbehalts so lange eine „Showveranstaltung“, wie keine Änderungen im Asyl- und Sozialrecht folgten. Golzes Fraktion hat deshalb einen Antrag zur Anwendung der UN-Kinderrechtskonvention bei Flüchtlingskindern (17/7643) vorgelegt. Darin heißt es, den staatlichen Umgang mit Flüchtlingskindern in Deutschland bestimme „nach wie vor nicht die Sorge um die bestmöglichen Entwicklungschancen der Kinder, sondern ein von Misstrauen geprägtes nationalstaatliches Abwehrdenken mit dem Ziel, unerwünschte Einwanderung und Zuflucht möglichst effektiv zu verhindern“. In einem zweiten Antrag spricht Die Linke sich für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz (17/7644) aus. Für die Grünen sagte Katja Dörner, es sei „hinlänglich bekannt“, dass die Kinderrechte auf der Agenda der Bundesregierung nicht weit vorn stünden. Das zeige nicht zuletzt die Tatsache, dass Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) den Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland „sang- und klanglos beerdigt“ habe. Dörner forderte außerdem, die Bundeswehr müsse aufhören, Minderjährige zu rekrutieren. Jährlich würde sie rund 1.000 17-Jährige aufnehmen und an der Waffe ausbilden – diese stünden aber unter dem besonderen Schutz der UN-Kinderrechtskonvention. Dazu legte Dörners Fraktion einen entsprechenden Antrag vor (17/7772). Wie SPD und Linksfraktion fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Stärkung der Kinderrechte in Deutschland. In einem Antrag (17/7187) sprechen sie sich unter anderem für die „Einrichtung einer unabhängigen Menschenrechtsinstitution auf Bundesebene“ aus.

Zukunftsmusik Die Koalition bezweifelte, dass die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz sinnvoll sei. „Jedes Kind hat Grundrechte, wie auch jeder andere Mensch“, sagte Norbert Geis (CSU). Diese seien in der Verfassung verankert – „nicht mehr und nicht weniger“. Der CDU-Familienpolitiker Peter Tauber unterstrich, die Koalition habe etwa mit der Klarstellung, dass Krach von Kindern „kein Lärm, sondern Zukunftsmusik“ sei, bereits viel auf den Weg gebracht. Kinderrechte nützen nichts, wenn sie nur auf dem Papier stünden. Die Idee eines Kinderbeauftragten beurteile er skeptisch, sagte Tauber. Anders als Soldaten seien Kinder nicht in ihren Grundrechten eingeschränkt. Die FDP-Familienpolitikerin Sibylle Laurischk betonte, der Schutz von Kindern sei eine zentrale Aufgabe des Staates. Man müsse nun aber das tun, was gerade anstehe – nämlich dem Kinderschutzgesetz zur Wirksamkeit zu verhelfen. Laurischks Appell an die Opposition, dem Gesetz im Bundestag zuzustimmen, verhallte aber ungehört.

Vermittlungsausschuss angerufen Am vergangenen Freitag kam in der Länderkammer keine Mehrheit für den vom Bundestag bereits Anfang November verabschiedeten Gesetzentwurf (17/6256) zustande. Daraufhin rief die Bundesregierung nun den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat an. Die Länder verlangen unter anderem, dass der Bund die Kosten für die geplanten Familienhebammen dauerhaft übernimmt. *Susanne Kailitz*

»Ich hätte gerne einen Kinderbeauftragten in der Verfassung verankert.«

Marlene Rupprecht (SPD)

»Jedes Kind hat Grundrechte, wie auch jeder andere Mensch.«

Norbert Geis (CSU)

Erste Debatte zu Intersexuellen

GRUNDRECHTE Die Rechte intersexueller Menschen müssen nach Ansicht aller Bundestagsfraktionen gestärkt werden. Dies wurde am Donnerstag in der Aussprache über einen Grünen-Antrag mit dem Titel „Grundrechte von intersexuellen Menschen wahren“ (17/5528) deutlich, mit dem die Fraktion die erste Debatte des Bundestages über dieses Thema anstieß.

Intersexuelle Menschen haben Merkmale beider Geschlechter, lassen sich also weder Mann noch Frau eindeutig zuordnen. Die Gesamtzahl der Betroffenen liegt laut Bundesregierung bei 8.000 bis 10.000 Betroffenen. Intersexuellen-Verbände gehen von einer höheren Zahl aus. Viele intersexuelle Kinder werden sehr jung an ihren Genitalorganen operiert, damit ihre Geschlechtsmerkmale eindeutig sind. Bisher müssen Neugeborene als männlich oder weiblich registriert werden. Die Grünen fordern unter anderem, eine Vorschrift zum Personenstandsrecht so zu ändern, dass eine dritte Wahlmöglichkeit besteht.

In der Debatte beklagte Monika Lazar (Grüne), Betroffene seien „medizinischen Menschenversuchen unterzogen und gesellschaftlicher Ausgrenzung ausgesetzt“ worden. Christel Humme (SPD) sagte, mit dem Zwang zur Geschlechtsbestimmung kurz nach der Geburt „beginnt für diese Menschen ein langer Leidensweg“. Peter Tauber (CDU) mahnte in seinem Redebeitrag: „Niemand darf der Anspruch von Intersexuellen auf ihre Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft in Frage gestellt werden.“ Sibylle Laurischk (FDP) äußerte die Ansicht, dass niemand ohne Erlaubnis der Betroffenen „das Recht hat, an den Genitalien eines Kindes herumzuschneiden“. Man solle akzeptieren, „dass es mehr als zwei Geschlechter gibt“, gab Barbara Höll (Die Linke) zu Protokoll. *ske*

Rückendeckung für Lammert

BUNDESTAG In der Diskussion über das Rederecht im Bundestagsplenum für Gegner der Euro-Rettungsbeschlüsse hat sich der Vorsitzende der Geschäftsordnungsausschusses, Thomas Strobl (CDU), hinter Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) gestellt. „Das Rederecht für Klaus-Peter Willsch und Frank Schäffler in der Euro-Rettungsschirm-Debatte war nach Auffassung der beratenden Bundestagsjuristen zulässig“, sagte er. Eine abschließende Bewertung im Geschäftsordnungsausschuss stehe jedoch noch aus.

Lammert hatte Ende September in der Debatte über den EFSF-Rettungsfonds Willsch (CDU) und Schäffler (FDP), die gegen die damaligen Euro-Rettungsbeschlüsse waren, das Wort erteilt, obwohl sie von ihren Fraktionen nicht als Redner benannt worden waren. Bei Koalition wie Opposition war dies auf Kritik gestoßen.

Strobl betonte, „um den Sinn einer parlamentarischen Beratung zu erfüllen“, sei das Rederecht für die Abwehler in diesem Fall seiner Meinung nach „angebracht und so gar notwendig“ gewesen. Dies gelte nicht für alle Debatten. Sonst könnten womöglich Parlamentarier versucht sein, auch bei nur geringfügig abweichender Haltung gleichfalls Rederecht einzufordern. *sto*

Mehr Verträge ohne Befristung

WISSENSCHAFT Die Grünen fordern ein alternatives Vorgehen gegen die hohe Zahl an befristeten Stellen in der Wissenschaft. In einem Antrag (17/7773), der am vergangenen Mittwoch im Plenum an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde, setzt sich die Fraktion für die Aufhebung der Tarifsperrung im Wissenschaftszeitvertragsgesetz ein. Ein Wissenschaftszeitvertrag oder Spartenregelungen in den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes seien mögliche Wege, mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse zu erreichen, schreiben die Abgeordneten weiter.

Laut Vorlage haben 83 Prozent der hauptberuflich wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter an Hochschulen und Forschungseinrichtungen eine befristete Stelle, 53 Prozent der Arbeitsverträge wiesen zudem eine Laufzeit von unter einem Jahr auf. Dies bedeute nicht nur unbefriedigende Karriereperspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs, sondern gehe auch zu Lasten des Wissenschafts- und Hochschulsystems insgesamt, betonten die Abgeordneten. Vor diesem Hintergrund sei das Wissenschaftszeitvertragsgesetz „dringend korrekturbedürftig“. Neben der Aufhebung der Tarifsperrung sprechen sich die Abgeordneten außerdem dafür aus, dass Befristungen eine Laufzeit von zwei Jahren oder die Dauer des Bewilligungszeitraumes von Drittmitteln in der Regel nicht unterschreiten sollen. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz hat 2007 die Befristungsbestimmungen im Hochschulrahmengesetz abgelöst. *tyh*

In gespannter Verfassung

DISKUSSION Lammert und Voßkuhle loten die Rollen von Parlament und Verfassungsgericht im werdenden Europa aus

Das Parteien, um in den Bundestag oder in ein Landesparlament einzuziehen, mindestens fünf Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinigen müssen, war in der Bundesrepublik bislang unstrittig und für viele eine der Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Republik. Die Fünf-Prozent-Hürde soll Splittergruppen fernhalten, um die Funktionsfähigkeit des Parlaments zu sichern. Seit dem 9. November ist diese Sperrklausel kein eherner Grundsatz mehr. Ausgerechnet die obersten Verfassungshüter in Karlsruhe haben sie für verfassungswidrig erklärt. Zwar nicht generell, sondern nur für die Wahl zum Europaparlament 2009 in Deutschland, und auch nur mit denkbar knapper Fünf-zu-drei-Mehrheit der Richter im Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts. Verstimmte war aber einmal mehr der Gesetzgeber selbst, der Deutsche Bundestag in Berlin.

Einmal mehr, weil das Gericht erst wenige Tage zuvor, am 27. Oktober, dem Bundestag in einer einstweiligen Anordnung untersagt hatte, die Beteiligungsrechte des Parlaments in Sachen Euro-Rettungsschirm auf ein so genanntes Neuner-Gremium von Mitgliedern des Haushaltsausschusses zu übertragen. So lange jedenfalls, bis das Gericht in der Hauptsache, dem laufenden Organstreitverfahren, entschieden hat. Dabei hatte das Parlament die Kompetenzen dieses Gremiums gerade erst am 29. September im Stabilisierungsmechanismus-Gesetz definiert. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) blieb nichts anderes übrig, als die Konstituierung dieses Gremiums vorläufig auszusetzen.

Beachtliches Interesse Das im Grundgesetz angelegte Spannungsverhältnis zwischen dem Gesetzgeber und den Verfassungshütern ist in den 60 Jahren des Bestehens des Karlsruher Gerichts selten so offen zutage getreten wie in den vergangenen Wochen. Das Zusammentreffen der obersten Repräsentanten beider Verfassungsorgane in einer kürzlich von den Wissenschaftli-

chen Diensten des Bundestages veranstalteten Podiumsdiskussion in Berlin stieß daher auf ein beachtliches öffentliches Interesse. Norbert Lammert und der Präsident des Verfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, nutzten die Gelegenheit, Übereinstimmungen ebenso offenzulegen wie unterschiedliche Sichtweisen. Voßkuhle versuchte seinen Gastgeber zu besänftigen. Dass Karlsruhe das vom Bundestag verabschiedete Gesetz ganz oder teilweise für verfassungswidrig und damit für nichtig erklärt, komme „verhältnismäßig selten“ vor. In 60 Jahren seien es 630 Fälle gewesen, was bei 6.500 jährlichen Entscheidungen des Gerichts auf durchschnittlich zehn Fälle pro Jahr hinausläufe, sagte Voßkuhle.

»Genetischer Code« Einig waren sich beide darin, dass das Spannungsverhältnis der Verfassungsorgane einer „unausweichlichen Verfassungslage“ geschuldet sei. Voßkuhle sprach gar vom „genetischen Code des demokratischen Verfassungsstaates“. Das Gericht müsse auftragsgemäß kontrollieren, ob der Gesetzgeber die von der Verfassung gesetzten Grenzen eingehalten hat. Lammert pflichtete bei: „Es gibt ein Spannungsverhältnis, das aufgrund der Konstruktion unserer Verfassung unvermeidlich ist.“ Im Ganzen habe das Gericht mit seinen jüngeren Entscheidungen die Funktion des Bundestages im Staatsgefüge aber eher stabilisiert. Lammert widersprach indes der These Voßkühles, dass Entscheidungen aus Karlsruhe ausschließlich juristisch und nicht politisch begründet seien. Die Weisheit der Entscheidungen zeige sich auch darin, dass das Gericht „eben politische Implikationen im Bewusstsein“ habe. Das Urteil zum Lissabon-Vertrag vom 30. Juni 2009 sei für ihn eine der „genialsten Rechtsfiguren“, weil das Gericht zum Ergebnis gekommen sei, dass der völkerrechtliche Vertrag selbst der Prüfung standgehalten habe, nicht aber die Parlamentsbeteiligung bei der Übertragung von Souveränitätsrechten auf europäische Institutionen. Lammert sah darin eine „besonders intelligente, unverzichtbare Verbindung poli-

»Wir kommen in einen Bereich, in dem es kritisch wird.«
Andreas Voßkuhle



Das Bundesverfassungsgericht wacht über die Einhaltung des Grundgesetzes. Auch vom Bundestag verabschiedete Gesetze sind schon häufig von Karlsruhe gestoppt worden.

tischer und juristischer Perspektiven bei der Betrachtung völkerrechtlicher Dokumente“. Kritischer äußerte er sich auf Nachfrage des Moderators Ulrich Schöler zum jüngsten Urteil zur Fünf-Prozent-Sperrklausel, weil man bei der Abwägung zwischen dem Gleichheitsanspruch der Parteien und den Anforderungen an die Funktionsfähigkeit eines Parlaments auch zum Ergebnis hätte kommen können, dass die gewachsene Bedeutung des Europaparlaments zu einer wachsenden Sensibilisierung für die Funktionsbedingungen führt. „Die Weisheit in der Balance zwischen politischen und juristischen Abwägungen habe ich vermisst“, sagte Lammert. Voßkuhle entgegnete, das Gericht habe versucht, das Europaparlament in seiner Eigenart zu begreifen und darin nicht einen „Bundestag auf EU-Ebene“ zu sehen. Das Gericht sei verwundert darüber, dass die Presse dies als Abwertung des Europaparlaments gesehen habe. Die Kernfrage bei der Urteilsfindung habe gelautet, ob es gerechtfertigt sei, die Gleichheit der Wahl mit der Begründung zu beschneiden, die Funktionsfähigkeit des Parlaments müsse gewahrt bleiben.

Beschlüsse des Bundestages im Zusammenhang mit dem europäischen Integrationsprozess werden bei den europäischen Nachbarn in der Regel mit ebenso großer Auf-

merksamkeit registriert wie die begleitende Rechtsprechung aus Karlsruhe dazu. Nach den Worten Lammerts reicht dieses Interesse bis hin zur Besorgnis, „was wohl das Bundesverfassungsgericht oder der Bundestag sagen könnten“. Kein anderes einzelnes Gericht und Parlament könnten einen ähnlich hohen Einfluss auf den europäischen Prozess haben, sagte Lammert. Neu sei aber auch, dass der „unbestrittene Führungsanspruch“ der Bundesregierung zunehmend der Rechtfertigung vor Verfassungsnormen unterliege und sich gegen die Beteiligungsansprüche des Parlaments behaupten müsse. Das werde mit einer „Mischung aus Bewunderung und Verzweiflung“ registriert, betonte Lammert.

Europäischer Bundesstaat Die Diskussion kulminierte in der Frage, wie sich diese deutsche Verfassungskonstruktion einer etwaigen Entwicklung hin zu einem europäischen Bundesstaat stellt. „Ein europäischer Bundesstaat ist mit der bisherigen Verfassung nicht machbar“, sagte der Gerichtspräsident. Der Weg dahin sei aber über Artikel 146 des Grundgesetzes vorgezeichnet. Darin heißt es: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Ta-

ge, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ Voßkuhle forderte eine „hohe Legitimation“ ein, um sagen zu können: „Wir haben es gewollt.“ Dies sei im Lissabon-Urteil sehr deutlich gesagt worden. Lammert räumte ein, diesem Urteil habe er beim „zweiten Lesen“ mehr abgewinnen können als bei der ersten Lektüre. Das Gericht sage, es gebe einen „politisch vorstellbaren“ Punkt, wo eine wachsende Integration der EU in eine „neue Qualität“ umschlägt und sich die Frage stelle, ob das „im Kontext unserer Verfassung“ möglich wäre. Davon sei man aber „politisch noch gehörig weit entfernt“, betonte der Parlamentspräsident. Die Absicht, den qualitativen Sprung zum Bundesstaat vorzunehmen, lasse sich nirgends erkennen, wenn man angesichts der aktuellen Krise auch „im Trend“ zu weiteren Integrationsschritten bereit sei. Voßkuhle hielt dagegen, er glaube nicht, dass die Vision eines europäischen Bundesstaates in eine „imaginäre Ferne“ rücken sollte. „Gerade in Zeiten der Krise“ solle man sich so etwas „immer wieder vorstellen und vor allem darüber nachdenken“, wie ein europäischer Bundesstaat gebaut sein könnte. „Wir sollten nicht so weitermachen wie bisher, nicht so tun, als hätten wir

viel Spielraum für weitere Integrations-schritte“, sagte Voßkuhle. Und: „Wir kommen in einen Bereich, in dem es kritisch wird.“ Von der nationalen Kompetenz sei schon sehr viel abgeschnitten worden.

Schleichender Prozess Lammert sieht derzeit kein Parlament in Europa, das bereit sein könnte, mit der Zeit der Nationalstaaten förmlich abzuschließen und die Überführung in einen Bundesstaat zu wagen. Und es gebe außer dem Bundesverfassungsgericht kein anderes Gericht in Europa, das, wenn die dortige Regierung einer solchen Transformation zustimmen würde, dies aufhalten könnte. Die Bereitschaft, den Nationalstaat aufzugeben, sei im übrigen Europa um Längen geringer ausgeprägt als in Deutschland. Voßkuhle sprach dagegen von einer „schleichenden Transformation in einen europäischen Bundesstaat“. In der politischen Agenda werde behauptet, man sei noch weit davon entfernt, faktisch werde er aber vollzogen. „Es kann sein, dass wir von einem europäischen Bundesstaat in der Ferne reden und nicht erkennen, dass wir in einem europäischen Bundesstaat leben.“ Man müsse aufpassen, nicht einen schleichenden, unerkannten Prozess in Gang zu setzen, „den wir nicht kontrollieren können“, sagte Voßkuhle. Volker Müller



Im Disput: Norbert Lammert (l.) und Andreas Voßkuhle (r.) mit Moderator Ulrich Schöler

Viele Antworten – und trotzdem bleiben Fragen

FORUM Die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen beleuchtet das Verhältnis zwischen Politik und Finanzmärkten

Am Schluss gab's Brecht. Der „Vorhang zu und alle Fragen offen“, resümierte Heinrich Oberreuter und meinte damit das Thema des Forums „Parlament und Regierung – Getriebene der Finanzmärkte?“, zu dem die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen am Mittwochabend in den Bundestag eingeladen hatte. Nun hätte das Publikum im

Sitzungssaal des Jakob-Kaiser-Hauses die Abschlussbemerkung des Vorstandsmitglieds der Vereinigung und Direktors der Akademie für politische Bildung in Tutzing als einen Ausdruck der Enttäuschung werten können. Allein: Dazu bestand wirklich kein Anlass, hatte das Plenum doch in den zwei Stunden zuvor Gewinn bringende Erkenntnisse der Referenten erfahren. Der frühere Staatssekretär und Wirtschaftspolitiker Johann Eekhoff sowie Michael Kemmer, Hauptgeschäftsführer und Vorstandsmittglied des Bundesverbandes deutscher Banken, konnten zwar die Fragen, ob, wie und warum die Finanzmärkte die Politik vor sich her treiben, auch nicht in allen Facetten schlüssig beantworten. Angesichts der Komplexität des Themas hatte das im gut besuchten Saal aber auch niemand wirklich erwartet. Wohl aber eine prominente Analyse der bestehenden Zustände. Und die beschrieb Bänker Kemmer so: Die Politik habe an Autonomie eingebüßt. Das habe aber ursächlich nichts mit dem Primat der Finanzmärkte zu tun, sondern mit den Erfordernissen, die eine globalisierte Welt an nationale Politik stelle. Jetzt, in der Krise, sei es geboten, Banken, deren Aufsicht und die Wirtschaftspolitik zu verändern. „Eine stabile Weltwirtschaft braucht strukturelle Reformen“, sagte Kemmer und nannte als Ansatzpunkte den Arbeitsmarkt sowie das Renten- und Gesundheitssystem.

Er erinnerte daran, dass die Liberalisierung der Märkte „einen erheblichen Wohlfahrtseffekt“ gebracht habe. Allerdings seien die Zeiten des mit Schulden finanzierten Wohlfahrtsstaates vorbei – in Europa, aber auch in den USA. Schulden übrigen, die die Staaten, nicht die Banken gemacht hätten. Deshalb: „Die Regierungen müssen akzeptieren, dass der politische Handlungsdruck selbst erzeugt ist“, schlussfolgerte Kemmer. Das sah auch Johann Eekhoff so. Er verwies aber gleichzeitig auf die Mechanismen der Finanzmärkte, die von Regierungen und Parlamenten nicht immer ausreichend zur Kenntnis genommen würden. „Die Krise in den USA ist entstanden, weil der Staat mehr leisten wollte als er sich leisten konnte“, sagte Eekhoff. Es sei nun mal nicht Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, dass möglichst jeder Bürger

ein eigenes Haus besitzt. Hemmungslose Staatsverschuldung sei besonders gefährlich, wenn das Geld nicht für Investitionen verwendet würde. In diesem Zusammenhang wandte sich Eekhoff energisch gegen einen Rettungsschirm für schwache Euro-Staaten. Damit werde signalisiert: Man erwartet gar nicht, dass Länder wie Italien oder Spanien ihre Schulden tatsächlich begleichen müssen. „Die einfache Regel, wer Schulden aufnimmt, muss sie auch zurück-

zahlen, gilt auch für Nationen“, sagte Eekhoff. Werde dieses Prinzip ausgehöhlt, sei es ausgeschlossen, eine Währungsunion in Europa dauerhaft zu halten. Aufgabe des Staates sei es, dafür zu sorgen, Arbeitslosigkeit abzubauen und damit die Steuereinnahmen zu erhöhen. „Wie kommt man da auf die Idee, wir bräuchten flächendeckende Mindestlöhne?“, rief Eekhoff in den Saal und erntete dafür verbreitet beifälliges Nicken. Und noch eine These Eekhoffs sorgte für angeregtes Grummeln im Auditorium: „Der Staat muss sich aus den Bankgeschäften heraushalten.“ Wenig überraschend konterte der Vertreter des Banken-Verbandes. Kemmer wies darauf hin, dass sich durch die Sparkassen die Hälfte aller deutschen Geldinstitute in öffentlicher Hand befänden. „Wollen wir die“, fragte er, „wirklich alle privatisieren?“ Diese Frage blieb ungeklärt. Moderator Oberreuter gab in dem von ihm formulierten Abspann stattdessen eine Antwort auf die Ausgangsfrage des Abends, ob Parlamente und Regierung Getriebene der Finanzmärkte sind. „Parlamentarier sind Getriebene der Anspruchshaltung ihrer Wähler“, sagte er und versteckte damit eine Aufforderung an Politiker, sich zumindest nicht ausschließlich von den Erwartungen derer leiten zu lassen, die sie ins Amt gebracht haben. Ob's Anklang findet? Der Vorhang zu und alle Fragen offen. Jörg Biallas



Diskutierten bei der Vereinigung für Parlamentsfragen: Johann Eekhoff, Heinrich Oberreuter und Michael Kemmer (von links).

KOMPAKT

- > Vorstandswahlen** Im Vorfeld des Forums traf sich die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen, um einen neuen Vorstand zu wählen.
- > Neue Vorsitzende** Die Vereinigung wird künftig von der Abgeordneten Brigitte Zypries geführt. Die Justiziarin der SPD-Bundestagsfraktion löst Joachim Hörster ab, der für die CDU im Bundestag sitzt.
- > Stellvertreter** Zu Stellvertretern der Vorsitzenden wurden gewählt: Heinrich Oberreuter, der Journalist Georg Paul Hefty (Frankfurter Allgemeine Zeitung) und Andrea Voßhoff (Vorsitzende der Arbeitsgruppe Recht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion). Geschäftsführer ist Michael F. Feldkamp (Bundestagsverwaltung).

Anzeige

Kürschners Handbuch Gesundheit
Ausgabe 2012
504 Seiten, Broschur
EUR 39,80
ISBN 978-3-87576-702-5

Kürschners Handbuch Luft- und Raumfahrt
Ausgabe 2012
504 Seiten, Broschur
EUR 39,80
ISBN 978-3-87576-693-6

Inhalt:

- Über 400 Fachpolitiker aus Bund, Ländern und Europa
- Übersichten der Fachausschüsse in den Parlamenten und Abteilungen in den Ministerien
- Namen und Kontaktdaten der zuständigen Ansprechpartner

Kürschners Politikkontakte Hauptstraße 74
53619 Rheinbreitbach
Tel. 02224 3232 · Fax 02224 78639 · E-Mail: vertrieb@ndv.info
Datenbank www.kuerschner.info · Shop: www.politik-kontakte.de

Der Bundeshaushalt war noch nicht verabschiedet, da nahmen die Abgeordneten am vergangenen Donnerstag bereits einen anderen Etat in den Blick: Rund eine Billion Euro will die EU in den Jahren 2014 bis 2020 ausgeben, die Kommission hatte dazu im Juni ihre Vorschläge vorgelegt. Erstmals befasst sich der Deutsche Bundestag mit einem Finanzrahmen der EU – bevor dieser überhaupt von den Mitgliedstaaten und dem Europaparlament beschlossen wird. Ein Umstand, den Joachim Spatz (FDP), als erster Redner in der Debatte zum Haushaltsrahmen der EU 2014-2020 eine „historische Neuerung“ nannte. Spatz spielte damit auf die Beteiligungsrechte des Parlaments an, die sich der Bundestag in der Folge des Lissabon-Vertrags und nach einem entsprechenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2009 selbst gegeben hatte. Anlass der Debatte waren ein Antrag der Koalitionsfraktionen (17/7767) und ein Antrag der Fraktion der SPD (17/7808). Beide wurden in die Ausschüsse überwiesen.

In Zeiten der europäischen Staatsschuldenkrise gehen die Meinungen zum künftigen EU-Haushalt auseinander. Union und FDP fordern eine Begrenzung des EU-Budgets auf ein Prozent der Wirtschaftsleistung des EU-Raumes und eine „Konzentration auf das Machbare“. Die Oppositionsfraktionen hingegen sehen mehr Spielraum bei der Deckelung und fordern darüber hinaus eine konsequente Neuausrichtung der Ausgabenpolitik: Weg von großzügigen Agrarsubventionen – hin zu mehr Bildung, Forschung und Sozialprogrammen. Der Liberale Joachim Spatz machte deutlich, dass Union und FDP sowohl die Einführung von Eurobonds als auch einer EU-Steuer ablehnen würden. Eine Finanztransaktionssteuer solle nur dann angestrebt werden, wenn sie europaweit und nicht nur innerhalb der Eurozone eingeführt werden kann und wenn die Einnahmen in die nationalen Haushalte fließen statt in jenen der Gemeinschaft. Spatz vermutete auf diesem Feld noch erheblichen Widerstand: „Ich sehe schon unsere Kollegen nach London fahren und sagen: Leute, die Steuer, die ihr sowieso nicht wollt, dürft ihr gleich in Brüssel abliefern.“ Als Schwerpunkt einer künftigen EU-Förderung mit „europäischem Mehrwert“ nannte Spatz unter anderem die Bereiche Forschung, Technologie und Investitionen in transnationale Netze bei Verkehr, Energie und Kommunikation.

Investitionen Bettina Kudla vom Koalitionspartner CDU/CSU unterstrich, dass gerade in diesen Bereichen in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen anstehen. Sie forderte eine „Vorfahrt für Investitionen vor konsumtiven Ausgaben“ und schlug vor, für diese Bereiche durch öffentlich-private Partnerschaften privates Kapital zu mobilisieren. Eine eigene EU-Steuer lehnte die Finanz- und Europaexpertin strikt ab: „Ein eigenes Einnahmerecht der Europäischen Union würde auch das Risiko beinhalten, dass die EU eigene Schulden aufnimmt“, warnte Kudla und fügte hinzu: „Die Akzeptanz der Europäischen Union wird nicht besser, wenn wir die Bürger mit neuen Steuern belasten.“ Das bisherige Einnahmesystem, das an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten ausgerichtet sei, habe sich bewährt. Michael Roth von der SPD-Fraktion warf der Koalition vor, sie verfare nach dem Motto „wasch mich, aber mach mich nicht nass“. Wer sonntags mehr Europa, Montag bis Freitag aber weniger Beiträge für Brüssel fordere, mache sich unglaubwürdig. Die Koalition und insbesondere Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) stelle sich „kaltblütig“ an die Spitze der deutschen Agrarindustrie, die von den Subventionen durch



Brüssel nimmt – und gibt: Der Bau der Autobahn zwischen Dresden und Prag wurde unter anderem mit EU-Mitteln finanziert.

Brücken bauen

EUROPA I Union und FDP wollen den EU-Haushalt langfristig deckeln. Die Opposition drängt auf die Finanzmarktsteuer

die EU erheblich profitiere – viel stärker als etwa Landwirtschaftsbetriebe in Osteuropa. Prioritäten des EU-Haushalts sollten vielmehr Energie, Klimawandel, Innovation, Wachstum und Beschäftigung sein, sagte Roth und verwies dabei unter anderem auf die erschreckenden Jugendarbeitslosigkeit in Ländern wie Griechenland und Spanien. Roth sprach sich für eine EU-weite oder zumindest auf den Euro-Raum beschränkte Einführung einer Finanztransaktions-Steuer aus, ergänzte aber: „Wenn das auch in der Euro-Zone nicht durchgesetzt werden kann, dann müssen eben Deutschland, Frankreich, die Beneluxstaaten, Österreich und andere Staaten voranschreiten.“ Die Verursacher der Krise müssten endlich auch an der Finanzierung der Krisenbewältigung beteiligt werden.

Dieter Dehm, Europaexperte der Linksfraktion, sah im Koalitionsantrag den Geist eines „deutschen Marktextremismus“ am Werk. „Ihr Dogma vom hemmungslosen Wettbewerb ist und bleibt antieuropäisch“, sagte Dehm in Richtung Koalition. Insbesondere kritisierte er eine von ihr angeblich angestrebte Militarisierung der EU durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, eine fehlende Ausrichtung auf erneuerbare Energien und die Unterordnung des Sozialen unter die Maßstäbe des Wettbewerbs. Als Beispiel nannte er die Beteiligung privater Geldgeber an öffentlichen Aufgaben. „Auch Teilprivatisierung ist ein Brandbeschleuniger für Preise“, sagte Dehm. Von einem klug aufzustellenden EU-Haushalt „mit ausreichend Manövriermasse“ zur Krisenbewältigung sprach Viola von Cra-

mon-Taubadel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie forderte unter anderem eine großzügigere Deckelung des EU-Haushalts auf 1,12 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung – auch deshalb, weil frühere Eigenmittel der EU weggefallen und neue Kosten auf Brüssel abgewälzt worden seien. Im Gegensatz zu manchen Stammtschrednen hätten sich die deutschen Nettzahlungen an die EU von 11,3 Milliarden Euro im Jahr 1994 auf heute noch acht Milliarden Euro verringert. Cramon-Taubadel forderte einen „Green New Deal auf EU-Ebene“ der sich „wie ein grüner Faden“ durch den Haushalt ziehen solle. Nicht in alte Wachstumsideale und Beton sei zu investieren: „Wir wollen Köpfe und Knowhow sowie bildungs- und sozialpolitische Teilhabe fördern“, sagte die grüne Abgeordnete. Alexander Heinrich

Zankapfel Staatsanleihen

EUROPA II Merkel und Sarkozy kündigen Vertragsänderungen an

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy haben am vergangenen Donnerstag konkrete Vorschläge für Änderungen der EU-Verträge angekündigt, die noch vor dem kommenden EU-Gipfel am 9. Dezember vorliegen sollen. Die Initiative gehe „in Richtung einer Fiskalunion“, sagte die Kanzlerin in Straßburg nach einem Treffen mit Sarkozy und dem neuen italienischen Ministerpräsidenten Mario Monti. Vor allem die Haushaltsdisziplin innerhalb der Eurozone soll gestärkt werden.

Eurobonds Die deutsch-französische Ankündigung kam einen Tag, nachdem die EU-Kommission vergangene Woche Vorschläge für die umstrittenen Eurobonds vorgelegt hatte. Die Kommission hatte in ihrem sogenannten Grünbuch drei Optionen für gemeinsame Anleihen der 17 Staaten der Eurozone vorgestellt. Zwei davon würden sogenannten Grünbuch drei Optionen für gemeinsame Anleihen der 17 Staaten der Eurozone vorgestellt. Zwei davon würden nationalen Anleihen ersetzt, in der zweiten nur teilweise. In der dritten Variante würden die Länder nicht gemeinsam haften, sondern nur anteilig. Die EU-Kommission argumentiert, dass der europäische Anleihemarkt bisher stark zersplittert ist. Würden die Euro-Länder gemeinsam Anleihen begeben, entstünde ein Markt von annähernd der Größe des US-Anleihemarktes.

Transfer Die Bundesregierung lehnt Eurobonds bisher jedoch ab, da Deutschlands Refinanzierungskosten erheblich steigen würden. Die Kommission hat vorgeschlagen, dass Länder mit hoher Bonität wie Deutschland für ihre höheren Kosten entschädigt würden. Länder mit schwächerer Bonität, die durch die Eurobonds entlastet

würden, müssten einen Transfer leisten. Ob dies je politisch durchsetzbar wäre, ist jedoch völlig offen.

Bei der gemeinsamen Pressekonferenz in Straßburg betonte Merkel, dass die Vertragsänderungen nicht die Europäische Zentralbank (EZB) betreffen. Sarkozy sprach davon, dass an die EZB „weder positive noch negative Forderungen“ gerichtet würden. In der vergangenen Woche haben französische Politiker jedoch Deutschland aufgefordert, über eine Rolle der EZB als letzten Retter („lender of last resort“) nachzudenken. Ein mögliches Eingreifen der EZB sei das beste Mittel gegen eine Ansteckung, hatte etwa Finanzminister François Baroin gefordert. Kanzlerin Merkel lehnt dies ab, weil sie dies als Weg in die Inflation sieht.

Anleihen unter Druck Angesichts der jüngsten Entwicklung an den Finanzmärkten stellt sich die Frage, ob die Politik überhaupt Zeit für eine schnelle Vertragsänderung hat, zumal kleinere Staaten wie Luxemburg und Österreich einem solchen Schritt skeptisch gegenüberstehen. Trotz des Regierungswechsels in Spanien flüchten Anleger weiter aus den Staatsanleihen des Landes. Auch belgische Staatsanleihen sind unter Druck, weil dem Land nach wie vor eine Regierung fehlt. Die Renditen italienischer Anleihen bewegten sich vergangene Woche über sieben Prozent – ein Niveau, bei dem Portugal und Irland beim europäischen Rettungsschirm EFSF Hilfe beantragten. Analysten warnten es als Alarmzeichen, dass am vergangenen Mittwoch bei einer Auktion zehnjähriger Bundesanleihen rund ein Drittel keinen Abnehmer fanden. Dies deutet darauf hin, dass auch die Bundesrepublik nicht vor einem Käuferstreik geschützt ist. Silke Wettach, Brüssel

Brüssel soll sparen

EUROPA III Parlament und Rat einigen sich auf Etat 2012

Die Schuldenkrise zeigt Wirkung: EU-Staaten, Europaparlament und EU-Kommission haben sich beim EU-Haushalt 2012 im ersten Anlauf auf ein Sparbudget geeinigt. Die Gemeinschaft darf im nächsten Jahr 129,08 Milliarden Euro ausgeben. Das entspricht einem Anstieg von knapp zwei Prozent gegenüber dem laufenden Haushalt. Kommission und Parlament hatten 133 Milliarden Euro gefordert und damit einen Aufschlag von mehr als fünf Prozent. In einem mehr als 16-stündigen Verhandlungsmarathon konnten sich die Mitgliedsstaaten durchsetzen. „Angesichts der angespannten Haushaltslage in der Eurozone mussten wir jeden Euro zweimal umdrehen“, erklärte der Verhandlungsführer der Mitgliedsstaaten, der polnische Finanz-Staatssekretär Jacek Dominik. Die Entscheidung sei einstimmig getroffen worden, hieß es in Brüssel.



Verhandlungsführer Jacek Dominik

ren zu den schwierigsten Verhandlungen in Brüssel. Noch nie konnte sich ein Vermittlungsausschuss im ersten Anlauf einigen. Im vergangenen Jahr waren die Verhandlungen gescheitert. Erst ein Kompromissvorschlag der Kommission führte damals in letzter Minute zur Billigung durch das Parlament. Das Budget von 129 Milliarden Euro entspricht 0,98 Prozent der EU-Wirtschaftsleistung der gesamten EU. Zwei Drittel werden durch die 27 Mitgliedsstaaten finanziert. Der Rest kommt aus Steuern und Zöllen. Deutschland ist der größte Nettozahler, es schulert rund 17 Prozent. Im Dezember soll der neue Haushalt verabschiedet werden, damit er pünktlich zum neuen Jahr in Kraft treten kann. Sabine Seeger, Brüssel

»Es gibt keine Wunder«

SPANIEN Wahlsieger Rajoy stimmt auf harte Zeiten ein

Nach dem triumphalen Sieg in der spanischen Parlamentswahl stimmt der künftige konservative Regierungschef Mariano Rajoy (56) das Volk auf harte Zeiten ein: Spanien befindet sich mit dramatischer Massenarbeitslosigkeit und horrenden Haushaltsschulden „in den heikelsten Umständen der letzten 30 Jahre“. Er forderte von den Bürgern einen „gemeinsamen, solidarischen Kraftakt“, um die Krise zu überwinden. Rajoy wird voraussichtlich nicht vor Mitte Dezember die Geschäfte vom scheidenden Ministerpräsidenten, dem Sozialisten Jose Luis Zapatero (51), übernehmen.

Erdbeben Rajoy's konservative Volkspartei (PP) hatte mit fast 45 Prozent 186 Mandate und damit die absolute Mehrheit im Parlament erreicht – das beste Ergebnis in der Geschichte der Konservativen. Die Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) Zapateros stürzte auf knapp 29 Prozent und 110 Sitze. Von der Unzufriedenheit mit den Sozialisten profitierten auch die baskischen und katalanischen Regionalparteien, die zunehmend auf Distanz zum Zentralstaat Spanien gehen. Der kommende Regierungschef dämpfte Erwartungen, dass sich die Lage schnell verbessern werde. „Es wird keine Wunder geben.“ Bereits vor seinem Sieg hatte er angekündigt, dass er weitere harte Sparmaßnahmen

durchsetzen werde. Rajoy appellierte an die Finanzmärkte, seinem Land eine Chance zu geben. Doch er kann offenbar nicht mit einer Schonfrist rechnen: Die Zinsen für langfristige spanische Staatsanleihen blieben sehr hoch und schwankten nach der Wahl zwischen 6,5 und sieben Prozent. Auf den scheidenden Premier Zapatero wächst derweil der Druck, die Macht möglichst schnell zu übergeben und als PSOE-Vorsitzender zurückzutreten. Spaniens größte Tageszeitung, das sozialdemokratische Blatt „El País“, ging mit Zapatero hart ins Gericht, warf ihm „Inkompetenz“ und „Mangel an Führungseigenschaften“ vor. Zapatero hinterlässt ein schweres Erbe: Das versprochene Defizitlimit von sechs Prozent 2011 wird nicht erreicht, die aktuellen Neu-schulden werden auf etwa sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes geschätzt. Mit fast 23 Prozent hat Spanien die höchste Arbeitslosenquote der EU, bei den bis zu 25-jährigen sind beinahe 50 Prozent ohne Job. Die Wirtschaft liegt seit dem großen Immobilienkrash 2008 am Boden und wird 2011 mit etwa 0,7 Prozent kaum wachsen. Der Bankensektor, durch riskante Immobilien- und Hypothekengeschäfte angeschlagen, bleibt ein Risikofaktor. Das spanische Krisendrama dürfte nach dem Machtwechsel also weitergehen. Ralph Schulze, Madrid

Pleite für das »Super-Komitee«

USA Demokraten und Republikaner finden im Kongress keine gemeinsamen Rezepte zum Schuldenabbau

Von den 12.200 registrierten Lobbyisten in Washington arbeitet das Gros für den militärisch-politischen Komplex. Im Präsidentenwahljahr 2012 werden die Einflüsterer von Rüstungsfirmen und der nationalen Sicherheit verpflichteten Denkfabriken ihre Anstrengungen auf Capitol Hill voraussichtlich enorm verstärken, um zu verhindern, was ins Haus steht. Nach den gescheiterten Verhandlungen eines von Republikanern und Demokraten im Kongress paritätisch besetzten „Super-Komitees“ zur Beilegung des Dauerstreits um das Staatsdefizit greifen ab Januar 2013 automatische Kürzungen im großen Stil. Rund 700 Milliarden Dollar entfallen danach über ein Jahrzehnt auf die staatlichen Krankenversicherungen für Arme (Medicaid) und Alte (Medicare). 500 Milliarden Dollar müsste das Pentagon einsparen. Zu viel, sagt Verteidigungsminister Leon Panetta und warnt vor einem „gefährlichen Schrumpfkurs“, der die Sicherheit Amerikas gefährde.

Rasenmähermethode Ein Argument, das in konservativen Kreisen verfangt. Mitt Romney, aussichtsreicher Kandidat der Republikaner auf die Präsidentschaftskandidatur, hat bereits angekündigt, im Fall seiner Wahl etwa die US-Seestreitkräfte massiv aufzurüsten. Übereinstimmend rechnen



US-Präsident Barack Obama wirft den Republikanern Blockadehaltung vor.

Kommentaren in Washington darum damit, dass die beiden großen politischen Lager ab Januar versuchen werden, dem Spardiktat nach Rasenmähermethode („Sequenzierung“) durch neue Verhandlungen zu entgehen. Zwei Monate lang hatte das zwölfköpfige Super-Komitee hinter verschlossenen Türen getagelt. Vor dem Nationalfeiertag Thanksgiving sollten abstimmsreife Sparvorschläge in Höhe von 1.200 Milliarden Dol-

lar für das kommende Jahrzehnt vorgelegt werden. Die Erwartungen waren groß. Der Gesamtschuldenstand der USA liegt bei 15 Billionen Dollar, rund 11,1 Billionen Euro. Der Kongress hatte den Schuldenabbau Ende August an das Super-Komitee delegiert, nachdem die USA in letzter Minute an der Zahlungsunfähigkeit vorbeigeschrammt waren. Verdichtet man die Schuldzuweisungen führender Vertreter des Komitees wie Jon

Kyl (Republikaner) und John Kerry (Demokraten), bleibt festzuhalten: Die Republikaner waren nicht bereit, die aus der Ära von George W. Bush rührenden Steuererleichterungen auslaufen und Steuererhöhungen für Reiche passieren zu lassen. Die Demokraten waren nicht gewillt, einseitig große Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme vorzunehmen. Vereinzelt Versuche auf republikanischer Seite, das Steuer-Dogma aufzuweichen, wurden auf Druck des radikalen Tea-Party-Flügels innerhalb der Partei vereitelt. Präsident Barack Obama beklagte das Resultat und gab dem im Wahlkampf massiv gegen ihn opponierenden politischen Gegner die Schuld: „Es gibt immer noch zu viele Republikaner im Kongress, die sich weigern, auf die Stimme der Vernunft und des Kompromisses zu hören“, sagte er. Nebeneffekt des Scheiterns, das in der Öffentlichkeit als ein Versagen der demokratischen Ordnung wahrgenommen wird: Das Super-Komitee sollte auch die Verlängerung der Sozialabgaben vorbereiten; beides Maßnahmen, die der Binnenkonjunktur 2012 Auftrieb geben sollten. Beide Einzelmaßnahmen liegen zurzeit auf Eis. Ob es bis Jahresende noch zu einer Einigung kommt, ist ungewiss. Dirk Hautkapp

KURZ NOTIERT

Sicherheitsfirmen sollen stärker reguliert werden

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert eine Registrierungspflicht für private Sicherheitsfirmen. Ein Lizenzierungsverfahren solle entwickelt werden, das die Aufnahme von unternehmerischer Tätigkeit im Sicherheitsbereich an „klare Voraussetzungen“ bindet, heißt es in einem Antrag (17/7640) der Fraktion. Die Abgeordneten schlagen unter anderem eine Zertifizierung vor, die Qualitätsstandards für die Ausbildung sowie Transparenz in der unternehmerischen Tätigkeit einfordert. Bis heute würden in Deutschland vor allem im Hinblick auf die Ausländertätigkeit privater Sicherheitsfirmen klare gesetzliche Bestimmungen fehlen, kritisieren die Abgeordneten. *bob*

EU-Perspektive für Montenegro

Die Fraktionen von Koalition, SPD und Grünen unterstützen das EU-Beitrittsgesuch Montenegros. Drei entsprechende Anträge (17/7768; 17/7809; 17/7769) wurden vergangene Woche ohne Aussprache an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Voraussetzung ist aus Sicht der Abgeordneten die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien, die Kandidatenländer erfüllen müssen, um Vollmitglied der Europäischen Union zu werden. Die Abgeordneten unterstützen das Vorhaben der Europäischen Kommission, Beitrittsverhandlungen mit den Kapiteln Justiz, Grundrechte und Innere Angelegenheiten zu beginnen. Union und FDP unterstreichen darüber hinaus, dass es keinen Automatismus – etwa durch Nennung eines Beitrittsdatums vor Abschluss der Verhandlungen – geben dürfe. *ah*



Deutsche Marine-Soldaten in Dschibuti. Von hier aus operiert die Bundeswehr im Kampf gegen die Piraterie.

Piraten im Visier

MANDATE Bundestag debattiert Verlängerung der Nato-Einsätze im östlichen Afrika und im Mittelmeer

Partner bei Umwelttechnik

SÜDKOREA Deutschland und Südkorea sollen ihre Wirtschaftsbeziehungen weiter intensivieren und dabei ein Augenmerk auf den Ausbau umweltverträglicher Technologien richten. Dieser Appell gehörte zu den Schwerpunkten der an die Regierungen beider Staaten gerichteten Empfehlungen, die das Deutsch-Koreanische Forum Mitte November zum Abschluss seiner zweitägigen Konferenz im Bundestag verabschiedete. Die zehnte Tagung der binationalen Einrichtung stand unter der Leitung von Kim Hakjoon, Chef der Dankook University Stiftung, und dem Parlamentarischen Staatssekretär im Finanzministerium, Hartmut Koschyk (CSU). Dem 2002 in Seoul gegründeten Forum gehören Parlamentarier, Regierungsmitglieder sowie Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur an. Bei dem Treffen wies der südkoreanische Vize-Außenminister Kim Jae Shin darauf hin, dass die Bundesrepublik für sein Land mit einem Handelsvolumen von 25 Milliarden Euro der wichtigste Wirtschaftspartner in Europa sei. Der koreanische Politiker unterstrich außerdem die Chancen, die für beide Partner im Bereich des „Grünen Wachstums“ lägen. Die zum Abschluss der Tagung verabschiedeten Empfehlungen sprechen sich zudem für einen umfassenden politischen Dialog zwischen Süd- und Nordkorea aus. Gefördert werden könne ein solcher Prozess über die diplomatische Präsenz Deutschlands in Nordkorea, heißt es. *kos*

Weitgehende Einigkeit bei Atalanta, gemischte Gefühle bei der Operation Active Endeavour. Am Mittwoch diskutierte das Plenum in zwei aufeinanderfolgenden Debatten die Mandatsverlängerung der EU-geführten Mission Atalanta vor der Küste Somalias und der Nato-Mission Operation Active Endeavour (OAE) im Mittelmeer. Grundlage waren zwei entsprechende Anträge der Bundesregierung (17/7742, 17/7743), die im Anschluss an die Debatte an die Ausschüsse überwiesen wurden. Demnach soll die Beteiligung deutscher Streitkräfte an Atalanta bis Mitte Dezember kommenden Jahres verlängert werden. Die bisherige Obergrenze von 1.400 Soldaten wird beibehalten. Aktuell sind rund 560 im Einsatz. Ziel der vor drei Jahren von der EU gestarteten Mission ist es, die Piraterie vor der Küste Somalias zu bekämpfen. Gleichzeitig soll das Durchkommen der humanitären Hilfe sichergestellt und der zivile Schiffsverkehr auf den Handelswegen geschützt werden. In ihrem Antrag beziffert die Regierung die Kosten der deutschen Beteiligung auf rund 97,1 Millionen Euro. Das ist fast doppelt so viel wie bei der Mandatsverlängerung im vorigen Jahr. Damals rechnete die Bundesregierung mit Ausgaben in Höhe von 50 Millionen Euro.

Gebot der Menschlichkeit Atalanta sei erfolgreich, sagte Außenminister Guido Westerwelle (FDP) vor dem Parlament. Seit 2008 hätten über 120 Schiffstransporte des Welt-

ernährungsprogramms geschützt werden können, über 700.000 Tonnen Nahrungsmittel seien in Somalia angekommen. Das Land gehöre zu den „größten humanitären Krisengebieten weltweit“, betonte er. Laut UN-Angaben seien vier Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. „Es ist ein Gebot der Mitemenschlichkeit, dass wir die Hilfslieferungen auf den Schiffen zuzulassen.“ sagte Westerwelle. Zugleich sei die Sicherung der Handelswege von unmittelbarem Interesse für Deutschland: Durch den Golf von Aden führe die wichtigste Handelsroute zwischen Europa und Asien. Atalanta sei „in erster Linie eine zivile und humanitäre Maßnahme“, sagte der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rolf Mützenich. Seine Fraktion unterstütze daher, was Westerwelle hinsichtlich des „Mandats als Gesamtmission“ gesagt habe. Kritik gab es jedoch an den Plänen, private Sicherheitsdienste auf den Schiffen zuzulassen. Im Sommer dieses Jahres hatte die Bundesregierung entsprechende Überlegungen angestellt. Mützenich wollte wissen, ob die Gelegenheit mittlerweile vom Tisch sei oder ob das „staatliche Gewaltmonopol“ möglicherweise durch derartiges Vorgehen weiter ausgehöhlt werden soll“. Philipp Mißfelder, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, stimmte den Vorbehalten zu – und erhielt dafür seinerseits Applaus von Abgeordneten der Unions- und der SPD-Fraktion. „Wir bevorzugen solche Lösungen grundsätzlich natürlich nicht“, sagte er. Auch für die Grünen ist eine Beteiligung privater Sicherheitsdienste ein Problem: Sollten sie an Bord gelassen werden, sei das ein

Punkt, bei dem seine Fraktion „ernsthaft darüber nachdenken“ müsse, die Zustimmung zum Mandat zu verweigern, sagte der Sicherheitsexperte Omid Nouripour. Zugleich betonte er, Atalanta allein löse die Probleme nicht; zentral seien politische Ansätze. „Das, was wir mit der deutschen Marine auf

haben keinen Erfolg, sagte ihre friedenspolitische Sprecherin, Christine Buchholz. Wer Piraterie bekämpfen wolle, müsse die sozialen und politischen Ursachen angehen.

»Überholtes« Mandat Auch die Mandatsverlängerung der OAE lehnte Die Linke ab.



Schnellboote im Einsatz für die OAE im Mittelmeer

See machen, ist nur ein Bekämpfen von Symptomen“, sagte auch Thomas Kosseney (CDU), parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Auf bedingungslose Ablehnung stieß die Mandatsverlängerung einzig bei der Linksfraktion. Die Strategie der Bundesregierung

Es gebe keine militärische Bedrohung, gegen die sich der Marineeinsatz im Mittelmeer richten könne, sagte ihr Verteidigungsexperte Paul Schäfer. Die OAE sei „ein schwieriges Mandat“, gab Außenminister Westerwelle zu. Die Notwendigkeit einer umfassenden Bekämpfung

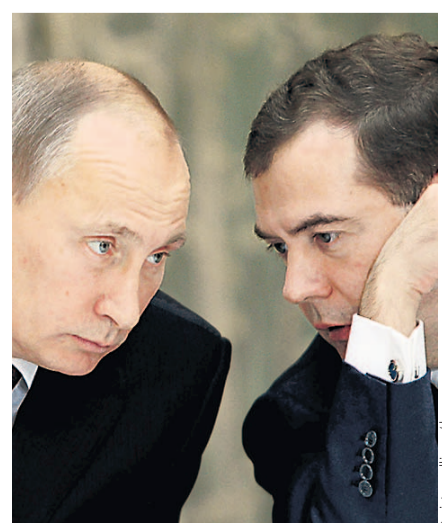
des internationalen Terrorismus bleibe aber bestehen. Die OAE sei „sinnvoll und notwendig, und zwar aus sicherheitspolitischen wie aus bündnispolitischen Überlegungen“, betonte Westerwelle. Die Nato-geführte OAE ist eine Präsenz- und Überwachungsoperation und soll die Seewege gegen terroristische Anschläge sichern. Sie war 2001 eine Reaktion auf die Anschläge vom 11. September. Der Regierungsantrag sieht vor, das Mandat bis Ende 2012 unter Beibehaltung der Obergrenze von 700 Soldaten zu verlängern. Die Kosten sollen von vier Millionen bei der Mandatsverlängerung 2010 auf rund sechs Millionen Euro steigen. Derzeit sind etwa 210 Soldaten im Mittelmeerraum im Einsatz. Die Fraktionen von SPD und Grüne zweifelten die völkerrechtliche Legitimation des Einsatzes an. Zudem stehe er weder im zeitlichen noch im geographischen oder inhaltlichen Zusammenhang mit den Anschlägen auf das World Trade Center, sagte Katja Keul (Grüne). Für eine Mission, die ausschließlich auf Präsenz und Informationsgewinnung ausgelegt sei, müsse kein Kampfauftrag für Soldaten formuliert werden, meinte Ullrich Meßmer (SPD). Das Mandat sei überholt. Mit ihrer Kritik trafen sie auf den Widerstand der Koalition. Kosseney betonte den präventiven Charakter der OAE, sagte aber, dass militärische Aktivitäten nicht auszuschließen seien. An der völkerrechtlichen Legitimation gebe es „überhaupt keinen Zweifel“, betonte Mißfelder. Der Bundestag wird in der nächsten Sitzungswoche über die Mandate abstimmen. *Tatjana Heid*

Eine entschiedene Wahl

RUSSLAND Am Sonntag bestimmen die Bürger ein neues Parlament. Zu sagen hat es wenig

„Wen soll ich am 4. Dezember wählen?“ Eine banale und doch komplizierte Angelegenheit. Doch Julia, eine junge Russin, die in den kleinen Vortragsraum im Zentrum Moskaus gekommen ist, gibt nicht auf: „Was soll ich tun, um meinen Widerwillen gegen diese Wahl zu bekunden?“, fragt sie die Mitarbeiter der kleinen russischen Wahlbeobachter-Organisation „Golos“ (Stimme). So offen zeigen wenige ihren Protest. Am kommenden Sonntag wählen die Russen die Duma, ihr Parlament. Die Zentrale Wahlkommission hat Städte und Dörfer mit Plakatwänden versehen, selbst auf den Moskauer Metro-Tickets prangen Sätze: „Ich stimme für Russland. Ich stimme für mich selbst.“ Doch vor allem werden die Russen in der Mehrheit für „Einiges Russland“, die Kreml-Partei, stimmen – trotz steigender Unzufriedenheit mit der Arbeit der Regierung. Russische und internationale Wahlbeobachter klagen zudem seit Wochen über Manipulationen im Vorfeld der Wahl.

Oktober 2007 noch 68 Prozent für „Einiges Russland“ gestimmt, wären es nach Angaben des unabhängigen Umfrage-Instituts Lewada-Zentrum nun nur noch 51 Prozent. Russische Parteien sind mit den westlichen nicht zu vergleichen. Registrierung, Zulassung, Fernsehwerbung, die Wahlen selbst und die Auszählung der Stimmen werden von der Exekutive kontrolliert – von der Regierung Putin. Es ist ein gelenktes Parteiw-



Herren des Verfahrens: Putin, Medwedew

sen mit einer klar autoritären Struktur. Die Duma – ihre Vertreter werden mittels einer Verhältniswahl für fünf Jahre direkt bestimmt – hat zwar die Funktion, Gesetze zu verabschieden, letztlich aber agiert sie wie ein Berater. Die Entscheidungen trifft der Präsident. Waren 2003 noch 44 Parteien zur Wahl angetreten, sind in diesem Jahr lediglich sieben zugelassen. Solche wie die liberale „Parnas“ des früheren Vize-Regierungschefs Boris Nemzow oder die linke „Rot Front“ von Sergej Udaltow wurden erst gar nicht registriert. Nach „Einiges Russland“, derzeit mit 315 Mandaten und absoluter Mehrheit in der Duma, dürften die Kommunisten mit Genadi Sjuganow an der Spitze zweitstärkste Kraft werden (laut Lewada-Umfrage 20 Prozent). Es folgen die Liberal-Demokratische Partei (LDPR) um den Nationalpopulisten Wladimir Schirinowski mit 14 Prozent sowie „Rechtes Russland“ mit sieben Prozent. Der liberalen „Jabloko“-Partei, den Wirtschaftsliberalen von „Rechte Sache“ und den „Patrioten Russlands“ räumen Beobachter kaum Chancen auf einen Sprung über die Sieben-Prozent-Hürde ein. Der Protest aber bleibt: „Am besten machen Sie Ihren Wahlzettel ungültig“, rät Andrej Busin, Jurist bei Golos, der fragenden Julia. Sie notiert eifrig mit. *Inna Hartwich, Moskau*

Mubaraks langer Schatten

ÄGYPTEN Zehntausende fordern Rücktritt des Militärrats – Urnengang im Klima der Gewalt

Die arabischen Revolutionsstaaten Tunesien und Libyen machen große Fortschritte bei ihrem Übergang von der Diktatur zur Demokratie. Selbst im Jemen zeichnet sich mit dem Machtverzicht von Präsident Ali Abdallah Saleh eine Lösung ab. Nur in Ägypten, ein Land mit Parteien und einer vielfältigen Medienlandschaft, stockt der Reformprozess, der mit der Entmachtung des langjährigen Präsidenten Husni Mubarak im Februar begonnen hatte. Die Demonstranten von einst sind desillusioniert und beklagen, dass sich eigentlich nichts verändert habe. Immer wieder kommt es zu Gewaltausbrüchen wie vergangene Woche auf dem Tahrir-Platz in Kairo. An heutigen Montag soll die auf mehrere Wochen angelegte Parlamentswahl beginnen. Doch konnte direkt davor niemand ausschließen, dass der Urnengang nicht in letzter Minute verschoben wird. Das Militär hielt zwar am Wahltermin fest. Doch mehrten sich die Stimmen, die sagten, viele hätten schlicht Angst, in diesem Klima der Gewalt zur Wahl zu gehen.

sätze sollten sicherstellen, dass die neue Verfassung allen Bürgern – Christen, Frauen, ethnischen Minderheiten – gleiche Rechte gewährt und demokratische Prinzipien wie eine Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten nicht aushebelt. Auf der anderen Seite sollten sie die Privilegien des Militärs absichern, und zwar sowohl materiell als auch politisch. Letzteres kam bei der Mehrheit der Aktivisten und neuen Parteien nicht gut



Demonstrant auf dem Tahrir-Platz in Kairo

an. Die „Jugendbewegung des 6. April“, die maßgeblich an der Mobilisierung der Anti-Mubarak-Demonstranten beteiligt gewesen war, stellte ermutigt fest: „Mubarak ist weg – aber das alte System ist noch da – repräsentiert durch den Obersten Militärrat“. Am vergangenen Freitag präsentierte der Rat den früheren Regierungschef Kamal al-Ganbar als neuen Übergangspräsidenten. Zuvor hatte der Rat Zugeständnisse gemacht und unter anderem die Präsidentschaftswahl für Juni angekündigt. Die Proteste gegen den Militärrat dauerten an. Viele Fragen bleiben ungeklärt. Wie viel Macht wird das Militär haben und wie islamisch geprägt wird der künftige Staat sein? Anders als in Libyen, wo man sich stark auf Technokraten stützt, die ihre Erfahrungen aus dem Exil mitbringen, kochen die Ägypter lieber im eigenen Saft. Auch darin bleiben sie in der Tradition der Mubarak-Ära, in der das Regime Angst vor „ausländischer Einmischung und Spionage“ verbreitet hatte. Viele europäische Regierungen und Institutionen sind in den vergangenen Monaten mit Angeboten, den ägyptischen Transformationsprozess konstruktiv zu begleiten, abgeblitzt. *Anne-Béatrice Clasmann*

Die Autorin ist dpa-Korrespondentin für die Arabische Welt

AUFGEKEHRT

Auf der Schattenseite

Schatten ist ja an sich nichts Schlechtes. Ganz im Gegenteil, wenn die Sonne richtig brutzelt, empfiehlt es sich sogar, den Liegestuhl in den Schatten zu schieben. Dort lässt es sich angenehmer und gesünder sein, man denke nur an das Hautkrebsrisiko in der prallen Sonne. Um Risiken ganz anderer Art geht es, wenn ein Haushalt in den Schatten geschoben wird. So genannte Schattenhaushalte machen das Leben für Regierungen zwar im Prinzip auch angenehmer, weil eben nicht so grell beleuchtet ist, was drin steckt. Gesünder ist das aber nicht, jedenfalls nicht für die Steuerzahler – denn auch beim Schattenhaushalt muss am Ende jemand die Zeche zahlen. Und die Banken sind es, wie wir erfahren haben, nicht, da systemrelevant. Die Steuerzahler sind zwar auch irgendwie systemrelevant, aber das fällt nicht weiter auf, solange sie nicht mehrheitlich die Systemfrage stellen. Dann aber gäbe es ohnehin ganz andere Probleme als Schattenhaushalte. Die werden im Übrigen lieber Sonderfonds oder auch Sondervermögen genannt, obwohl die nichts mit dem zu tun haben, was man gemeinhin mit Vermögen verbindet, also Reichtum. Außer Reichtum an neuen Schulden natürlich. Denn darum geht es beim Schattenhaushalt oder Sonderfonds. Die Deutschen haben mit der Schuldenbremse etwas, das andere Europäer erst noch einführen wollen (oder auch nicht). Schon seit diesem Jahr müssen hierzulande die Verbindlichkeiten aus Sondervermögen bei der Feststellung des Haushaltsdefizits mitgerechnet werden. Gilt aber nicht rückwirkend, so dass etwa der Sonderfonds zur Bankenrettung oder der Investitions- und Tilgungsfonds nicht die Bilanz von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) verhängelt. Da können Monti, Papademos und Rajoy bestimmt noch was lernen. Auf dass an den Märkten nur eines herrsche: eitel Sonnenschein.

Monika Pilath

VOR 45 JAHREN ...

Rauchender Abgang

30. November 1966: Erhards Rücktritt Er ist 117 Millimeter lang und zwölf Millimeter breit – der Ludwig-Erhard-Zigarillo. Kein Wunder, dass ein Tabakwarenhändler mit dem Namen des CDU-Politikers wirbt: Passend zu seinem Motto „Wohlstand für alle“ war Erhard selten ohne Zigarre zu sehen. Doch von Erhard blieb mehr als kalter Zigarrenqualm. Als Wirtschaftsminister ging er als „Vater des Wirtschaftswunders“ in die Geschichte ein. Als Kanzler war er allerdings weniger erfolgreich.



Zeit für eine Zigarre: Erhard nach dem Empfang seiner Entlassungsurkunde

Erhard löste Konrad Adenauer ab, der 1963 zurücktrat. Letzterer war mit seinem Nachfolger aber alles andere als zufrieden. Immer wieder stellte Adenauer Erhards Eignung als Regierungschef in Frage. In der Öffentlichkeit war Erhard dafür umso beliebter, wie das Ergebnis der Bundestagswahl 1965 zeigt: Die Unionsparteien kamen auf 47,6 Prozent. Nur ein Jahr später wendete sich das Blatt. Ironischerweise unter Erhard, dem Symbol für das Wirtschaftswunder, erlebte die Bundesrepublik ihre erste Wirtschaftskrise. Erhard verlor an Ansehen und die CDU die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, die er zur Abstimmung über seine Politik erklärt hatte. Im Oktober kam es dann zum Streit in der schwarz-gelben Koalition über den Bundeshaushalt. Steuererhöhungen, um das Haushaltsdefizit auszugleichen – die Idee lehnten die FDP-Minister strikt ab und traten geschlossen zurück. Noch während Erhard mit einer Minderheitsregierung weiter regierte, begannen Union und SPD über die Bildung einer großen Koalition zu verhandeln. Am 30. November gab Ludwig Erhard auf und trat zurück. Sein Nachfolger wurde Kurt Georg Kiesinger (CDU).

Benjamin Stahl

ORTSTERMIN: IM WEIHNACHTLICHEN BUNDESTAG



Oben: Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) nimmt einen vom Verein Lebenshilfe geschmückten Weihnachtsbaum entgegen. Unten: Vizepräsident Eduard Oswald (CSU) im Gespräch mit Grundschulern aus Bayern, die den zweiten Baum geschmückt haben.

»Oh Tannenbaum, oh Tannenbaum«

Festlicher Weihnachtsschmuck für den Bundestag: Die zur Tradition gewordene Überreichung des Weihnachtsbaumes vom Verein Lebenshilfe in der Ost-Lobby des Reichstagsgebäudes brachte am vergangenen Donnerstag eine halbe Stunde Besinnlichkeit in den hektischen Alltag der Abgeordneten. „Schon zum neunten Mal kommen wir hier mit Ihnen zu einer kleinen vorweihnachtlichen Feier zusammen“, freute sich Robert Antretter, Vorsitzender der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung. Besinnlich spielte die Veeh-Harfen-Gruppe der Lebenshilfwerkstatt Donau-Ilter in Senden, eine Gruppe, in der Musiker mit und ohne Behinderung miteinander spielen. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD), die behindertenpolitischen Sprecher der Fraktionen und weitere Abgeordnete lauschten, während die Haushaltsdebatte im Plenum noch in vollem Gange war. Sandra Christians von der Lebenshilfwerkstatt überreichte selbst gefertigten Schmuck, der den drei Meter hohen Baum verzieren. „Der Schmuck wurde in der Kunstwerkstatt hergestellt, die auf

die Fähigkeiten aller Mitarbeiter eingeht“, sagte sie. Thierse bedankte sich für die „gute und schöne Tradition, dieses Geschenk überreich zu bekommen“. Sie erinnere die Abgeordneten daran, dass die Menschenwürde für alle gilt, so verschieden sie seien. Robert Antretter versprach, die Tradition der Weihnachtsbaumübergabe lebendig zu halten: „Sie ist für uns ein Zeichen des Respekts, den Sie Menschen mit Behinderungen und uns allen in der Lebenshilfe entgegenbringen – dieses Zeichen ist wichtig für uns.“ Nicht zuletzt die Musikgruppe bewiese: „Wenn man Menschen mit und ohne Behinderung zusammen spielen lässt, schaffen sie etwas Besonderes.“ Aus diesem Grund sei es wichtig, dass die Politik die rechtlichen und materiellen Voraussetzungen schaffe, dieses Zusammenspiel – auch in anderen Bereichen – zu ermöglichen. Bereits am Tag zuvor schallte es durch die Bundestagsflure: „Oh Tannenbaum, oh Tannenbaum, wie treu sind deine Blätter...“ Schüler der Dr.-Franz-Bogner-Grundschule

aus dem bayerischen Selb waren zur Übergabe eines Weihnachtsbaumes an Bundestagsvizepräsidenten Eduard Oswald (CSU) gekommen: Sieben Meter hoch ist die Tanne aus dem Naturpark Fichtelgebirge, den die 52 Schüler mit selbst gebasteltem Porzellanerschmuck – Pferde, Kerzen und Sterne – behängt haben. Nun hoffen sie, dass sich viele Abgeordnete für den Schmuck interessieren. Nach Weihnachten soll er für zehn Euro pro Stück verkauft werden. Die Schule will die Erlöse für ein Kinderprojekt in Kenia spenden. Oswald versprach, die Abgeordneten zum Kauf zu ermutigen. Am Freitag übergab dann das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland einen Adventskranz mit roten und weißen Kerzen an Bundestagsvizepräsidenten Hermann Otto Solms (FDP). Damit wurde – zwei Tage vor dem ersten Advent – endgültig die Vorweihnachtszeit im Bundestag eingeläutet. Kranz und Tanne werden bis zum Ende der Weihnachtszeit in der West-Lobby des Reichstagsgebäudes stehen. Jan Eisel/Bettina Schellong-Lammel

PERSONALIA

> Manfred Geßner
Bundestagsabgeordneter 1969-1983, SPD

Am 30. November wird Manfred Geßner 80 Jahre alt. Der promovierte Politologe, Redakteur und Referent im Arbeitsministerium von Nordrhein-Westfalen trat 1950 der SPD bei. Geßner, Direktkandidat des Wahlkreises Düsseldorf III beziehungsweise Düsseldorf II, arbeitete in allen vier Legislaturperioden im innerdeutschen Ausschuss mit. Von 1973 bis 1983 war er Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der Westeuropäischen Union. Von 1978 bis 1981 amtierte er als Vizepräsident des Europarats und von 1981 bis 1983 als Vizepräsident der Westeuropäischen Union. Von 1971 bis 1983 gehörte er außerdem der Nordatlantischen Versammlung an.

> Günter Graf
Bundestagsabgeordneter 1987-2002, SPD

Günter Graf wird am 1. Dezember 70 Jahre alt. Der aus Schönlanke in Pommern gebürtige Polizeihauptkommissar schloss sich 1973 der SPD an, war von 1974 bis 2008 Ratsherr in Friesoythe und von 2002 bis 2008 Mitglied des Kreistags Cloppenburg. Von 1976 an gehörte er dem SPD-Unterbezirksvorstand Cloppenburg und später auch dem Bezirksausschuss Weser-Ems an. Graf, seit 1960 zudem Mitglied der Gewerkschaft der Polizei, engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Innenausschuss und amtierte zeitweise als stellvertretender innenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

> Peter Letzgun
Bundestagsabgeordneter 1994-2005, CDU

Am 1. Dezember wird Peter Letzgun 70 Jahre alt. Der aus Burg bei Magdeburg stammende Lehrer an einer Polytechnischen Oberschule und spätere Leiter einer Kreisvolkshochschule trat 1991 der CDU bei. Er war Vorsitzender des Stadtverbands Burg und Beisitzer im CDU-Kreisverband Jerichower Land. Letzgun engagierte sich im Bundestag in allen Legislaturperioden im Sportausschuss. Von 2002 bis 2006 war er Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats sowie der Westeuropäischen Union. bmf

IN EIGENER SACHE

Das Parlament im e-look

Die Wochenzeitung „Das Parlament“ gibt es jetzt auch als E-paper. Unter

www.das-parlament.de

gelangen Sie pünktlich ab dem jeweiligen Erscheinungstag zu der virtuellen Version der Ausgabe. Der Vorteil: die komplette Zeitung vom Aufmacher auf der Seite 1 bis zum Orts-



termin auf der Kehrseite in Bildschirmgröße, die einzelnen Artikel können heranzoomt und so vergrößert werden, dazu gibt es Links mit weiterführenden Informationen auf jeder Seite des E-papers. Natürlich ist auch die bewährte HTML-Version weiterhin unter www.das-parlament.de verfügbar.

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 5. Dezember.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 28.11.-02.12.11
Gesundheitsversorgung (Do), Verbraucherinformation (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

LESERPOST

Zur Ausgabe 46/47 vom 14.11.2011, Thema der Woche: Finanzkrise, Seite 1-3

Deutschland ist das höchstverschuldete EU-Land. Zwei Billionen Euro Schulden werden auf die nächsten Generationen verlagert. Und dennoch bürgt Deutschland im Rahmen des EU-Rettungsschirmes für astronomische Beträge von über 200 Milliarden Euro. Im kommenden Jahr beträgt die Neuverschuldung Deutschlands 26 Milliarden Euro. Dass dabei oft Geld für sinnlose Dinge ausgegeben wird, möchte ich an zwei Beispielen schildern: Für die Bundesbeamten wird das Weihnachtsgeld wieder eingeführt. Die jährlichen Belastungen dafür sollen rund 500 Millionen Euro betragen. Die Ex-Bundestagspräsidenten sollen mit allen Privilegien wie Ex-Kanzler und Ex-Bundespräsidenten ausgestattet werden. Dazu gehören ein Büro mit Sekretärin, Wagen mit Fahrer, die hohe Pension und viele andere kostenträchtige Vorteile, von denen wir Normalbürger nichts erfahren. Wenn man sich zum Beispiel die Position des Bundespräsidenten anschaut, sieht man, dass neben Christian Wulff als amtierenden Präsidenten auch noch Walter Scheel, Roman Herzog und Horst Köhler ein sehr angenehmes, vom Steuerzahler finanziertes Leben genießen.

Man hat oft den Eindruck, dass die hohe Politik gar nicht mehr mitbekommt, wie der Puls des Volkes schlägt. Man ist bisher einfach nicht in der Lage, die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf die Reihe zu kriegen, damit Millionen Kleinstverdiener einen anständigen Lohn erhalten, mit dem sie nach harter Arbeit auch einigermaßen menschengerecht leben können.

Was zeitweise von der Politik fabriziert wird, ist einfach beschämend und nicht nachvollziehbar. Eckhard Brabender, per E-Mail

Zur Ausgabe 44/45 vom 31. Oktober 2011, „Bessere Entschädigung“, Seite 6

In insgesamt zwei Ausgaben berichten Sie über das Gesetz zur verbesserten finanziellen und sozialen Versorgung von im Ausland schwer verletzten Soldaten und Zivilbediensteten des Bundes (17/7143) und über den Entschuldigungsantrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne (17/7498).

Mich würden noch weitere Hintergründe zu diesem Thema interessieren und ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mir helfen könnten. Aus welchen Gründen wurde beschlossen, dass die Entschuldigungsverpflichtung erhöht werden müssen? Gibt es Studien, die belegt haben, dass die bisherige Summe nicht ausreicht? Welche Begründung gibt es, dass der Stichtag im Einsatz-Weiterverwendungsgesetz vom 1. Dezember 2002 auf den 1. Juli 1992 zurückdatiert wurde? Gibt es Zahlen, wie viele Personen von diesem Gesetz bis 2002 und bis 1992 betroffen sind? Wie hoch werden die Gesamtkosten geschätzt?

Und schließlich: Aus welchem Etat werden diese bestritten? Julia Walter, per Mail

Anmerkung der Redaktion: Vielen Dank für Ihren Leserbrief. Der Stichtag im Gesetz zur Verbesserung der Versorgung bei besonderen Auslandsverwendungen wurde auf den 1. Juli 1992 – und damit auf das Jahr, in dem die Bundeswehreinräte im Ausland begannen – zurückdatiert, damit alle im Ausland schwer verletzten Soldaten und Zivilbediensteten des Bundes erfasst und gleich behandelt werden können. Somit profitieren nicht nur diejenigen von der verbesserten finanziellen und sozialen Versorgung, die nach dem 1. Dezember 2002 verwundet wurden. Für weitere detailliertere Auskünfte haben wir Ihre Anfrage an das Bundesverteidigungsministerium weitergeleitet, mit der Bitte, sich mit Ihnen in Verbindung zu setzen.

SEITENBLICKE



PANNENMELDER

In dem Infokasten zum Aufmacher „Das große Reine-machen“ auf Seite 4 der vorigen Ausgabe steht, dass es in Deutschland zehn Branchen mit Mindestlohn gibt. In dem Artikel darunter – „Allgemein versus gesetzlich“ – wird die Zahl der Branchen dagegen mit elf angegeben. Während sich der erste Text nur auf die Branchen bezieht, die den Mindestlohn umgesetzt haben, wird im zweiten Text auch die Zeitarbeitsbranche mitgezählt. Hier war Anfang dieses Jahres zwar ein Mindestlohn beschlossen worden, er ist bislang aber noch nicht umgesetzt worden. Mitte November wurde der Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche jedoch im Bundesanzeiger veröffentlicht. Nach aktuellem Stand der Dinge soll er 2012 in Kraft treten.